

Die demographische Entwicklung Deutschlands - Ursachen, Folgen und politische Optionen -

Gutachten

**Für die interministerielle Arbeitsgruppe der
Bayerischen Staatsregierung
zu Fragen der
Zuwanderungssteuerung und Zuwanderungsbegrenzung**

**Prof. Dr. Josef Schmid
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft**

**Bamberg
Oktober 2000**

Kurzfassung.....	1
Einleitung zum Fach/zum Gegenstand	3
Erläuterung der Disposition	5
<i>I. Demographische Situation</i>	6
1. Gesellschaftliche Umwälzungen bis Ende des Zweiten Weltkrieges	6
2. Die Nachkriegsentwicklung bis zum Ende des Kommunismus	12
a) Geburtenentwicklung.....	13
b) Sterblichkeit/Lebenserwartung	16
c) Alters- und Geschlechtsstruktur ("Bevölkerungspyramide")	18
d) Familienstrukturen.....	22
e) Wanderungen und ausländische Bevölkerung.....	25
3. Tendenzen seit der Wiedervereinigung: Der Problemdruck wächst	30
4. Bevölkerungsvorausschätzung.....	37
<i>II. Die gesellschaftlichen Folgewirkungen</i>	
<i>- ein "demographisches Dilemma"</i>	40
1. Folgen einer veränderten Altersstruktur	41
a) auf den Generationenvertrag.....	41
b) auf Personen im Erwerbsalter und Erwerbstätige	45
c) auf Bildungsbereich	53
2. Wesen und Vorgang der demographischen Implosion und der	
demographische Ersatzbedarf ("Bestandserhaltungsmigration")	56
3. Das "deutsche demographische Dilemma"	64
<i>III. Bewegungen des ausländischen Bevölkerungsteils und die Frage der</i>	
<i>Integration.....</i>	68
1. Entstehung des ausländischen Bevölkerungsanteils und seiner	
demographischen Struktur	68
a) Wanderungsüberschüsse und Bevölkerungsbilanz seit 1989	68
b) Zur Demographie des ausländischen Bevölkerungsteils.....	72
c) Administrativ gebilligte Zuwanderungsmöglichkeiten und ihre	
reale Nutzung.....	75
d) Ausländer nach Herkunft und Aufenthaltsstatus.....	76
2. Die internationale politisch-demographische Lage und das	
Kontrollerfordernis von Einwanderung	78
a) Weltbevölkerungswachstum und Machtverschiebung	78
b) Nachlassender Integrationswille der Ausländer	78
3. Aussichten auf Integration über den Arbeitsmarkt	82

4. Konzepte für Integration	86
<i>IV. Politische Zielsetzungen und Optionen</i>	87
1. Kombinierte Politik demographischer Krisenbewältigung.....	87
2. Der Spielraum für Zuwanderung in der Bevölkerungsbilanz.....	93
3. Schluss	100
<i>Literaturverzeichnis</i>	101

Kurzfassung

Seit 1973 hat Deutschland eine negative Geburtenbilanz, die aus wohlbekanntem Ursachen zeitweilig von Zuwanderungsüberschüssen ausgeglichen wird. Von Geburtendefizit ist zu sprechen, weil die Zahl der Neugeborenen nicht ausreicht, weder die Zahl der Gestorbenen auszugleichen, noch die Elterngeneration in ihrer Stärke zu ersetzen. Dazu wären jährlich 150.000 Geburten mehr vonnöten oder langfristig 220 Kinder auf 100 Elternpaare. Mit nur 140 Kindern aber auf 100 Frauen bleibt der Nachwuchs ein ganzes Drittel unterhalb der Stärke der Elterngeneration.

Nahezu 30 Jahre hindurch gab es nur noch geburtenschwache Jahrgänge - ein Faktum, das in Politik und Öffentlichkeit zu keiner einhelligen Beurteilung gefunden hat. Vorstellungen von einer Entlastung der Arbeitsmärkte und Ökologie existieren bis heute und ihre positive Wirkung auf weibliche Berufskarriere wird begrüßt. Die Verschiebung der Gewichte der Altersstruktur von Jung zu Alt, die Frage nach der Leistungsfähigkeit aller Systeme in der Zukunft hat aber Sorgen ausgelöst, die sich mehr und mehr verdichten.

Da die geburtenschwachen Jahrgänge nun ihrerseits Eltern werden und nichts darauf hindeutet, dass sich bei ihnen an der Nachwuchszahl etwas ändert, sind auch von ihnen nur geburtenschwache Jahrgänge zu erwarten. Damit begibt sich eine Bevölkerung auf eine nächst tiefere Stufe des Geborenendefizits und keine inneren ausgleichenden Kräfte können von da aus einen ursprünglichen Zustand wieder herstellen. Die Bevölkerung tritt jetzt ein in die Phase eines verstärkten Geburteneinbruchs, die als Etappe auf dem Weg zu einer demographischen "Implosion" gelten kann: Geburtenrückgang ist gleichzeitig Rückgang von Mädchengeburten, welcher sich 25 Jahre später in einer verminderten Müttergeneration fortsetzt. Lässt auch sie ihren Nachwuchs wiederum um ein Drittel geringer als ihre eigene Stärke ausfallen, sinkt das Geburtenniveau auf eine weitere Einbruchstufe ab und zwar auf 44% der Stärke der Großelterngeneration.

Das zeitliche Zusammengehen von andauernd defizitärem Geburtenniveau und steigender Lebenserwartung, vor allem in den höchsten Altersstufen, lässt das Durchschnittsalter der Bevölkerung rechnerisch ansteigen ("Demographisches Altern"). Der erfreuliche Umstand des langen Lebens muss aber im Zusammenhang a) mit einer sich damit verformenden Alterspyramide gesehen werden; von der "Glocke" zum "Pilz", b) mit den daraus ablesbaren Probleme-

men für einen Generationenvertrag, und c) für die Leistungsbilanz eines ebenfalls alternden und schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Während der Phase des Geburtenrückgangs und der ersten Geborendefizite 1972-2000 konnte man sich noch in der Hoffnung wiegen, dass ausgleichende Maßnahmen ergriffen werden können und ausreichen würden, den Folgen solcher Bevölkerungsveränderungen zu begegnen. Unter ihnen: (a) Produktivitätssteigerung der Wirtschaft durch Technologie, Organisation und Flexibilität, (b) lebenslanges Lernen und Verlängerung der Lebensarbeitszeit, (c) Rückgriff auf die "Frauenreserve" für den Arbeitsmarkt und (d) Einwanderung.

Das Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung, das in Deutschland unmittelbar vor der Tür steht, macht die ausgleichenden Maßnahmen zu einem zeitweiligen Behelf. Die demographischen Einbrüche führen vom Geburtenrückgang zum Geburtendefizit und von da aus zum Menschenmangel in den Institutionen und das ist, je nach Branche und Exaktheit des Zukunftsbildes zwischen 2010 und 2030 der Fall. Dazu muss der Schritt vom bloßen technisch-ökonomischen Ausgleichsmechanismus zum Politikwechsel vollzogen werden.

Ein langfristiges Ziel einer modernen Bevölkerungspolitik wäre die Stabilisierung der erwerbstätigen Bevölkerung von derzeit 38 Millionen, wobei die qualitativ-leistungsbezogene Stabilisierung jeweils den Vorrang vor einer quantitativ-demographischen haben muss – jedenfalls so lange, als die demographische Implosion (starker Nachwuchsrückgang) nicht letzteres notwendig macht. Für diesen Fall jedoch ist eine gemischte Politik aus Produktionssteigerung, Geburtenförderung und arbeitsmarktbezogener Einwanderung geboten. Auf keinen Fall darf Einwanderung das alleinige Kompensationsmittel einer Bevölkerungsschrumpfung sein, weil sie in dem geforderten Volumen weder zu beschaffen, noch ökonomisch und kulturell integrierbar sein wird.

In diesem Politik-Mix kommt der Einwanderungspolitik eine besondere Bedeutung zu. Sie muss mit den übrigen Optionen wahrgenommen werden, und Zielen und Mitteln klar formuliert sein und mit dem laufenden Zuwanderungsgeschehen, besonders welches aufgrund geltender Gesetze schon vor sich geht, abgewogen werden. Ein Zuwanderungsquantum, nach gesetzlich ausgewiesenen Kriterien von insgesamt 200.000, kann als Richtgröße dienen. Mit ihr ist die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die nationalstaatliche Demokratie längerfristig und störungsfrei aufrechtzuerhalten.

Einleitung zum Gegenstand

Ein Blick ins Innere von Gesellschaften, gleichgültig ob in Europa oder auf den Entwicklungskontinenten, zeigt uns ein Beziehungsgeflecht zwischen Bevölkerung und Kultur. Alle ungelösten politischen Probleme lassen sich, hier wie dort, mit demographischen Strukturen in Zusammenhang bringen. Wenn Napoleon noch für seine Zeit festgestellt hatte: *"Die Politik ist unser Schicksal"*, dann sind die Bevölkerungsbewegungen, für die sich der Name der Wissenschaft von der Bevölkerung *"Demographie"* populärerweise einzubürgern beginnt, eindeutig *unser Schicksal im neuen Jahrhundert*. Die Bevölkerungsstruktur, in die jeder Mensch hineingeboren wird, impliziert eine gewisse Unentrinnbarkeit. Die *Struktur der Bevölkerung* ist das Resultat eines komplexen Zusammenwirkens von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen über mehrere Generationen hinweg. Aus der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur lassen sich Schlüsse für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung ziehen. Die Geburtenhäufigkeit hängt stark davon ab, wie groß in einer Bevölkerung der Anteil von Frauen im gebärfähigen Alter ist. Strukturmerkmale einer Bevölkerung verdanken sich der Häufigkeit demographischer Ereignisse und ihrer Kombination aus gesellschaftlichen Lagen und politischen Entscheidungen heraus.

Was sich in der südlichen Hemisphäre als rasantes Bevölkerungswachstum ereignet und mitten unter uns sich als demographische Implosion vorbereitet, wird das Leben kommender Generationen bestimmen. Hier wie dort deutet alles auf ein Auseinanderdriften der einst fest verbundenen Sphären der Bevölkerung und der Kultur hin. In der so genannten Moderne werden zwischenmenschliche und verwandtschaftliche Beziehungen von gigantischen anonymen Verwaltungen durchkreuzt. Sie vernebeln, dass Familienmitglieder und Generationen existenziell aufeinander angewiesen sind. Emotionsloser und effizienter will der moderne rationale Staat sein, um das größte Glück der größten Zahl zu beschaffen. Doch sowie menschliche Beziehungen und Verpflichtungen an Großkörperschaften delegiert werden, verlieren sie viel von ihrer Verbindlichkeit für den Einzelnen. Familienzusammenhänge wurden ins Große des Nationalstaats gerechnet und in seinem Namen neu organisiert. Wenn alte Familienfunktionen auf den Staat übergehen, dann bedeutet das, dass auf ihn auch ein Urvertrauen übergehen muss, dass er mit Emotionen ausgestattet wird und einem erweiterten Familiengefühl entspricht. Das ging nicht ohne massenpsychologischen Schub vor sich. Der kriegerische Akt nach außen war nicht zufällig die häufigste Geburtsstunde des modernen Nationalstaats. Nicht überall hat er sich so rasch zur Maschinerie des sozialen Ausgleichs fortentwickelt wie in Deutschland. Kritischen Tönen wider den modernen bürokratischen Staat wäre entgegen-

zuhalten, dass die modernen Segnungen wie die hohe Lebenserwartung und die Tatsache, dass es praktisch keine Sorgen um die nackte Existenz mehr gibt, ohne ihn nicht gekommen wären. Seine Leistungen sind schwerlich in Zweifel zu ziehen, und romantisch-rückwärtsgewandte Daseinsvorstellungen bleiben Gedankenspiel. Daher ist die nationalstaatliche Einheit für den industriellen Menschen zur "zweiten Natur" geworden. Sie zu schwächen über a) Gesellschaftsexperimente ("Multikultur", "post-nationale Identität") und b) unzureichend kontrollierte und den gesellschaftlichen Konsens umgehende Einwanderung wird unberechenbare Reaktionen des Staatsvolks hervorrufen.

Erläuterung der Disposition

In *Kapitel I* wird die demographische Situation Deutschlands dargestellt und die wichtigsten Bewegungen der Geburten, Lebenserwartung und Wanderung aus der Nachkriegsentwicklung hergeleitet. Die jetzt gültige Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes vom Juli 2000 schließt das Kapitel ab.

Kapitel II befasst sich mit den Folgewirkungen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung auf zentrale Politikbereiche, wie den Generationenvertrag, d.h. das Verhältnis von Jung zu Alt im System sozialer Sicherung, sodann Arbeitsmarkt und Bildungsbereich. In einem demographisch ausgerichteten Teil wird die Frage geprüft, mit welchen Mitteln eine schrumpfende und alternde Bevölkerung in eine beruhigte Lage, d.h. einer stationären konstanten Entwicklung ohne Wachstumsschübe und Einbrüche gebracht werden könnte. Diese Prüfung ergibt ein "demographisches Dilemma", weil diese zu ergreifenden Maßnahmen, besonders Einwanderung, nur schwer in handelnde Politik umgesetzt werden können.

Die Bewegungen des ausländischen Bevölkerungsteils, dargestellt in *Kapitel III*, münden in ein *Kapitel IV* der Schlussfolgerungen und Spielräume, welche der deutschen Politik angesichts der demographischen Lage des Landes verbleiben.

I. Demographische Situation

1. Gesellschaftliche Umwälzungen bis Ende des Zweiten Weltkriegs

Bevölkerungsbewegungen resultieren aus dem Zusammenwirken von Geburten, Sterbefällen und den Wanderungsbewegungen. Ob eine Bevölkerung wächst, schrumpft oder in ihrem Bestand konstant bleibt, hängt vom Zusammenwirken dieser Bevölkerungsvorgänge ab, aber auch von der zugrundeliegenden Alters- und Geschlechtsstruktur einer Bevölkerung. Die Jugendjahrgänge, die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter, der Anteil alter Menschen geben schon einen gewissen Rahmen vor. Von der nüchternen Statistik des Bundes und der Landesämter werden diese drei Bevölkerungsvorgänge nach ihrer Häufigkeit miteinander abgeglichen und erscheinen oberflächlich betrachtet als gleichwertig. Sie haben aber im Laufe der Entwicklung für Wissenschaft und Politik eine unterschiedliche Gewichtung erfahren. *In der vorindustriellen Zeit war demographisches Verhalten noch eine familienbezogene Überlebensstrategie*, die dem täglichen Kampf um die Nahrungsmittel und gegen die hohe Sterblichkeit diente: zuerst gegen die Sterblichkeit der Erwachsenen, von der auch die Älteren bald profitierten. Doch der allgegenwärtige Erwachsenen- und Kindestod - nicht zu vergessen der häufige Kindbett-Tod der Mütter - waren es, die immer wieder Familienruinen hinterließen und durch rasche Wiederverheiratung ergänzt werden mussten. Die Zurückdrängung der Sterblichkeit während des 19. Jahrhundert verdankt sich anfangs der kommunalen und technischen Modernisierung (Kanalisation/Fließwasser), sodann der allmählichen Einrichtung von Gesundheitsdiensten, die nach der Reichsgründung zügig ausgebaut wurden, und gegen 1900 dem medizinisch-wissenschaftlichen Fortschritt, der den Sieg über ansteckende Krankheiten und Seuchen brachte. Das Massensterben infolge von Epidemien war abgeklungen. Nach Ende des Ersten Weltkrieges gelang der Durchbruch im Kampf gegen die Kindersterblichkeit; sie ist durchwegs das letzte und schwierigste Kapitel der Sterblichkeitsbekämpfung und ihr ist es zu verdanken, dass die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt einen Sprung nach oben machen konnte. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist ein nur langsam kriechender Indikator für Besserung der Lebensumstände. Bis ins 19. Jahrhundert blieb sie bei 35 Jahren stehen. Von da ab zeigte sich die Zurückdrängung der Sterblichkeit: immer mehr gelangen in die nächsthöhere Altersstufe, immer mehr überleben in den einzelnen Altersjahrgängen. Damit konnte die "Lebenserwartung bei Geburt" erstmals in der Geschichte Europas nach oben klettern und Mitte des letzten Jahrhunderts für beide Geschlechter an die 60 durchlebende Jahre im Durchschnitt verbuchen. Das war dem erfolgreichen Kampf gegen die Kin-

dersterblichkeit zu verdanken, deren Häufigkeit die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung rechnerisch nach unten gedrückt hatte.

Die Geburtenentwicklung war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts konstant hoch. Kinder trugen zum Familieneinkommen bei, bedeuteten Alterssicherung. Von den vier bis acht Geburten der Ehefrauen in der bäuerlichen Welt waren einige dazu bestimmt, den häufigen Kindestod auszugleichen, waren "Ersatzgeburten". Überlebten mehr Kinder als vorgesehen, dann erbrachte das eine durchschnittliche Zahl von vier bis sechs überlebenden Kindern in den Heiratsjahrgängen vor 1900. Da mit der Reichsgründung die Eheschließung liberalisiert wurde, hatte das Befürchtungen hervorgerufen, dass zu viele geboren und einmal keine Nahrung und kein Auskommen finden würden. Man konnte noch nicht wissen, dass sich solche Ängste erübrigen, wenn sich Bevölkerungen auf einen industriellen Entwicklungsweg begeben. Bald begann der wirtschaftlich und zivilisatorisch bedingte erste große Geburtenrückgang der Geschichte in den damals modernen Nationen: Familienplanung, einst ein Privileg der oberen Schichten, war allmählich in das Bürgertum eingedrungen, hat die Kinderzahl immer häufiger einem Kalkül, einer Folgenabschätzung mit dem eigenen Lebensstandard und der Zukunft der Kinder unterzogen. Die spürbaren Ausbildungskosten für Kinder haben die Beschränkung ihrer Zahl nahegelegt. Schon bald fächerte die Industriegesellschaft das vorherrschende Familien- und Werkeltagsdasein der bäuerlichen Kultur auf in unterschiedliche Lebensstile, brachte Freizeit aber auch neue Erfordernisse und Kosten, um Kinder in der industriellen Arbeitswelt unterzubringen. Mit den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten wurde darauf geachtet, dass die Kinder einen höheren Lebensstandard als ihre Eltern einnehmen. Der allgemeine Fortschrittsglaube, der sich von einer Generation zur anderen im Streben nach "Familienkarriere" äußerte und der Rückgang der Kindersterblichkeit, hatten eine Beschränkung der Kinderzahl zur Folge, da die Vorsorgegeburten, auf die sich die bäuerliche Existenz gründete, unnötig wurden.

Während in der alten bäuerlichen Kultur in Wohlstandszeiten die Kinderzahl zugenommen hatte, weil mehr Heiraten möglich wurden und bessere Ernährung die Sterblichkeit gesenkt hatte, nahm im Industriezeitalter die Kinderzahl bei Wohlstandssteigerungen zum alten Familiendasein ab, weil Familien nicht mehr alleinige Existenzgrundlage waren und Alternativen entstanden. Dieses neuartige Zusammengehen von größerer Lebenssicherheit, höheren Ausbildungskosten für weniger Kinder und Vermehrung der Lebensstile hat die Sozialwissenschaft mit "Wohlstandstheorie" der Geburtenbeschränkung bezeichnet. Der Philosoph Max Scheler drückte es treffend aus: *"Wir werden durch die selbe Triebfeder wohlhabend, durch*

die wir auch die Geburtenzahl beschränken." Hatten die Eheschließungsjahrgänge vor 1900 noch zur Hälfte vier Kinder und mehr, so waren es Mitte der 20er Jahre nur noch etwas mehr als zwei Kinder im Durchschnitt. Der Abwärtstrend zeigte sich, mit unterschiedlichen Ausgangswerten, auch im übrigen fortgeschrittenen Europa. Die Angst vorm Untergang des Reiches aus Geborenenüberschüssen war verflogen, denn schon in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kam es zu großen Debatten um die Folgen des Geburtenrückgangs. Sie fügten sich in die aufgewühlte Stimmung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, zu Spenglers "Untergang des Abendlandes", zu den ersten Analysen zum "Volk ohne Jugend". Sie sind inzwischen wertvolle Dokumente zum Bevölkerungsdenken in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts.¹

Nicht weniger gewaltig waren die Auswirkungen der Wanderungsvorgänge im 19. Jahrhundert. Während die natürliche Bevölkerungsbewegung - Geburten und Sterbehäufigkeit - *mittelbar* und mit Verzögerungen auf die großen gesellschaftlichen Veränderungen reagierte und beide Vorgänge absenkte, sind Wanderungsprozesse in diesem Zeitraum eine *unmittelbare* Reaktion auf die Umschichtungen der Zeit. Großstädte entstanden durch Landflucht und Industriezentren formten sich um Kohlereviere und Eisenverarbeitung, wozu die Arbeitskräfte beschafft und angesiedelt werden mussten. So entstanden die heute noch existierenden Ballungsräume mit den neuesten Industrien um Rohstoffverarbeitung und Chemie.

Demographischer Übergang

Bis in die Zwischenkriegszeit des vorigen Jahrhunderts hat Deutschland eine Bewegung vollzogen, die auch für die übrigen Bevölkerungen seiner abendländischen Sphäre typisch geworden ist. Sie wurde unter dem Namen "*demographischer Übergang*" zusammengefasst und bezeichnet die großen Umschichtungen in der Bevölkerungsstruktur, die der große Wandel von der Agrargesellschaft zum Industriestaat mit sich brachte. Die bäuerliche Kultur war gekennzeichnet durch ein hohes Geburtenniveau, d.h. Geborenenziffern zwischen 30 und 35 auf 1000, wie wir sie heute nur noch in Entwicklungsländern finden, gefolgt von einer fast ebenso hohen Sterblichkeit, die saisonal schwankte und in allen Altersjahrgängen, besonders aber unter Kindern geradezu wütete. Dieser Reproduktionsmodus, der verschwenderisch mit Lebenssubstanz umging, ist im Zuge der Industrialisierung und Modernisierung einem sparsamen Modus gewichen, in dem wesentlich weniger geboren und auch weniger gestorben wird.

¹ Vgl. Schmid, Josef: Einführung in die Bevölkerungssoziologie. Reinbek 1976.
Vgl. Mombert, Paul: Bevölkerungslehre, Jena 1929

Dieser demographische Übergang ist ein allgemeines Phänomen der europäischen Sozialgeschichte und hat daher den Rang eines unumstößlichen Entwicklungsgesetzes erhalten, obwohl die Ausgangspunkte und die Initialzündungen zu diesem Vorgang national verschieden sind und daher keine Prognosen erlauben.

Der demographische Übergang umfasst mindestens drei Generationen und bedeutet einen schrittweisen Umerziehungsprozess einer ganzen Bevölkerung zu industriellen Arbeits- und Lebensbedingungen, die ihrerseits das demographische Verhalten mitformen: das wird erkennbar am Einzug des Familienplanungsgedankens, an der laufenden Anstrengung der Gemeinwesen für den weiteren Rückgang der Sterblichkeit. Das Verbot der Kinderarbeit und die Schulpflicht machen Kinder immer weniger zu Beiträgern zum Familieneinkommen. Statt dessen müssen sie zu Zukunftsträgern des Gemeinwesens und der inzwischen entstandenen sozialen Sicherungssysteme herangezogen werden. Der deutsche demographische Übergang soll sich gegen die Weltwirtschaftskrise 1929 hin vollendet haben.

Die geschichtliche Beurteilung des demographischen Übergangs und die Zeit danach bleibt von Bedeutung: einmal bei der Frage der Geburtenförderung, die sich häufig mit dem Argument konfrontiert sieht, sie sei vergeblich, weil sie einen sozialgeschichtlich abgeschlossenen Vorgang rückgängig machen wolle, dann nochmals bei der Darstellung der Lage der Entwicklungsländer, die man nach dem anschaulichen Modell des demographischen Übergangs vorschreiten sehen möchte. Es besteht kein Zweifel, dass die Lage Europas und Deutschlands im angebrochenen Jahrhundert von der Lage auf den Entwicklungskontinenten stark berührt wird.

Frühe Familienpolitik als Reaktion

In der Zwischenkriegszeit waren in allen europäischen Großstaaten Programme zur Anhebung bzw. Sicherung des Geburtenniveaus angelaufen, wobei sich die Maßnahmen in diktatorischen Staaten wie dem faschistischen Italien und nationalsozialistischen Deutschland von den sozialdemokratisch geprägten Demokratien wie Schweden und Frankreich nicht wesentlich unterschieden haben. Was die Staaten damals erreicht haben, auch das nationalsozialistische Deutschland, war ein Geburtenanstieg, der auf einen Anstieg staatlich geförderter Eheschließungen zurückgeht. Hier hat sich auch in der Wissenschaft die Überzeugung durchgesetzt, dass das Absinken des Geburtenniveaus Teil eines kontinentalen demographischen Übergangs wäre, eines durchgreifenden Modernisierungsprozesses, einer zivilisatorischen Tatsache eben, an der wenig mehr zu ändern sei. Politik könne nur noch im Rahmen eines ihr verbleibenden

Spektrums von Maßnahmen wirksam werden, - könne das Absinken unter ein bestimmtes Geburtenniveau verhindern, aber es nicht mehr grundsätzlich verändern, geschweige es jemals wieder auf vorindustrielle Höhen bringen. Um die erreichte niedrige Sterblichkeit zu halten, muss laufend investiert werden. Konjunkturelle Einbrüche und Kriege zeigen, wie Sterblichkeit dazu tendiert, auf überwundene Höhen zurückzuklettern, ganz im Gegensatz zum Geburtenniveau, welches in der Summe eine motivationale Angelegenheit zwischen Partnern ist.

Die Eingangsbemerkungen haben gezeigt, wie die Sterblichkeit das Lebensschicksal ursprünglich bestimmt hatte. Im Industrialismus muss den Staaten und Gesellschaften bewusst werden, dass der Bevölkerungszustand mehr und mehr von der Geburtenentwicklung bestimmt wird und Produktion, Leistungsbilanz und soziale Sicherung von ihr abhängen. Er muss daher zum Politikbereich werden, gleichgültig ob man etwas zu ändern wünscht oder das Erreichte halten will. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war es Frankreich, das seiner schon mehrmals versuchten Bevölkerungspolitik einen neuen Schwung gegeben und sich entschlossen hatte, als moderne Nation auch eine verjüngte Nation, d.h. mit höheren Geburtenwerten zu werden. Der Vergleich der Alterspyramiden von Frankreich und Deutschland zeigt, dass Frankreich nicht erfolglos geblieben ist in seinem Bemühen.

Wanderungen - Grenzverschiebungen -Deportation

Die Wanderungen der Zwischenkriegszeit sind nicht ohne die zahlreichen Staatenbildungen nach dem Ersten Weltkrieg, an dessen Ende der Zerfall des russischen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Reiches stand, zu denken. Es waren weniger Menschenbewegungen selbst als Grenzbewegungen über die Menschen hinweg. Durch die neuen Grenzziehungen entstanden Minderheiten in den neuen Staaten. Hatte der nationale Egoismus und die Zerstörungswut gegenüber den Großreichen zum Ersten Weltkrieg beigetragen, so haben die konkreten Folgen des Ersten Weltkrieges dieses Problem noch verschärft und vervielfacht. Jeder Staat beherbergte in seinen Grenzen "unerlöste" Bevölkerungen, die wider Willen einem Staatsvolk einverleibt wurden und den Keim nationalistischer Folgekriege schon in sich trugen. Mit der Oktoberrevolution und dem Aufkommen der Faschismen hatte sich schon ein ideologisches Zeitalter angekündigt: der monarchistische Reichsgedanke wurde - nicht minder imperialistisch - durch fanatisch durchgesetzte Weltänderungsprogramme ersetzt. Die damit einhergehenden Wanderungen, Vertreibungen, "Umsiedlungen" und Vernichtungen haben die dunkle Seite des "Massenzeitalters" charakterisiert.

Die großen gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts und die Zeit bis zur Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre brachten eine Verdoppelung der Menschenzahl im Deutschen Reich mit 64 Millionen Einwohner 1930 (gegenüber 32 Millionen um 1841 auf demselben Gebietsstand). Dieser Wachstumsschub rückte die Gewichte der europäischen Völker für das 20. Jahrhundert zurecht. In der Rangordnung der Bevölkerungsgrößen nimmt Deutschland heute nach der russischen Bevölkerung der Sowjetunion den zweiten Platz ein. Es kann ihn innerhalb Europas noch behaupten. Die wechselvolle Bevölkerungsbewegung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg enthält die Grundlagen der Gegenwart. Sie begann noch vor der Teilung des Landes mit der Aufnahme von 12 Millionen deutschen Flüchtlingen aus östlichen Siedlungsgebieten.

2. Die Nachkriegsentwicklung bis zum Ende des Kommunismus

Die Teilung Deutschlands beließ 1950 in den Westzonen (BRD) 50 Millionen und der damaligen Sowjetzone (DDR) 18 Millionen Menschen. Die DDR griff 1961 zum Mauerbau, um den Menschenabfluss in die prosperierende westliche Bundesrepublik zu stoppen. Bis zur Wiedervereinigung wuchs das ehemalige Westdeutschland auf 61 Millionen an, die DDR zählte etwas über 17 Millionen Menschen.

Der Wiederaufbau Westdeutschlands brachte neben der erneuerten industriellen Infrastruktur und der Vollbeschäftigung auch den Ausbau des sozialen Netzes, das Jahrzehnte vorher zwar konzipiert war, aber erst jetzt seine volle Verwirklichung zuließ. Diese Industriegesellschaft neuesten Typs, die zugleich Sozial- und Wohlfahrtsstaat war, revolutionierte das Arbeitsleben und das Familiendasein. Sie brachte eine Bevölkerungsstruktur hervor, an der sich zeigen lässt, wie die Siege über die Probleme von gestern (Armut, kurzes Leben) ein Jahrhundert später zu Problemen von morgen werden (soziale Sicherung, Alterung, Jugendschwund), die wiederum eine Lösung brauchen. Der Vorgang ist unmerklich, aber stetig und gründlich. Der Referent fand dafür den Ausdruck "Revolution auf leisen Sohlen".²

a) Geburtenentwicklung:

Die Nachkriegsentwicklung wartete mit verblüffenden Bevölkerungsbewegungen auf. Deutschland beteiligte sich vom Ende der 50er bis Mitte der 60er Jahre an der Heirats- und Nachwuchswelle, die den ganzen Westen erfasste. Sie war in den USA besonders stark aus-

² Schmid, Josef: Bevölkerungsveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Revolution auf leisen Sohlen. Stuttgart 1984.

geprägt und bezog von dort auch den Namen "*Babyboom*". In Deutschland waren an der hohen Geborenenziffer von 18 (auf Tsd. der Bevölkerung), die 1,1 Millionen Neugeborene 1964 hervorbrachte, auch eine entsprechend hohe Zahl von Ehen beteiligt. Damit hatte Westdeutschland wenigstens zwischen 1960 bis 1965 kurzfristig an die 20er Jahre angeknüpft, wo zuletzt Geburtenzahlen ausreichten, die Elterngeneration zu ersetzen.

Dieser Verheiratungswelle samt „Babyboom“ ist sicher auf den Optimismus und die Wirtschaftserfolge der Nachkriegsjahre zurückzuführen, die in den unteren sozialen Schichten in einem Umfang wie nie zuvor angekommen waren und den Lebensstil deutlich anhoben. Was allerdings die Geburtenbewegung ab 1964, dem Jahr der Geburtenspitze, vollführte, gehört zu den rätselhaften Bewegungen. Von da ab sanken in allen Industrienationen die Geburtenzahlen, aber nirgendwo so stark wie in der alten Bundesrepublik. Damit geriet der „Geburtenrückgang“ wieder in die öffentliche Diskussion, weil er unvorhergesehen war und in kurzer Zeit eine bis dahin nicht vorstellbare Tiefe erreichte. Mit 600.000 Geburten im Westdeutschland des Jahres 1975 hatte sich die Geburtenzahl in nur zehn Jahren nahezu halbiert und ist erstmals in Frieden und Wohlstand, also ohne Pest und Krieg, unter das Niveau der Sterbefälle gesunken. Das bedeutet, dass die Geburten, die 10 Jahre zuvor in ihrer jährlichen Summe noch ausgereicht hätten, die Elterngeneration zu ersetzen, nun um ein Drittel darunter lagen. Für diese erstaunliche Bewegung wurde der Ausdruck "*Pillenknick*" gefunden - in Zusammenhang mit der sich damals verbreitenden Anwendung von Ovulationshemmern, die eine präzise Geburtenplanung ermöglichten.

Lag die Kinderzahl pro Frau 1964 noch durchschnittlich bei 2,54 - was auf einen beträchtlichen Anteil von Drei- und Vier-Kinder-Familien schließen lässt -, sank diese Zahl bis 1975 auf durchschnittlich 1,45 Kinder. Dies ist ein deutliches Defizit zum demographischen "*Er-satzminimum*" von 2,2 Kindern pro Ehe. Abgesehen von einigen Schwankungen hat sich daran bis heute wenig geändert. So verzeichnete das Statistische Bundesamt 1997 zwar ein Geburten-Plus von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, auf den langfristigen Trend hat dies indes keine Auswirkung.

Die Bevölkerung der DDR hat das westdeutsche Wechselbad von Babyboom und starkem Geburtenrückgang parallel vollzogen. Sie hatte 1963 noch eine Geborenenziffer von 17,6 (= auf Tsd. seiner Bevölkerung), somit 301.000 Geburten. Als sie 1974 mit 179.000 Geburten (Geborenenziffer von 10,6) in der Talsohle angelangt war, wurde eine großzügige geburtenfördernde Familienpolitik beschlossen, die nicht ohne Wirkung blieb. Bis 1980 konnte dort die Geburtenzahl pro Frau beinahe wieder auf das Elternersatzniveau gebracht werden. Die

Maßnahmen umfassten unter anderem ein „Babyjahr“, aber auch ein lückenloses Kinderbetreuungssystem, das die durchweg arbeitenden Mütter entlastete, aber auch den Wünschen nach „staatlicher Erziehung“ der Kinder entgegenkam. Demographen vermuten, dass die Maßnahmen eine zeitlich vorgezogene Geburtenwelle von sehr jungen Müttern bewirkt haben könnten, die im weiteren Frauenleben dann um so weniger geboren hätten. Die endgültige Kinderzahl dieser Mütterjahrgänge hätte es beweisen können, doch das Ende der DDR hat diese Frage erübrigt.

Neue Geburtenrückgangsgründe - ein "zweiter demographischer Übergang"

In die Erforschung des "defizitären Geburtenniveaus" und der modernen Bedingungen, unter denen eine demographische Substanz aufgezehrt wird, wurde viel Energie gesteckt. Zeitdiagnostiker rechneten vor, wie das "Bedürfnis nach Elternschaft" zur psychologisch-emotionalen Angelegenheit geworden sei - nachdem es in früheren Epochen materielle Daseinsfürsorge gewesen war. Die äußerst niedrige Kindersterblichkeit erlaubt es, den Kinderwunsch schon mit *einem* Nachkommen zu befriedigen. Bei der Entscheidung für ein zweites Kind wird die große Güterabwägung mit all dem angestellt, was die moderne Gesellschaft sonst noch bietet - außerhalb von Ehe und Familie. Zudem müssen die Chancen, sich am Arbeitsmarkt und im Sozialsystem zu platzieren, aufmerksamer, ja hektischer verfolgt werden. Dies zusammengenommen führt dazu, dass selbst die Zwei-Kinder-Familie nicht mehr die Norm ist. Die Optionen einer Hochtechnologiegesellschaft werden am besten vom Einzelnen genutzt und gewählt: das Individuum selbst wird zum Zentrum aller Entscheidungen. Das setzt sich bis in die Familienverhältnisse hinein fort und belastet sie. Dies spiegelt sich wieder in dem bunten Bild, welches die Ehe- und Familienverhältnisse bilden: Der Zeitpunkt der Eheschließung wird hinausgeschoben – ein gutes Drittel aller Ehen endet vor dem Scheidungsrichter. Die Instabilität der Paarbeziehungen, ihre oft unklaren Verpflichtungsformen, dämpft nun die Motivation zur Elternschaft.

Solche Diagnosen liefern denen Material, die das Ende der Familie vorhersagen und dies für ebenso unausweichlich und unumkehrbar halten, wie die niedrige und defizitäre Geburtenhäufigkeit, die nun schon ein Vierteljahrhundert andauert und als logische Entwicklung der menschlichen Zivilisation erscheint, gegen die anzurennen sinnlos wäre. Das DDR-Beispiel zeigt aber, wie wichtig staatliche Einrichtungen sind, die die Mutterrolle mit Berufsausübung verbinden und die Entscheidung für ein zweites Kind nicht zur großen Unwägbarkeit im Leben von Frauen und jungen Paaren macht.

Geburtenbewegungen sind nicht auf ein schlichtes Ursache-Wirkung-Verhältnis zurückzuführen.³ Man registrierte Wirkungen, ohne sie eindeutig Ursachen zuordnen zu können. Der "Babyboom" nach dem Zweiten Weltkrieg entpuppte sich als nachholende Heirats- und Anschaffungswelle, in der Kinder noch mit inbegriffen waren. Das rasche Abklingen des Geburtenberges ab 1965, jener "Pillenknicke", erstaunt bis heute, weil er ein gesamteuropäisches Phänomen war und nur Teilerklärungen gefunden hat: Ein extrem hoher Geburtenberg ist auf ein nie gedachtes Niveau, nämlich unter dasjenige der Sterbefälle, abgesunken und hat das Geburtentief der 20er Jahre und damit das Bestandserhaltungsniveau um ein Drittel unterboten. In der bäuerlichen Kultur hatte man seine Existenz noch innerhalb der Familie und in der ausreichenden Zahl überlebender Kinder gefunden. Der Kinderwunsch richtete sich damals nach dem *existenzsichernden Maximum*. Der Kinderwunsch wird im Industrialismus Teil einer *persönlichen Wohlstandsstrategie*, und dem genügt ein Nachwuchsminimum vollauf.⁴ Nach Beseitigung der allgemeinen Kinder- und Müttersterblichkeit und angesichts der vielfältigen Optionen im Industriestaat, reduziert sich der Kinderwunsch auf das *psychologische Nachwuchs-Minimum*: Freude an Elternschaft, Krönung einer Partnerschaft, auch Gedanken an Selbstverwirklichung sind jetzt mit nur einem Kind zu befriedigen. Hier liegen die Gründe für eine durchschnittliche Kinderzahl von nur 1,3 pro Frau. Der Frankfurter Soziologe Karl-Otto Hondrich: „Der Staat wird von Geburtenarmut befallen, so wie er die Voraussetzungen für Kinderreichtum schafft.“

In der internationalen Demographie hat sich für den erneuten Abfall der Geburten und Phasen höchster Prosperität der Ausdruck "zweiter demographischer Übergang" eingebürgert. Neben der Geburtenbewegung zeigt er auch im Bereich der Lebenserwartung Besonderheiten.

b) Sterblichkeit und Lebenserwartung:

Die Steigerung der Lebenserwartung erregt ebenso Erstaunen, wie die Bewegungen der Geburtenzahlen. Die Lebensbedingungen ließen Jahrhunderte lang eine um 35 Jahre schwankende Lebenserwartung nicht von der Stelle kommen. Wenn früher ein Mensch ein "gesegnetes

³ Kiefl, Walter/Schmid, Josef: Empirische Studien zum generativen Verhalten, Erklärungsbefunde und theoretische Relevanz. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 15. Boppard/Rhein 1985; Lesthaeghe, Ron: Demographic Renewal and Problems of Social Organization. In: Feld, Serge/ Lesthaeghe, Ron (eds.): Population and Societal Outlook. Brüssel (Baudouin Stiftung) 1984, S. 281-291.

⁴ Schmid, Josef: On Contemporary Demographic Structures in Europe: The explanatory power of economic and sociological frameworks. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 14, Heft 2, 1988, S. 115-132; derselbe, The Background of Fertility Behaviour in Europe – New Social and Psychological Aspects. In: Cliquet, Robert L./ Dooghe, G./ de Jong-Gierveld, J./ van Poppel, F. (Eds.): Population and Family in the Low Countries VI. Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (N.I.D.I.) and The Population and Family Study Centre (C.B.G.S.), Vol. 18, The Hague/Brüssel 1989, S. 1-16.

Alter" erreichte, dann ist auf einen solchen Umstand eine Anzahl des damals alltäglichen Säuglings- und Kindestod oder Kindbett-Tod von Müttern anzurechnen. Mit dem ersten größeren Sieg über die Kindersterblichkeit in den 20er Jahren begann die Lebenserwartung un-aufhörlich zu klettern. Noch 1950 lag in Westdeutschland die Lebenserwartung der Männer bei 64,6 Jahren, die der Frauen bei 68,5; Mitte der 90er Jahre war diejenige der Männer um fast 9 Jahre auf 74 Jahre, und die der Frauen um 12 Jahre, d.h. auf 80 Jahre angestiegen.

Einschneidende Folgen für eine Bevölkerungsstruktur ergeben sich, wenn immer stärker besetzte Altenjahrgänge einem Geborenendefizit gegenüberstehen. Die deutsche Bevölkerung altert deshalb am raschesten, weil der Anteil alter Menschen schon wegen Nachwuchsmangels steigen muss und weil außerdem die Sterblichkeit in den Altenjahrgängen immer mehr zurückgeht: immer mehr Alte, die noch höhere Altersstufen erreichen. Wenn sich das Schwergewicht zu den älteren Jahrgängen hin verlagert, steigt allmählich das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Es steht zur Zeit bei 41 Jahren. Bemerkenswert ist der rasche Anstieg der hochbetagten Menschen zwischen 80 und 100 Jahren.⁵ Ist die *Lebenserwartung bei Geburt* von besonderem Interesse für Familienplanung und Gesundheitsdienste, so ist die *ferne Lebenserwartung* 60-jähriger die wichtigste Zahl für die Träger sozialer Sicherung und Dienste. Sie liegt für Männer bei 17 Jahren, für Frauen bei 26 Jahren. Erstaunlich und mit die größte Herausforderung im Sozialbereich ist die Zunahme der Menschen, die weiblichen Geschlechts, vor allem zwischen 80 und 100.

⁵

Schmid, Josef: Population Ageing: Dynamics, and Social and Economic Implications at Family, Community and Societal Levels. Referat auf dem Meeting der UN/ECE (Genf-CES/PAU/1998/6; GE 98-32457), Budapest, 7.-9. Dezember 1998.

Tabelle 1: Entwicklung der Lebenserwartung in Westdeutschland und Ostdeutschland, 1950-1994

Zeitraum	Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlecht (in Jahren)			
	Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost
1950	64,6	63,9	68,5	67,9
1960	66,9	66,5	72,4	71,4
1970	67,4	68,1	73,8	73,3
1980	70,0	68,7	76,7	74,6
1986	71,7	69,7	78,0	75,8
1991	73,1	69,9	79,5	77,2
1994	73,4	70,3	79,7	77,7
Zuwachs:				
1950-1994	+ 8,8	+ 6,4	+ 11,2	+ 9,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland; Jürgen Dorbritz/Klara Gärtner 1995.

Sowie in einer Bevölkerung die Lebenserwartung steigt und zudem wenig geboren wird, beginnt sich die Alterspyramide zu verformen, kopflastig zu werden.

c) Alters- und Geschlechtsstruktur ("Bevölkerungspyramide")

Die Alters- oder Bevölkerungspyramide stellt die in jedem Jahrgang vorhandenen Menschen beider Geschlechter zu einem Stichtag ("Momentaufnahme") dar. Die auf den Jahrgangsbalken Aufgetragenen sind einmal

- die in die Struktur Hineingeborenen. Sie begannen ihr Leben am untersten Jugendbalken der im ersten Jahr Geborenen und stiegen in den Folgejahren als jeweils Überlebende auf; sodann
- die Zugewanderten und Gebliebenen - ohne die Ausgewanderten oder Zurückgekehrten.

Am Profil der Alterspyramide lässt sich das Schicksal der Nation während einer maximalen Lebensspanne ablesen. Während der Wachstumsphase des demographischen Übergangs um 1900 war der deutsche Altersbaum noch eine echte *Pyramide*, wie sie heute die Entwicklungsländer zeigen. Der damals folgende Geburtenrückgang machte daraus eine *Glocke*. Hätte eine Alterspyramide eine Glockenform, wäre dies für eine moderne Gesellschaft ein Idealzustand: keine Altersklasse wäre überrepräsentiert, das Verhältnis von Jung zu Alt wäre sozialpolitisch dauerhaft erträglich; – wenn die Bevölkerung im aktiven Erwerbsalter zwischen 20 und 60 mehr als 50% der Gesamtbevölkerung ausmachen würde, so könnte sie, - bei günstiger Beschäftigungslage - leicht die Soziallast der beiden abhängigen Altersgruppen der Jugend und des Alters tragen.

Doch eine solche Glockenform der Alterspyramide ist für Deutschland seit 1970 Vergangenheit. Sie wäre nur mit langfristigen politischen Eingriffen, vor allem familienpolitischen Maßnahmen, herzustellen. Die skandinavischen Länder, England und Frankreich achten schon seit Anfang bzw. Mitte des 20. Jahrhunderts darauf, dass ihre Alterspyramide nicht ihr Gleichmaß verliert und altert, d.h. "kopflastig" wird.

Ein Geborenendefizit ist *kurzfristig* an einer negativen Bevölkerungsbilanz, an einem Überhang der Sterbefälle über die Geburten zu erkennen, die Zuwanderungseffekte gelegentlich ausgleichen können. 1999 wurden bundesweit 846.000 Sterbefälle gezählt. Gemessen an der oben genannten Gesamtzahl der Geburten bedeutet dies einen Sterbeüberschuss und damit ein Geborenendefizit von 76.000. Ab 1973 häufen sich die seitdem eingetretenen jährlichen Defizite und verändern nochmals die Alterspyramide. Der Jugendsockel wird schmaler, während der Alterskopf schwillt. Es entsteht ein "*Koloss auf tönernen Füßen*", oder eine "*Urnenform*", womit dezent die Tendenz des Verschwindens dieser Population angedeutet ist. Der deutsche Altersbaum hat das Aussehen einer schütterten, vom "sauren Regen" befallenen Tanne.

Tabelle 2: Entwicklung der Altersstrukturen (in Prozent)

	1900	1925	1950	1970	1990	2000*)
bis unter 15/20	34,8	25,7	23,3	23,2	16,2	16,0
15 - 65 (20-60)	60,3	68,5	67,4	63,6	68,9	68,0
Über 60/65	4,9	5,8	9,3	13,2	14,9	16,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, "Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972", Statistisches Jahrbuch 1992, und *) Population Reference Bureau, Weltbevölkerung 2000 (Washington, D.C./Hannover); (geschätzt)

Neben dem Jahrhundertchicksal einer Population ist aus der Alterspyramide das Verhältnis von Jahrgängen im erwerbsfähigen Alter, den *Aktiven*, zu den *abhängigen Jahrgängen* der Jugend und des Pensionsalters herauszulesen. Das jeweilige Verhältnis wird in "Quoten" ausgedrückt: zum Beispiel das Verhältnis der unter 20-jährigen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (*Jugendquote*), das Verhältnis der im Rentenalter stehenden Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (*Altenquote*) oder das Verhältnis der noch nicht und nicht mehr im Erwerbsleben stehender Personen zu den Erwerbstätigen (*Gesamtabhängigkeitsquote*). Diese "Lastquoten" liefern den ersten Hinweis auf den Zustand des "Generationenvertrages".

Die Kerben und Einbuchtungen in den oberen Altersjahrgängen zeigen einen Frauenüberschuss, der einmal auf die gefallenen Männer im Ersten Weltkrieg und dann auf die Längerlebigkeit des weiblichen Geschlechts zurückzuführen ist, einen Geburteneinbruch während der Weltwirtschaftskrise, sodann die "fehlenden" Männer, die im Zweiten Weltkrieg geblieben waren und den Geburtenausfall zum Kriegsende. In den jungen und mittleren Altersrängen finden sich Ausbuchtungen, die nicht mehr auf Krieg, Katastrophen und Krisen beruhen, sondern auf dem Gegenteil: der sich in die Lebensmitte hochschiebende Wohlstandsbauch der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre, der Babyboom, bricht ab zum Geburtenrückgang der frühen 70er Jahre, dem alle Jugendjahrgänge bis zu den derzeit 30-jährigen unterliegen.

Nach diesem Bild lässt sich die Altersstruktur Deutschlands systematischer charakterisieren:

- die Geburtenausfälle während und nach dem Ersten Weltkrieg in den Geburtsjahrgängen 1915 bis 1920 und während der Weltwirtschaftskrise um 1932, der größere Anteil an Frauen in den hohen Altersstufen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung und der überproportionalen Kriegsverluste auf der Männerseite der entsprechenden Jahrgangsstufen,

- die geburtenstarken Jahrgänge nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren; sie stellen die heute 60- bis 65-jährigen,
- der Einbruch der Geburten am Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt sich bei den heute 45- bis 50-jährigen,
- die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre ("Babyboom"),
- der Rückgang der Geburten ab 1965 bis 1973 etwa um 40% bei den heute etwa 30-jährigen
- die relativ schwach besetzten jüngsten Altersgruppen am Jugendsockel der Pyramide, wenn man sie mit den Jahrgangsstärken der darüber liegenden Elterngeneration vergleicht.

Der Geburteneinbruch ist wohl der markanteste Tatbestand der letzten 25 Jahre. Wie schon klargestellt, liegen die Geburtenrückgangsgründe nicht so klar auf der Hand. Wenn ein Gesellschaftszustand zu zeitlich aufeinanderfolgenden unterschiedlichen Verhaltensweisen führt, dann muss ein Einstellungswandel vorliegen, der sich mit einer Generationenablöse durchgesetzt hatte. Die "Wohlstandstheorie" mag weiter gelten, doch der Wohlstand kann im Lauf der Zeit zu durchaus entgegengesetzten Reaktionen führen: Der ungewohnte Nachkriegswohlstand führte unmittelbar in Familie, Kinder und deren Ausstattung; die nächste Generation, an Wohlstand schon gewöhnt, war bereits für Standardverluste sensibilisiert. Sie betreibt in erster Linie Wohlstandssicherung und das bedeutet, dass sie aus individuellem Erfolgskalkül Familiengründung und langfristige Bindung hinanstellt.⁶

Die Einbuchtungen in der Struktur des Bevölkerungsaufbau zeigen, wie groß die "demographische Lücke" inzwischen ist, die in Zukunft sowohl eine Schrumpfung als auch eine Alterung der Bevölkerung in bisher unerreichtem Ausmaß bewirken wird. Die deutsche Alterspyramide wird dadurch "kopflastig" (vgl. *Abbildung "Alterspyramide"*, S. 47).

Es gibt noch andere wichtige Strukturkategorien, die in die Altersstruktur eingepasst werden können; so die Heiratsverhältnisse (Ledige, Verheiratete, Geschiedene, Verwitwete), die Arbeitsverhältnisse (Erwerbstätige, in Ausbildung Befindliche, Arbeitslose) usw. Die im folgenden dargestellten Kategorien sind der ausländischer Bevölkerungsanteil, dessen Altersstruktur und Herkunft:

⁶ Schmid, Josef: The Background of Recent Fertility Trends in the Member States of the Council of Europe. Population Studies, No. 15, Council of Europe, Strasbourg 1984.

d) Familienstrukturen:

Die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene moderne Kern- oder Kleinfamilie ist zweifellos eine Anpassung an die neuen Lebensformen. Ein neues Verhältnis von Arbeit und Freizeit, neue Verwendungsarten des Familieneinkommens und Ausbreitung des städtischen Lebensstils haben sie herbeigeführt (Abkehr vom herkömmlichen Familiendasein). Mit den Begriffen "Angestelltenkultur" und "Familienkarriere" sind die weitgesteckten Ursachen genannt und die erst nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckte "Nivellierte Mittelstandsgesellschaft" schon im Kern enthalten. Die Idee der Familienkarriere, der Wunsch, mit Hilfe steigender Erziehungskosten Kinder erfolgreich in der sozialen Hierarchie aufsteigen zu lassen, ist zur bürgerlichen Attitüde geworden. Das hat den Aufwand für Kinder so erhöht, dass ihre Zahl klein gehalten werden musste, um dieses Ziel zu erreichen. Die bürgerlichen Familien befinden sich hinsichtlich der Kinderkosten in Aufwandskonkurrenz innerhalb ihrer Sozialschicht. Die allgemeine Anwendung der Kontrazeptionsmittel bedeutete nur eine technische Perfektionierung eines sozial und psychologisch vorgegebenen Interesses an einer beschränkten Kinderzahl.

Die Kleinfamilie, bestehend aus Eltern und kaum mehr zwei Kindern, entstand in/durch Anpassung an neuartige Entwicklungen. Der Geburtenrückgang erscheint als eine geschichtlich gebotene Vernunft, wo die moderne technische Welt nicht mehr so viel Hände benötigte, das Ernährungsproblem praktisch gelöst wäre, und in keinem Fall große Mengen von Menschen in abgelegten Produktionssektoren wie in Feldern und in Wäldern noch Arbeit finden würden. Doch bald stellte sich die Frage nach dem Ausmaß, dem Wieweit des Geburtentiefs. Seit Jahren verfolgen die Ämter der europäischen Staaten mit größter Aufmerksamkeit, ob denn die allmählich entstehende Klein- und Kernfamilie imstande sein würde, zur generationserhaltenden Fertilität von durchschnittlich 2,2 Kindern zurückzukehren, die Anfang der 20er Jahre noch vorhanden war. Damals wurden Familienpolitiken eingeführt, zuerst in Frankreich, dann in den autoritären Regimes Italiens und Deutschlands; aber auch im sozialdemokratischen Schweden kämpften *Alva* und *Gunnar Myrdal* um den Generationsersatz mit der Parole: der Industriestaat hätte sich der Familie anzupassen und nicht umgekehrt.

Jede Bevölkerung lässt sich aufteilen in die kleinste Einheit menschlichen Zusammenlebens und -wirtschaftens, die *Haushalte*. Auch eine Einzelperson kann einen Haushalt bilden, den sogenannten Ein-Personen-Haushalt. 1992 gab es in Deutschland 35,7 Mio. Privathaushalte mit einer durchschnittlichen Personenzahl von 2,26 je Haushalt. Der Anteil der Ein-Personen-

Haushalte lag bei 33,7 Prozent. Im Jahr 1970 betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße im früheren Bundesgebiet noch 2,74 Personen, der Anteil der Ein-Personen-Haushalte lag bei 25,1 Prozent. Familientypen werden unterschieden nach Ehepaaren mit ledigen Kindern (*vollständige Familien*) und verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Vätern oder Müttern mit ihren Kindern (*unvollständige Familien*). In Deutschland standen im Jahr 1992 2,6 Mio. unvollständige Familien etwa 11 Mio. vollständigen Familien gegenüber; 8,6 Mio. Ehen waren kinderlos. In den letzten Jahrzehnten tritt in Industrieländern immer mehr die Form der *nichtehelichen Lebensgemeinschaft* (1992: 1,5 Mio) auf, die meist einer späteren Eheschließung vorangeht.

Die demographisch so ereignisreichen 70er Jahre warteten mit einem weiteren Phänomen auf: Es war die auffällig gewordene Erosion der inzwischen als traditionell geltenden Kleinfamilie: Partnerschafts- und Familienformen vervielfachen sich. Der sonderbare Geburtenabfall nach dem "Babyboom" der 60er Jahre hatte wieder große Untersuchungen über den Geburtenrückgang ausgelöst und im Kern die Wohlstandstheorie bestätigt.⁷ In den 80er Jahre wurden die so genannten "alternativen Lebensstile" entdeckt, besonders die Alternativen zum herkömmlichen Familiendasein:

- eine steigende Zahl von Scheidungen, besonders von jungen Ehen, die als Scheidungsfolgen eine immer größere Anzahl allein erziehender Elternteile hinterlässt;
- ein Anstieg lediger Personen in den Altersgruppen, in denen man früher zum Großteil verheiratet war, – eine Tendenz, die sich im Anstieg von Einpersonenhaushalten jüngerer Menschen niederschlug; es ist allerdings fraglich, ob man von der Anzahl "Alleinlebender" auf eine Vereinsamungstendenz schließen darf;
- ein Zusammenleben ohne Trauschein oder "eheähnliche Verbindungen";
- eine langsam steigende Zahl freiwillig kinderloser Ehepaare;
- ein Anstieg nichtehelicher Geburten, vor allem in großstädtischen Milieus; häufig zurückzuführen auf sozialpolitische Maßnahmen, wie Geburtsgeld für unverheiratete Mütter.

Hierzu passt eine niedrige Geborenenziffer, denn hier zeigt sich doch, wie Unstetigkeit ins Leben einbricht und mit dem Mindestmaß an stabilen Lebensumständen, die Kindererziehung verlangt, in Konflikt gerät.

⁷

Schmid, Josef: The Family Today: Sociological Highlights on an Embattled Institution. In: European Demographic Information Bulletin, Vol. XIII, Nr. 2, 1982, S. 49-104. (Paper originally presented at the meeting of the British Society for Population Studies, Exeter: Sept. 1981);

Die Auswirkungen eines solchen *Kunterbunt* an Partnerschaften sind noch nicht eindeutig zu klären. Die Liberalen sehen darin einen Gewinn an Freiheit und Flexibilität, die Konservativen eine gefährliche Zersetzung der Gesellschaftsbasis. Bei nüchterner Betrachtung kann man eine Mittelposition einnehmen: Flexibilität ist bei den derzeitigen Umbrüchen auch für die Familie von Vorteil und eine ihrer Überlebensbedingungen, doch darf sie nicht die Kindererziehung hintanstellen, welche erst recht in Zeiten des raschen Wandels einen Rest Dauerhaftigkeit braucht. Die Gesellschaft trägt dem Rechnung, indem über 80% der Kinder immer noch in geschlossenen Ehen geboren werden. Allerdings werden auch diese Familien in der Folgezeit nicht alle bestehen bleiben. Ein Drittel aller bestehenden Ehen landet vor dem Scheidungsrichter; – ein Viertel aller Jung-Ehen.

Die flexiblen oder neuen Familienformen zeigen nur, wie Familienbildung und demographisches Verhalten in wechselseitiger Anpassung mit der industriellen Entwicklung stehen. Wird die Familie dabei geschwächt oder deformiert, deutet das auf Schutzlosigkeit, wenn nicht gar auf "unterlassene Hilfeleistung" seitens des Staates und der Gesellschaft hin, die ihre unersetzbaren Dienste für sich ausbeuten.

e) Wanderungen und ausländische Bevölkerung

Die Wanderungen, d.h. Zuwanderungen nach Deutschland zwischen 1945 und 1990 lassen sich in Etappen einteilen, die jeweils charakteristische, von der vorhergehenden Etappe verschiedene Wanderungsformen aufweisen. Das hat zur Folge, dass die Erfahrungen einer Zuwanderungsetappe nur sehr bedingt für eine andere taugen. Bis zum Bau der Mauer 1961 können zwei solcher Etappen angegeben werden:

1. der durch Krieg und Nachkrieg erfolgte Zustrom deutscher Flüchtlinge und Vertriebener in den 40er Jahren (13 bis 15 Millionen), nicht zu vergessen die Entlassenen und Entkommenen aus den Kerkern des NS-Regimes, die sich dennoch im Nachkriegsdeutschland ansiedelten oder verblieben. Sodann
2. die mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 einsetzende Flucht aus der sowjetisch-besetzten Zone, die zur gleichen Zeit die Staatsbildung zur DDR vollzog.

Diese beiden Etappen waren fast zur Gänze Zuwanderung von Deutschen, die lediglich ein Problem für kommunalen Wohnungsbau und Arbeitsmarkt hätten darstellen können. Da diese Zuwanderung aber in die längste Hochkonjunkturphase der Wirtschaftsgeschichte gefallen war, kann ihr sogar eine Schwungradfunktion für wirtschaftliches Wachstum zugewiesen werden. Mit dem Bau der Mauer 1961 wurde der bis dahin für die westdeutsche Wirtschaft bequeme Zustrom ostdeutscher, unmittelbar integrierter Arbeitskräfte gestoppt. Der dadurch aufgebrochene Arbeitskräftemangel wurde mit massiver "Gastarbeit" aus "Anwerbestaaten" des Mittelmeerraums gedeckt. In dieser markanten Phase der Wirtschafts- und Sozialgeschichte war Deutschland dem Status eines Einwanderungslandes am nächsten. Der in vorgeesehenen Büros außer Landes angeworbene Arbeitskraft wurden vorhandene Arbeitsplätze zugewiesen und stellte daher - wie in offiziellen Einwanderungsländern - kein Integrationsproblem in wirtschaftlicher Hinsicht dar. Für den Charakter eines Einwanderungslandes spricht auch, dass dieser *Arbeitsmigration* mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten

- der ersten Ölkrise ("Ölpreisschock"), gestärkt durch das allgemeine Bewusstsein von "Grenzen des Wachstums",
- der technologischen Revolution, welche die Arbeitsplatzanforderungen radikal veränderte, Personal freisetzte und
- mit einer "Sockelarbeitslosigkeit", die auf Qualifikationsmängel der Arbeitskraft beruht,

ein Ende gesetzt werden konnte. 1973 hatte die Regierung Brandt-Scheel die Anwerbebüros geschlossen und damit wieder für eine Änderung der Zuwanderungsformen, eine *dritte Etappe* gesorgt. Genau besehen hat zu dieser raschen Schließung das Gefühl beigetragen, mit der gut zehnjährigen Arbeitsmigration auch Begleiterscheinungen ausgesetzt zu sein, die von dauerhaftem Charakter sind, unabhängig von Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt. Hier ist zuerst die Zuwanderung von Familienmitgliedern zu nennen, die mit der ersten kleinen Wirtschaftskrise 1966/67 eingetreten war: "Junggesellen gehen, Familien kommen" lautet die kurzgefasste Beobachtung. Die sozialen Dienste und Zuwendungen, die auf große Familien entfallen, ließen es günstig erscheinen, sich mit der Familie und Verwandtschaft in Deutschland niederzulassen, denn sie machen in ihrer Summe Einbußen bei eventueller Arbeitslosigkeit wett. Diese Ansiedlung, zu der die ursprüngliche Gastarbeit geworden war, kam der Wirtschaft gelegen, weil sie mit langfristig Beschäftigten die Kosten der Eingewöhnung und des Anlernens von Ausländern niedrig halten konnte.

Als zweites sind die Vorboten einer Ethnisierung der Wohnbevölkerung in Deutschland zu nennen, die als räumliche Konzentration von Ausländern bestimmter Herkunft beginnt und als Brückenkopf für weiteren Nachzug aus den Herkunftsländern endet. Die daraus entstehenden Probleme, hier weniger am Arbeitsmarkt als in den Kommunen und "Nachbarschaften", sind klein bei vertrauten Nachbarvölkern gleicher Religion und Tradition und nehmen zu mit der Ferne der Herkunftsländer in Kleinasien, dem Nahen Osten und in Nordafrika. Die anfänglich stärkste Gruppe bildeten die Italiener. Sie wurden darin von den Jugoslawen (dort noch unter Tito) abgelöst und schließlich zwischen 1968 und 1973 von den Türken überrundet - und das bis heute. Das Einströmen von ausländischen Familien in die Substandardquartiere der Städte mit hohem Industrie- und Dienstleistungsanteil hat das "Ausländerghetto", - das Viertel, das nach amerikanischem Vorbild von der einheimischen Mittelschicht verlassen wird, rasch zur urbanen Wirklichkeit in Deutschland gemacht.

Diese Etappe bot zwar schon eine Vorahnung von Problemen mit "*dem Fremden*", die ein Land mit ständiger Zuwanderung zu gewärtigen hat, doch stand sie so unter dem Zeichen der Beschaffung von Arbeitskraft, dass die deutsche Öffentlichkeit die deutliche Veränderung ihrer Städte und Gemeinwesen verständlich und tolerant hingenommen hat, zumal sie in dieser Phase selbst keineswegs sich als Verlierer zu fühlen hatte. Hier wurde auch die These akzeptiert, dass Zuwanderung volkswirtschaftlichen Nutzen bringt, für Dienstleistungen sorgt, die sonst niemand mehr bereitstellen würde, und die Gesamtkaufkraft stärkt, was bekanntlich die Produzenten von Konsumgütern beruhigt. Der Preis für willige Gastarbeit war, dass der Begriff des Immigranten- bzw. "Ausländerjob" entstand, der mit Hitze, Schmutz und Lärm verbunden ist. Wenn bereitwillige Arbeitskraft ausreichend vorhanden ist, setzt die Tendenz ein, die Zumutbarkeitsschwelle für Arbeitsplatzangebote an einheimische Arbeitslose höher zu setzen. Dies ist in allen Ländern, wo Einwanderung auch Unterschichtung ist, zu beobachten. Tätigkeiten, als "Immigrant Job" bezeichnet, werden gemieden.

In der *vierten Etappe* der Migration, die bis zur Wende 1989/90 angesetzt werden kann, mag sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis realer Gastarbeit und ausländischer Arbeitskraft nicht wesentlich verändert haben; dennoch wurden Institutionen kritisiert, die mit Zuwanderung befasst sind, und von denen Zuwanderer, insbesondere Familien, ausgestattet werden. In dieser Phase kündigt sich der Kulturkonflikt an, der "horizontal" als Rivalität um knappe Güter (Kindergartenplatz, Ausbildung, Arbeitsplatz, Wohnraum) erlebt wird, "vertikal" als Rivalität um knappe Finanzmittel in einem Sozial- und Wohlfahrtsstaat, der sich in "fetten Jahren" eine Gleichheits- d.h. Gleichbehandlungsideologie verschreiben hat und unterschiedslos umver-

teilt: Kindergeld und Wohnungszuteilung an orientalische Großfamilien, starke Besetzung aller Bildungs- und Ausbildungsgänge mit ausländischen Kindern, hohe Inanspruchnahme sozialer Dienste (Gesundheitswesen) - bei ungewissen, und gänzlich unkontrolliertem Integrationsgrad in die deutsche Gesellschaft; Selbsttäuschungen wurden offenkundig, denen sich die deutsche Gesellschaft bezüglich der Integration der zweiten und dritten Generation hingegen hat. Unveränderte Zuwanderung traf zusammen mit folgenden wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen, die ein Bremsen der Zuwanderung nach deutschem Muster hätten einleiten müssen:

- weitergehende technologische Revolution, allmähliches Ende der schlichten Dienstleistungen; durchgehende Beschäftigungskrise, dafür aber ein andauernder Hunger der deutschen Wirtschaft nach *billiger* Arbeitskraft aus Niedriglohn-Ländern - bei 80% Lohnzusatzkosten seitens der Arbeitgeber;
- der Asylantrag wird offenkundig und in immer größerer Zahl von Fällen zur De-facto-Einwanderung genutzt. Der "Rechtsmittelstaat" ermöglicht Verschleppung des Verfahrens und auch im Ablehnungsfalle eine "Duldung" des Aufenthaltes. Einem zeitlichen Hineinwachsen in die Aufenthaltsberechtigung stand wenig im Wege.

Diese Bewegung von Technologie, Verteuerung der Arbeitskraft wegen Lohnabhängigkeit der sozialen Systeme und von weitergehendem Zufluss von Menschen, die zu einem immer größeren Teil für eine Arbeitsaufnahme nicht vorgesehen sind, verursachte das erste Unbehagen an der Zuwanderungssituation, vor allem die Rolle und Auswirkung der deutschen Asylgesetzgebung und -praxis. Die Debatte um das Für und Wider dieser Regelung hatte Ende der 70er Jahre eingesetzt, dauerte während der 80er Jahre an, und erreichte mit den stark ansteigenden Bewerberzahlen zum Ende des Eisernen Vorhangs ihren Höhepunkt.

Das Unbehagen der Öffentlichkeit an der Zuwanderungssituation wurde durch die verwaltungsrechtliche Auffächerung der Zuwanderungsarten, die zusätzlich eine Unübersichtlichkeit brachte, noch verstärkt. Es wirken zusammen:

- eine weitergehende Gastarbeit in verkleinertem Maßstab,
- eine Zuwanderung deutschstämmiger Übersiedler, die sich in der ersten Welle noch gut einpassten, in der Folge jedoch immer größere Integrationsdefizite zeigten, besonders die Jugendlichen, die kaum mehr einen deutschen Hintergrund erkennen lassen,
- eine Zuwanderung von EU-Bürgern, die Niederlassungsfreiheit und Arbeitserlaubnis besitzen und kein "Ausländerproblem" an sich darstellen,

- Zuwanderung über Asylantrag mit den bekannten großzügigen und weitherzigen Auslegungen, die zu einer mehrschichtigen ideologischen Auseinandersetzung zwischen (a) Angehörigen niederer Schichten, den eigentlich Betroffenen, und Zuzüglern, die das soziale Umfeld verändern, und zwischen (b) bürgerlich-konservativ regierten und traditionell sozialdemokratisch regierten Bundesländern, um die konkrete Durchführung der Asylverfahren und ihre Folgeerscheinungen. Solange sich die Bewerberzahl deutlich unter 100.000 jährlich bewegte, war an eine Änderung nicht zu denken. Als diese Marke in der zweiten Hälfte der 80er Jahre überschritten wurde, sah sich das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAAFl) mit einer Überlast entscheidungspflichtiger Fälle konfrontiert, die ihm erst 1993 mit Ergänzung des entsprechenden Artikels 16 GG, der "Drittstaaten-" und "Flughafenregelung" genommen werden konnte.
- Neben Asyl gibt es noch weitere Grundlagen der humanitären Menschaufnahme, so der Tatbestand der Flucht, bzw. "Kontingent"-Flucht im Sinne der Genfer Konvention. Diese Fälle hielten sich bis zum Fall der Mauer im begrenzten Rahmen.

Eine Übersicht über die Anteile an ausländischer Bevölkerung an der gesamten Einwohnerzahl in den einzelnen Ländern der europäischen Union weist Deutschland als das Hauptzugzugsland des Kontinents aus (*siehe im Anhang, Tabelle 3: Ausländische Wohnbevölkerung in 18 westeuropäischen Ländern*).

3. Tendenzen seit der Wiedervereinigung: Der Problemdruck wächst

Mit der Vereinigung Deutschlands hat die "deutsche Bevölkerungsfrage" auch ihr Gesicht verändert. Die beiden deutschen Staaten unterlagen ähnlichen demographischen Entwicklungstendenzen, sind aber in der Behandlung von Bevölkerungsfragen verschiedene Wege gegangen. Die markanten Trends seit 1989 sind folgende:

1. Das 1973 erreichte niedrige Geburtenniveau hat sich als dauerhaft erwiesen und sich zur Bevölkerungsabnahme summiert.

Die ehemalige DDR suchte ab 1974 familienpolitisch gegenzusteuern, mit beachtlichen Maßnahmen und Anfangserfolgen. Doch die Geburten in den Neuen Ländern fielen 1989/90 auf westdeutsches Niveau. Dann sanken sie weiter auf ein Weltrekordtief. Während in Westdeutschland noch 1,4 Kinder pro Frau geboren wurde und wird, zählten die Neuen Länder nur 0,8; hinzu kommt die laufende Abwanderung junger Menschen in die westlichen Bundesländer. Für die Gesamtsituation bürgert sich der Begriff "demographi-

sche Krise" ein.

Das letztverfügbare Jahr 1999 zeigt folgendes Bild: Die deutsche Wohnbevölkerung besteht derzeit aus 82 Millionen Menschen, wovon 7,4 Millionen legal anwesende Ausländer sind. 1999 wurden in Deutschland 771.000 Kinder geboren, was - im Vergleich zu den Vorjahren - als neues "Rekordtief" gilt. Dies ist zurückzuführen auf den starken Geburtenrückgang in Westdeutschland, das mit seinen 664.000 Geburten einen Rückgang um 2,7% gegenüber dem Vorjahr 1998 zeigt. Demgegenüber konnte der Geburtenanstieg in Ostdeutschland um 3,8% gegenüber 1998, nun auf 107.000 Neugeborene, wenig entgegengesetzen. Noch im Jahre der Wiedervereinigung war die ostdeutsche Geborenenziffer, mit aufwendiger DDR-Familienpolitik ab 1974 stimuliert, auf westdeutsches Niveau von 1,3 Kindern pro Frau gefallen und in der Folgezeit sogar in ein weltweit bestauntes Geburten-tief von 0,7 Kindern pro Frau. Die neuen Lebensunsicherheiten bei Müttern und der Wegfall der ausgedehnten Einrichtungen der Kinderbetreuung aus DDR-Zeiten, gelten gemeinhin als Ursache hierfür. Nun erholt sich die ostdeutsche Geborenenziffer langsam wieder, kann aber das quasi-definitive gesamtdeutsche Geborenendefizit nicht ändern.

2. Zuwanderungsdruck nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verursachten deutschstämmige Aussiedler und die weitestgehende Nutzung der deutschen Asylpraxis. Die Zuwanderung war anfänglich "Arbeitsmigration" und hat sich in Westdeutschland in zusätzliche Zuwanderungsformen aufgefächert: Aufnahme von Aussiedlern, Arbeitsmigration mit meist anschließender Familienzusammenführung, Asyl mit häufig ausgesprochener Aufenthaltsduldung und Flüchtlingsaufnahme, die - obwohl zeitlich begrenzt - einen gewissen Teil an Daueraufenthalt zur Folge hat. Im Rückblick auf die letzten Jahre, besonders diejenigen nach Ergänzung des Asylrechts ("Drittstaatenregelung"), hat sich diese Bevölkerungsbewegung verfestigt. Sogenannte "neue Arbeitsmigranten" treten stärker auf: Vertragsarbeiter in Baugewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistungen. Bis zur Wiedervereinigung wurden sie auf wenige tausend geschätzt. Ab 1991 steigen sie sprunghaft an und liegen jährlich bei 250.000.⁸

Seitdem registriert Deutschland eine stete Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland auf recht unterschiedlicher administrativer Grundlage. Die Netto-Zuwanderung, der Saldo von Zu- und Abwanderung, schwankte von 200.000 bis 400.000 jährlich. Sie verdankt sich keiner Anwerbung von "Gastarbeitern" mehr, wie in den 60er und frühen 70er Jahren,

⁸

vgl. Deutscher Bundestag: Referat Öffentlichkeitsarbeit, Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel. Kap.VII: Migration und Integration. Bonn 1998, S.773

sondern gesetzlichen Bestimmungen, die den Ankömmlingen entweder Aufenthalt oder ein aufenthaltsbegründendes Verfahren garantieren. Außer der Aufnahme von Deutschstämmigen aus dem Osten und Südosten Europas und Zentralasiens sind alle übrigen Aufnahmearten zum überwiegenden Teil humanitärer Natur.

Der übliche Überhang der Zuzüge über die Fortzüge bewirkt, dass die auf Bevölkerungsabnahme eingestellte "natürliche Bevölkerungsbewegung" (als Verhältnis von Geburten und Sterbefällen) aufgehoben und überkompensiert wird (vgl. *Tabelle 6: "Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1989 bis 1999"*, siehe Anhang). In den letzten Jahren verzeichnete Deutschland einen negativen Wanderungssaldo. Die Zu- und Fortzüge schwankten um je 600.000 und erst 1999 zeigte sich wieder ein Überhang der Zuzüge: 105.000 deutschstämmige Aussiedler und ein Wanderungsüberschuss bei Ausländern von 118.000 war so bedeutend, dass er das Geburtendefizit wettmachen konnte.

3. Die deutsche Bevölkerung zählt am Ausgang des 20. Jahrhunderts 82 Millionen Menschen und nimmt damit unter den registrierten Staaten und Territorien den zwölften Platz in der nach Bevölkerungsgrößen geordneten Rangliste ein. Sie weist aber innerhalb Europas Besonderheiten und Problemlagen auf, was die Altersstruktur, das Verhältnis von Geburten und Sterbefällen und das Wanderungsgeschehen betrifft:

- In Deutschland lebt die am raschesten alternde Bevölkerung: (nicht nur wegen einem der besten und generösesten Gesundheitssysteme der Welt, sondern auch) aus der Kombination schwach vertretener Jugendjahrgänge und der steigenden Lebenserwartung in den höchsten Altersstufen.
- Deutschland hält seit einem Vierteljahrhundert eines der niedrigsten Geburtenniveaus, so dass sich seit 1973 jährliche Geborenendefizite zur realen Abnahme der deutschen Wohnbevölkerung häufen.
- Die Geborenendefizite verstärken den Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung und verschieben im Verhältnis von Jung zu Alt die Gewichte zu den Altenjahrgängen hin.
- Das „Bismarcksche Sozialsystem“ unterstellt eine ausreichende Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter und im beitragspflichtigen Arbeitsverhältnis, die eine geringere Zahl von Menschen in abhängigen Lebensphasen der Jugend und besonders des Alters unterhalten. Sobald Geborenendefizite die Reihen der Aktiven lichten, Arbeitslosigkeit das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungssysteme mindert und

die Altenjahrgänge anteilmäßig wachsen, geht dieser Generationenvertrag in eine schwierige Phase.

Das "demographische Altern" setzt sich verstärkt fort. Der *Alterungsprozess* einer ganzen Bevölkerung ist an sich ein objektiver Vorgang. Mit ihm klettert rechnerisch das künstliche Maß des "Durchschnittsalters" in die Höhe. Es liegt dort, wo sich die Alterspyramide in zwei gleichgroße Flächen teilt. Völker der Dritten Welt mit einem hohen Jugendanteil werden es bei 20 Jahren haben, das alte Europa geht einem Durchschnittsalter zwischen 40 und 50 entgegen. Geburtenrückgang bedeutet an sich schon Alterung, weil sich dadurch der Anteil der älteren Jahrgänge erhöht. Ebenso bedeutet stetiger Anstieg der Lebenserwartung in den höheren Altersklassen Alterung der Bevölkerungsstruktur, wenn Kinder- und Erwachsenensterblichkeit weitestgehend zurückgedrängt sind.

Was die deutsche Bevölkerung zu der raschest alternden der Welt macht, ist die Tatsache, dass der Geburtenrückgang als Alterungsfaktor schon vor einem Vierteljahrhundert eingesetzt hat und unvermindert andauert, während gleichzeitig ein lobenswertes Gesundheitswesen die Langlebigkeit weiter vergrößert. So steht die Lebenserwartung für Männer bei 74, die der Frauen bei 80 Jahren. Die noch zu durchlebenden Jahre betragen für 60-jährige Männer 18 Jahre, für 60-jährige Frauen 23 Jahre. Diese Entwicklung zeigt in etwa die verlängerte Bezugszeit von Altersrenten, die von der aktiven Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Werden die Aktiven in ihrer Leistung durch Arbeitslosigkeit geschwächt, während die Zahl der Rentenbezieher und deren Ansprüche steigen, dann geraten Gesellschaften in die spannungsgeladene Entscheidungsnot zwischen kurzfristigem Flickwerk und Systemänderung. Beide bringen keine Lösung, wenn die demographischen Pressionen über Geborenendefizite, Langlebigkeit und begrenzte Handlungsmöglichkeiten im Zuwanderungsbereich andauern. Während die Zuwanderung für staatliche Steuerung offen wäre, ist eine grundsätzliche Trendänderung in der "natürlichen Bevölkerungsbewegung", dem Zusammenspiel von Geburtenzahlen und Sterbefällen, nur schwer vorstellbar, zumal sich ein politischer Eingriff zugunsten von mehr Geburten mit der dafür nötigen Radikalität nicht abzeichnet.

4. *Problemdruck und Aktivitäten 1990 - 2000:*

Es gehört zu den Erfahrungen der Demographie, dass die Mühlen des Bevölkerungsprozesses langsam, aber stetig und auf einem eingeschlagenen Weg malen. Das Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung kann rückblickend als das Jahrzehnt der steigenden Verge-
wässerung, Bewusstwerdung der demographischen Lage und der daraus folgenden Prob-

leme genannt werden, was der in den 80er Jahren aufgetauchte Problemdruck schon vorbereitet hatte: Alterung, der Innovationszwang der sich technologisch fortentwickelnden Wissensgesellschaft und nicht zuletzt Zuwanderung, die deshalb nicht steuerbar war, weil sie größtenteils über die großzügige, im Weltmaßstab einmalige Humanitätsschiene lief.

Folgende Reaktionen und Aktivitäten des Bundes sind zu nennen:

1992 wurde die Änderung bzw. "Ergänzung" des Asyl-Artikels 16 GG, der ein Individualrecht auf Asyl festschreibt, auf die Tagesordnung gesetzt. Die Asylanträge kletterten 1992 auf eine halbe Million, während - aufgrund der politischen Wende in Europa - Deutschland nur noch von verfolgungsfreien Demokratien umgeben ist. Der ungebrochene Zuzug nach Deutschland musste weniger etwas mit Verfolgung und Angst um Leib und Leben zu tun haben als mit einer "Wanderung zum besseren Wirt". Wie kaum bei einer Streitfrage zuvor waren "Gesinnungsethik" und "Verantwortungsethik" im Sinne Max Webers aufeinandergeprallt. Dieser Kulturkampf um die Durchsetzung politischer Philosophien, der sich damals aufgetan hat, dürfte um die Themen Asyl, Einwanderung, Ausländerstatus von Bedeutung bleiben. Er besteht darin, dass diese Themen erst aus einem moralisierten *Nötigungsklima* herausgeholt werden müssen, um einer politischen Beschlussfassung zugeführt zu werden. Dies gelingt nur teilweise, wenn sich Massenmedien zu stark auf die Seiten der Moralfraktionen stellen. Medienverstärkte Botschaften reiner Gesinnung entziehen diese Themen für allzu lange Zeit einer nüchternen Bestandsaufnahme und politischen Lösung.

Die 1993 errichtete *Enquête-Kommission "Demographischer Wandel"*, während des 12. und 13. Bundestages tätig, war ein nächstwichtiges Ereignis. Sie schloss die Arbeit mit dem Zweiten Zwischenbericht im Oktober 1998 ab. Dieser fast 900 Seiten umfassende Bericht beseitigt praktisch alle Wissenslücken der Politik bezüglich der Bevölkerungsbewegung und ihre Auswirkung auf staatliche Institutionen.⁹

Mit dem Regierungswechsel 1998 stand die *Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts* auf dem Programm, welche im Wahlkampf schon eine Rolle gespielt hatte. Hier prallten ähnliche Gegensätze aufeinander wie bei Änderung des Asylrechts und wieder zwischen denselben gegensätzlichen politischen Lagern. Kernpunkt war die Einschätzung der im Lande befindlichen 7,3 Millionen ausländischer Bürger, höflich "Mitbürger" genannt,

⁹

vgl. Deutscher Bundestag: Referat Öffentlichkeitsarbeit, Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik - Kap.VII: Migration und Integration. Bonn 1998

hinsichtlich ihres staatsrechtlichen Status, nachdem ihr wirtschaftlicher und sozialrechtlicher nicht in Frage steht. Nachdem sich die Anträge auf Einbürgerung, gemessen an der Zahl der Antragsberechtigten, über Jahre hinweg bescheiden ausnahmen, kann eine prinzipielle Zufriedenheit mit ihrer Situation, d.h. mit dem schlichten Bürgerstatus, unterstellt werden, denn staatsbürgerliche Pflichten, aktives und passives Wahlrecht im Aufnahme-land zählt nirgendwo zu den Wanderungsmotiven. Mit dem Abstammungsrecht stellt sich die Frage der Integration eigentlich nicht, denn Verstöße gegen das Gastland, als Zeichen der mangelnden oder willentlich unterlassenen Integration, können Ausweisung zur Folge haben. Da dies in aller Welt so gehandhabt wird, 99% der Menschheit die Staatsbürgerschaft ihrer Abstammung verdanken, schien eine Änderung der staats- und verwaltungsrechtlichen Praxis gegenüber dem ausländischen Bevölkerungsteil nicht dringlich.

Diese große Toleranz des Abstammungsrechtes dem fremden Zuwanderer gegenüber wird ihm bei Zuwanderungsdruck zum Verhängnis. Überschreitet der Ausländeranteil eine gewisse Größe, dann sind Integrationsanstrengungen nötig - unabhängig vom nationalstaatlichen Prinzip.

Im Sommer 2000 schließlich berief der Bundesinnenminister eine sogenannte "Zuwanderungskommission", welche die "Rahmenbedingungen für Zuwanderung" erarbeiten soll. Eine beschlussfassende Politik wird zwar an das Ergebnis nicht gebunden sein. Der zu erwartende Bericht müsste dennoch gegen bereits vorliegende konkurrierende Konzeptionen bestehen können.

4. Bevölkerungsvorausschätzung

Die 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vom Juli 2000: "Die Bevölkerung Deutschlands nimmt von heute 82 Millionen bis zum Jahr 2050 um über 10 Millionen ab"

Bevölkerungsvorausschätzungen oder -vorausberechnungen setzen für eine bestimmte Frist begründete oder zu Demonstrationszwecken geeignete Annahmen um. Sie sind nicht Prognosen im strengen Sinne, die von vornherein unter dem Anspruch stehen, eine künftige Wirklichkeit zu berechnen oder abzubilden. Ein solcher Anspruch wäre hierfür zu weitgesteckt und würde wahrscheinlich auch vom Ziel, Maßnahmen zur Abwendung einer unerwünschten Entwicklung zu begründen, wegführen.

Der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vom Juli 2000 (siehe Anhang) liegen für den Zeitraum von 2000 bis 2050 folgende Annahmen zugrunde:

- die *Geburtenhäufigkeit* im alten Bundesgebiet bleibt auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau von knapp 1.400 Kindern je 1.000 Frauen. In den neuen Bundesländern dürfte sich die noch deutlich geringere Geburtenhäufigkeit bis etwa 2005 an diejenige im Westen Deutschlands angleichen und dann auf dem noch immer niedrigen Niveau konstant bleiben. Zur langfristigen Erhaltung der Bevölkerungszahl wären jedoch 2.200 Kinder je 1.000 Frauen erforderlich. Dieses "Bestandserhaltungsniveau" gab es in Deutschland zuletzt während des Babybooms Mitte der 60er Jahre.
- Die *Lebenserwartung* nimmt - wie seit Jahrzehnten - weiter zu: Bis 2050 wird für das frühere Bundesgebiet ausgehend von 1997 ein Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung (bei Geburt) um etwa vier Jahre angenommen: von 74,4 auf 78,1 bei Jungen und von 80,5 auf 84,5 Jahre bei Mädchen. Für die neuen Länder, in denen die Lebenserwartung noch etwas niedriger ist, dürfte sie entsprechend stärker ansteigen und langfristig die gleichen Werte wie im Westen Deutschlands erreichen. Für einen 60-jährigen Mann wird bis zum Jahr 2050 eine Zunahme der "ferneren" Lebenserwartung auf 21,6 Jahre (das sind um 2,7 Jahre mehr gegenüber dem Basiswert im früheren Bundesgebiet) und für eine 60-jährige Frau auf 26,7 Jahre (das sind 3,5 Jahre mehr) angenommen.
- Für die *Außenwanderungen* wurden zwei Varianten mit Zuwanderungsüberschüssen berechnet. In "*Variante 1*" werden sich diese im Zeitraum von 2000 bis 2050 auf ein Volumen von 5,8 Millionen Personen summieren, was einem jährlichen Wanderungsgewinn von etwa 100.000 entspricht. Nach "*Variante 2*" werden - mit Fortzügen abgeglichen - 10,2 Millionen, jährlich etwa 200.000, zuwandern. Nur ein geringer Teil von ihnen wird auf deutsche Rückwanderer entfallen.

Die Bevölkerung in Deutschland wird auch nach dieser Vorausberechnung abnehmen.¹⁰ Ebenso wird sich das quantitative Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen zugunsten der älteren verschieben. Die eingesetzten Zuwanderungsvarianten: Variante 1 mit einem langfristigen jährlichen Zuwanderungsgewinn von 100.000 Personen und Variante 2 mit einem Saldo von jährlich 200.000 Personen, werden an der Verschiebung der Altersstruktur wenig ändern.

¹⁰ Wie schon in der 8. Koordinierten Vorausschätzung 1993 und den davorliegenden festgestellt; vgl. Heigl, Andreas /Schmid, Josef: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: H.W. Jenkins (Hg.), Raumordnung und Raumordnungspolitik. München/Wien (R. Oldenburg Verlag), 1996, S. 425-449.

- Die etwa 82 Millionen Einwohner Deutschlands werden in 50 Jahren - nach den Annahmen zur Zuwanderung - nur noch 65 (bei Variante 1) bis 70 Millionen (bei Variante 2) ausmachen. Zu dieser Abnahme kommt es, weil in Deutschland - wie in den letzten drei Jahrzehnten - auch in den nächsten fünf Jahrzehnten mehr Menschen sterben, als Kinder zur Welt kommen. Macht der Überhang der Sterbefälle ca. 75.000 aus, so wird er sich in 50 Jahren verzehnfachen. 2050 wird er bei etwa 640.000 (Variante 2) stehen, bei 670.000 in Variante 1. Dieses Geborenendefizit können vernünftige, d.h. politisch verkraftbare Zuwanderungen nicht mehr ausgleichen.
- Das niedrige Geburtenniveau wird bis zum Jahr 2050 dazu führen, dass die jüngeren Altersjahrgänge generell (bis etwa zum 50. Lebensjahr) schwächer besetzt sind als die älteren. Dann werden die Menschen im Alter von 58 bis 63 Jahren zu den stärksten Jahrgängen gehören. Heute sind es die 35- bis 40-jährigen.
- Das Gewicht der einzelnen Altersgruppen verschiebt sich erheblich: Die 60-jährigen und Älteren stellen heute knapp ein Viertel der Bevölkerung (23%) dar, im Jahre 2050 wird jeder Dritte dazu gehören (35,8%). 1950 war erst jeder Siebte in diesem Alter (14,6%). Umgekehrt nimmt der Anteil der jungen Menschen ab: Heute sind 21,3% der Bevölkerung Deutschlands jünger als 20 Jahre. 2050 werden es noch 16,3% sein, 1950 waren es dagegen 30,4%. Bei einer nahezu gleichen Bevölkerungszahl von 69 Millionen im Jahr 1950 und 70 Millionen im Jahr 2050 wird sich der Altersaufbau innerhalb dieses Jahrhunderts umkehren: Waren 1950 etwa doppelt so viele Menschen unter 20 Jahre wie über 59 Jahre alt, so wird es 2050 mehr als doppelt so viele ältere als junge Menschen geben.

II. Die gesellschaftlichen Folgewirkungen - ein "demographisches Dilemma"

Die demographische Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaaten ist lange im Voraus sichtbar. Eine durchschnittlich hohe Lebenserwartung aller bereits Geborenen und eine konstant niedrige Geburtenzahl, bei wenig Anstrengungen daran etwas zu ändern, legen die *natürliche Bevölkerungsbewegung* auf Jahrzehnte hinaus fest. Einige Schwierigkeiten bereiten noch die Wanderungen, denn sie hängen – vom einzelnen Wanderungswillen abgesehen – noch von staatlichen Gesetzen und politischen Großwetterlagen ab. So kann man sich von den kommenden 50 Jahren, gewiss aber auf 30 Jahre hinaus, ein Bild machen, das den realen Verläufen recht ähnlich sein wird. Die Ökonomie wäre froh, wenn sie auf kürzere Sicht halb so exakt sein könnte. Die Scherze über die fehlerhaften Prognosen passen auf vergangene Zeiten, in denen der Rahmen demographischer Entwicklung noch nicht so festgefügt und vorgegeben war.

Da seit Anfang der 70er Jahre die deutsche Geborenenzahl, West wie Ost, auf ein Welttief von einem Drittel unterhalb der Stärke der Elterngeneration gesunken ist, sprechen Statistisches Jahrbuch, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Enquête-Kommission und die Berichte einschlägiger Institute eine deutliche und einhellige Sprache: Wenn die Geborenenzahl zum Generationenersatz nicht ausreicht, summiert sich der Geburtenrückgang als Geborenendefizit und nach Verbrauch der Reserven, in Form stärkerer Elternjahrgänge, unweigerlich zum Bevölkerungsrückgang.

Ein paar nordeuropäische Länder erreichen beinahe das Generationensoll: mit 2,2 Kindern pro Frau im Durchschnitt würden Bevölkerungen konstant bleiben. Die Bevölkerungen Mitteleuropas unterschreiten mit einem rechnerischen Durchschnitt von 1,3 Kindern die Bestandserhaltung um ein Drittel. In Südeuropa sieht es ähnlich aus. Wir sind also nicht allein. Bei konstanten Geborenendefiziten bleibt der Nachwuchs in der Summe zuerst unterhalb der Stärke der Elterngeneration und in der Folge anteilmäßig hinter den stärker werdenden Altenjahrgängen zurück. Die Gesamtbevölkerung unterliegt damit dem *demographischen Altern*.

Die aktiven Jahrgänge und ihre Arbeitsverhältnisse sind davon unberührt. Ihre Lasten steigen und ihre Kapazitäten verringern sich: knapp 70 Prozent der Erwerbsfähigen befinden sich in einer beitragspflichtigen Beschäftigung, nicht wenige davon bedroht von Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit.

1. Folgen einer veränderten Altersstruktur

a) auf den Generationenvertrag

Im Rahmen des Nationalstaats, im neu gegründeten Reich, wurde das Generationenverhältnis mit Einführung des Versicherungsprinzips auf eine neue Grundlage gestellt. Es bündelt demographische, ökonomische und soziale Faktoren zu einer kollektiven Daseins- und Altersvorsorge.

Der Generationenvertrag sichert die Existenz derjenigen, die sich noch nicht und derer, die sich nicht mehr versorgen können. Die Heranbildung der Jugend und das Auskommen der Alten wird getragen von den Aktiven; die jüngeren unter ihnen haben für Innovation und für Familienbildung zu sorgen. Die Erwerbspersonen im fortgeschrittenem Alter sind dafür auf der Höhe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit: "*The generation who pays the bills*", sagen die Amerikaner. Viele 50-Jährige sind ein Segen für Handel und Banken. Die Frage, in welchem Leistungs- und Kostenverhältnis die Altersgruppen zueinander stehen, und ob Solidaritätsgefühle und nationaler Zusammenhalt stark genug sind, Engpässe zu ertragen und sie mit einer gewissen Opferbereitschaft überwinden zu wollen, wird zur Existenzfrage moderner Staaten.

Das quantitative Verhältnis, in dem die aktive Altersgruppe (zwischen 20 und 60) zu den Abhängigen, also den Jungen unter 20 und den Älteren über 60, stehen, ist aus den Alterspyramiden ersichtlich. Sie bilden aber nur den demographischen Rahmen ab, hinter dem sich ein ökonomisches Verhältnis verbirgt. Wir müssen die Altersgruppen als *Jahrgänge mit bestimmten sozialen Funktionen* sehen: Die Beziehungen zwischen den aktiv Erwerbstätigen und den altersbedingt Zurückgezogenen gestalten sich je nach Epoche und Kulturraum. Für unsere Gesellschaftsform ist typisch, dass die Beziehungen der aktiven Generation, der "Leistungsträger", zu Jung und Alt nicht mehr sichtbar sind, sondern sich hinter sozialstaatlichen Großbürokratien verbergen. Sie sind das Ergebnis einer industriellen "Massengesellschaft", die die einstigen wirtschaftlichen Familienfunktionen an sich gezogen hat. Daseinsrettende Leistungen sind so teuer geworden, dass sie jede Familie ins Elend stoßen würden, wenn sie ohne staatliche Hilfe auskommen müsste.

Was wir heute Generationenvertrag nennen, ist nun ein ausgereifter Typus von Generationsbeziehungen, auf den sich ein optimistischer erfolgreicher Industriestaat einlassen konnte, weil sich in ihm ein Fortschrittsglaube, bald auf Technik, bald auf Wirtschaftswachstum gründend, festsetzen konnte. Der Generationenvertrag ist keine juristische Angelegenheit, sondern ein Überlebensprogramm und beruht auf einer ökonomischen und kulturellen Konse-

quenz: Man wird geboren, wächst unter dem Schutz von Eltern, Lehrern und einer Gemeinschaft heran, um einmal aktiv die sozialen Kosten seiner eigenen Lebensperiode zu bestreiten, – um sich schließlich selbst einmal aufs Altenteil zu setzen, ohne sich um Pension und Gesundheitskosten sorgen zu müssen. Das Geben und Nehmen verteilt sich – zeitverschoben! – über den Lebensverlauf, und das erfordert günstige Bedingungen: eine Vertrauensbasis in gesellschaftliche Institutionen, Solidaritätsgefühle und ein gewisses Maß an Selbstdisziplin und Zurückhaltung, wenn die Großzügigkeit eines Wohlfahrtssystems nicht überdehnt und ausgenutzt werden soll. Eine gesunde Wirtschaft, eine verlässliche Währung und hinlängliche Einkommen sind nötig, um Konflikte zwischen anonymen Menschenaggregaten oder Jahrgängen mit Mentalitätsunterschieden niederzuhalten. Gelegentliche Aggressionen der heranwachsenden Jugend richten sich noch nicht auf die Gestalt des Generationenvertrages. Er liegt ihrer eigenen Interessenssphäre noch zu fern.

Nun begann 100 Jahre nach seiner Einführung die Debatte um seine künftige Tragbarkeit. Denn sobald Geburtenrückgänge sich bildlich am Einbrechen des Jugendsockels der bekannten Bevölkerungspyramide zeigen und Altenjahrgänge anschwellen, ist ein Problem geschaffen, das es zu Bismarcks Zeiten nicht gab. Die Alterspyramide des Jahres 1910 (*siehe Anhang, Abbildung "Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland"*) macht das deutlich. Doch die Begründer des Generationenvertrages fragten sich Mitte der 50er Jahre, was wohl passieren würde, wenn die Deutschen ihr "generatives Verhalten" ändern. Konrad Adenauers Ausspruch: "Kinder kriegen die Leute immer", hat die Bedenken weggewischt und blieb dann die stillschweigende Voraussetzung für den 1957 erstmals so genannten und verabschiedeten "Generationenvertrag". 1998 kamen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter schon 40 Menschen über 60; bis zum Jahre 2040 wird der "Altenquotient" auf über 70 ansteigen. Doch Menschen im erwerbsfähigen Alter gründen auch Familien und haben für Nachwuchs zu sorgen. Auf sie kommen zweierlei Belastungsquotienten zu: die abhängigen Jahrgänge der Kinder und Jugendlichen und diejenigen des Rentenalters. Im Jahre 1990 kamen auf 100 Erwerbsfähige zwischen 25 und 65 Jahren schon 80 "Abhängige", jung und alt. Im Jahre 2040 wird sich der Kinder- und Jugendanteil verringert und der Anteil der Älteren verdoppelt haben, so dass für 100 Erwerbsfähige dann ein "Gesamtlastquotient" von 102 Abhängigen entfällt.

Mit Beginn der 70er Jahre hat der demographische Wandel in Richtung einer alternden Bevölkerung die deutsche Politik unvorbereitet getroffen und damit auf "kompensatorische Stückwerktechnik" verwiesen: steigende Kosten bei den Alterssicherungssystemen und Ge-

sundheitsdiensten drückten auf Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsbeiträge und erforderten bald - bei Beitragsausfällen wegen Arbeitslosigkeit - "Bundeszuschüsse", d.h. Steuermittel, um den sozialstaatlichen Verpflichtungen aus dem Generationenvertrag nachkommen zu können.

Das Generationenverhältnis, das einen Generationenvertrag erfüllen soll, muss drei Ebenen analysieren: den Zusammenhalt der Generationen in der Familie, die Formen des Zusammenhalts von aktiven Jahrgängen zu abhängigen der Jugend und des Alters und schließlich das soziale Sicherungssystem des modernen Nationalstaats, das drei Generationen aneinander binden muss. Das Ziel des Generationenvertrages erschöpft sich nicht in der Existenzsicherung der abhängigen Jahrgänge. Seine übergeordnete Aufgabe ist die Aufrechterhaltung ökonomischer Standards und der kulturellen Identität. Doch die Kultur wird an eine jeweils schmalere Nachwuchsbasis weitergegeben. Der in den 20er Jahren erstmals verwendete Begriff "Jugendschwund" hat wieder Berechtigung erlangt.

Damit stellt sich die Frage nach der Dauerhaftigkeit eines sozialen Sicherungssystems, das eine problemlose Generationenfolge braucht. Es braucht ein bestimmtes *quantitatives* Verhältnis der Generationen zueinander und *qualitative* Eigenschaften der aktiven Bevölkerungsteile, um die ihr übertragenen Aufgaben meistern zu können. Da wird es oberste Aufgabe der Politik, die Wirtschaftsleistung zu sichern, um damit die krassesten Ungleichheiten im erwarteten Lebensstil der Generationen zu glätten. Doch in Demokratien zählen Mehrheiten. Den Menschen im Erwerbsalter stehen immer mehr Menschen im Pensionsalter gegenüber, die entsprechend ihrer Zahl auf politischen Einfluss pochen werden. Die Erwerbsbevölkerung hat, wie bereits erwähnt, die Aufgabe der Familienbildung, der Erziehung der nachwachsenden Generation und – getreu dem Umlageverfahren – gleichzeitig für die Alterssicherung aufzukommen. Moderne Industriestaaten werden die Aktiven und Inaktiven zur Kooperation überreden müssen, weil Leistungsträger nicht gerne über Gebühr für eine anonyme Masse arbeiten.

Ökonomische und sozialpolitische Belastungen wurden in den vergangenen 25 Jahren noch nicht direkt mit dem Geborenendefizit in Verbindung gebracht, denn seit Ende des letzten Krieges kannte Deutschland eigentlich keine Bevölkerungsprobleme im Sinne eines Menschenmangels. Der Flüchtlingszustrom von Kriegsende bis zum Mauerbau 1961 brachte integrierte deutsche Facharbeit, danach ausgesuchte "Gastarbeit" aus dem Mittelmeerraum. Erst mit den 80er Jahren begannen sich bevölkerungsbedingte Probleme zu bündeln: Produktivitätssteigerungen und technischen Fortschritt, die menschen sparend wirkten, brachten Beschäf-

tigungsprobleme für die letzten geburtenstarken Jahre des "Babybooms" der 60er Jahre. Zuwanderungsdruck über die "Asyl-Schiene" und Familienzusammenführung brachten erstmals nicht-integrierte und ökonomisch nicht einsetzbare ausländische Bevölkerung, nachdem 1973 die offizielle Anwerbung ausländischer Arbeitskraft, angesichts der Beschäftigungsprobleme in der damals angebrochenen Energie- und Computer-Revolution, beendet wurde.

Seitdem ist eine immer stärkere Verzahnung von wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bewegungen zu beobachten. Kostensteigerungen und Einnahmesenkungen, Engpässe am Arbeitsmarkt, Qualifikationsdefizite bei obendrein schwindendem Nachwuchs, der bald auf Absolventenzahlen benötigter Studiengänge durchschlägt, widerspiegeln letztlich Geburten- und Sterblichkeitsniveau sowie Formen und Auswirkung der Wanderbewegungen.

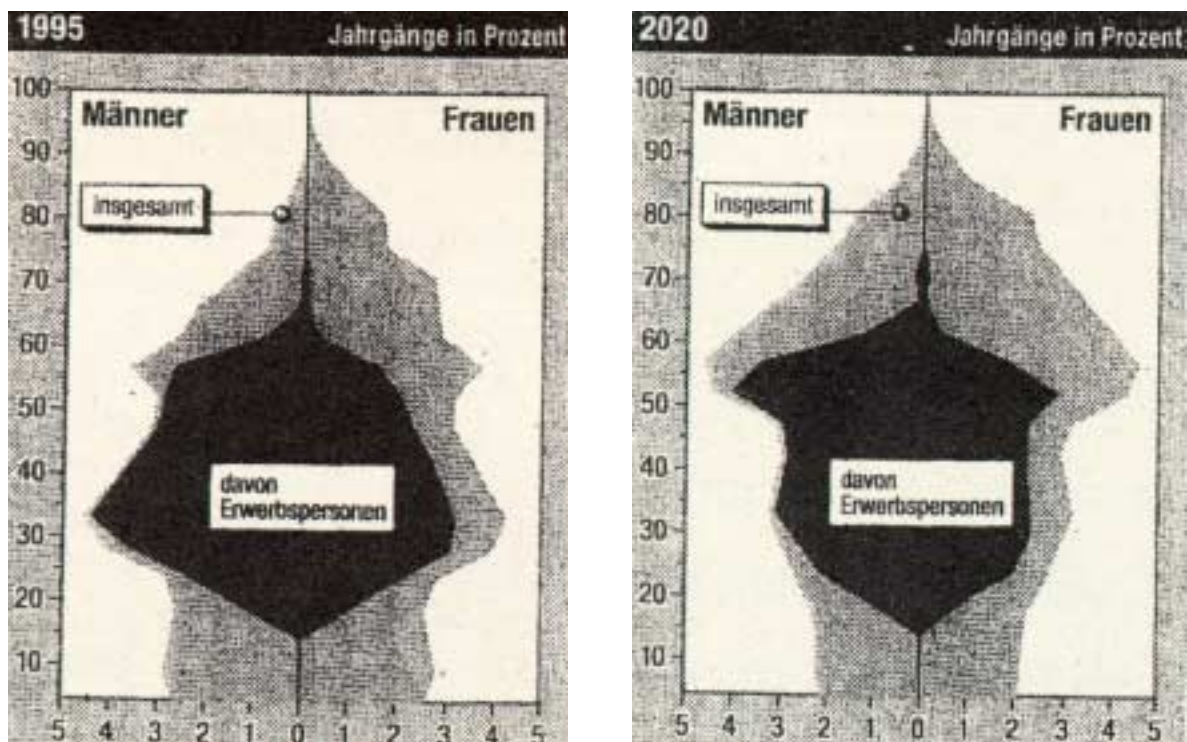
b) auf Personen im Erwerbsalter und Erwerbstätige

Es bedarf keiner großen Erörterung, dass das Geborenendefizit auf die demographische Größe der *Personen im Erwerbsalter der 20- bis 60-jährigen* durchschlägt. Nur noch geburtenschwache Jahrgänge wachsen ins Erwerbsalter hinein, verschlanken damit von unten her die Struktur der Aktiven, so wie geburtenschwache Jahrgänge die gesamte Alterspyramide vom Sockel her einbrechen lassen. Doch die Bewegung der "tragenden Generation" unterliegt auch noch anderen Einflussgrößen. Der "Echo-Effekt" des Babybooms: die Babies waren in der Zwischenzeit zu Eltern herangewachsen und verursachten nun ihrerseits Mitte der 80er Jahre eine "demographische Welle", wenn auch in abgeschwächter Form, die sich als Überangebot auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht hatte. Bald darauf, nach der Wende, meldete sich eine Zuwandererwelle, die zwischen 1991 und 1997 einen Wanderungsgewinn Erwerbsfähiger von ca. 1,7 Millionen brachte. Seit mit Ende der 90er Jahre der Wanderungssaldo bei Null liegt, schlägt der Bevölkerungsschwund zu und verringert im Jahre 2000 die Erwerbspersonen um 240.000. An diesem Trend können dann nur noch "Verhaltenskomponenten" etwas ändern. Doch es gibt solche, die das Erwerbspotential erhöhen und solche, die es verringern. Die rein demographischen Einflussgrößen, wie die Geburtenentwicklung und Alterung, liegen auf der Hand, so dass die Bewegungen der Bevölkerung im Erwerbsalter auf dieser Grundlage recht exakt vorhergesagt werden können. Der Arbeitsverwaltung und Beschäftigungspolitik unterliegen Menschen im aktiven Alter von 20 bis 60 bzw. 65 und diejenigen, die *dem Arbeitsmarkt zur Verfügung* stehen: sie umfassen die Erwerbstätigen, d.h. diejenigen in offiziellen Arbeitsverhältnissen, die registrierten Arbeitslosen und diejenigen, die nur fallweise und in günstigen Zeiten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, die Stille Reserve. Sie bilden

das *Erwerbspersonenpotential*, das zur Zeit bei 41 Millionen Menschen steht. Der demographische Abnahmetrend würde also bei unveränderten Erwerbsquoten und ohne Wanderungsgewinne (= ausgeglichener Wanderungssaldo) wie folgt durchschlagen: bis 2010 wird das Erwerbspersonenpotential um 1,8 Millionen abnehmen, in den nächsten Jahrzehnten jeweils um 4 bis 5 Millionen, so dass um 2040 die Erwerbspersonen gegenüber dem Berechnungsbeginn 1995 um 40% geschrumpft wären. Es sei hier angemerkt, dass in diesen Jahrzehnten die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge in das Rentenalter einrücken und sich die Schere zwischen Alterssicherungspflichten und Leistungsbilanz der Aktiven am weitesten öffnen wird: um das Jahr 2030 werden sich die meisten Rentner und die geringste Zahl Erwerbspersonen gegenüberstehen. Sie unterliegen den ähnlichen Alterungstendenzen, wie die Gesamtbevölkerung:

Wie nachstehend ersichtlich, ist Bevölkerungsschrumpfung und Alterung eine übergeordnete Tendenz, wonach sich nach Einrücken geburtenschwacher Jahrgänge die Erwerbspersonen von unten her ausdünnen. Solange als möglich wird der Rückgang der Erwerbspersonen kompensiert werden müssen. Dies ist nicht zum Schaden der Ökonomie, weil sie dadurch Gelegenheit ergreift, Reserven zu mobilisieren und Rationalisierungen vorzunehmen, die sonst bei Überangebot billiger Arbeitskräfte unterblieben wären. Eine frühe Kritik an der seinerzeitigen Gastarbeiterzuwanderung war schon in diese Richtung gegangen.

Alterspyramiden – Deutschland 1995 und 2020



Quelle: Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg nach Ursprungsdaten von Eurostat, Luxemburg (F.A.Z. Grafik Heumann)

Nach allen arbeitsmarktpolitischen Erwägungen wird sich ein Arbeitskräftemangel einstellen, der die schon existierenden Unannehmlichkeiten eines "gespaltenen Arbeitsmarktes" verstärken wird: das Nebeneinander von fehlenden Arbeitskräften und bedeutender Arbeitslosigkeit wird eine Abnahme der Erwerbspersonen nicht heilen, wie häufig von Politik und Presse erhofft wird. Wirksame Kompensationen sind allein Produktionssteigerungen, Rückgriff auf Frauenreserve, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und schließlich Zuwanderung. Sie sollen im folgenden kommentiert werden. Erstgenanntes zielt auf ökonomische Intensivierung; die nächsten beiden auf Erhöhung der Beitragszahler. Zuwanderung hat nur Sinn, wenn sie beides bewirkt. Sie beruht als einzige nicht auf bereits existierenden Maßnahmen.

▪ *Frage der Produktivitätssteigerung:*

Eine sinkende Zahl von Erwerbspersonen mit steigender Produktivität auszugleichen, um einen gleichbleibenden Wirtschaftserfolg zu erzielen, ist ein bekannter Vorschlag. Das deutsche Erwerbspersonenpotential sinkt von nun an jährlich um 1,2% über vier Jahrzehnte lang. Dieses Absinken um 40%, wie oben erwähnt, kann nur kompensiert werden, wenn bei Vollbeschäftigung der Produktionsfortschritt je Erwerbstätigen diese Schrumpfrate überragen würde. Es muss also noch ein Wachstumsspielraum vorhanden sein, wenn wirtschaftliche Stagnation verhindert werden soll.

Wenn Geburtendefizite auf die Erwerbspersonen insgesamt durchschlagen, wie das in der Alterspyramide (*Abbildung, S. 48*) schon sichtbar ist, verändern sie zuerst die Altersstruktur der Erwerbspersonen am unteren "Jugendteil". Das ist für eine globalisierte und digitale Welt, die immer mehr auf Wissenschaft und Innovation beruht, von Bedeutung: der Anteil der unter 30-jährigen geht in wenigen Jahren von fast einem Drittel noch um 1990 auf rund 20% zurück. Ein Nachwuchsmangel, den Produktivitätssteigerung nicht dauerhaft ausgleichen kann, wird sich - branchenverschieden zwar - bemerkbar machen. Der Anteil der über 50-jährigen Erwerbspersonen, der in den 90er Jahren noch bei 23% lag, wird kontinuierlich ansteigen. Das ist nicht zuletzt dem Altern der "Babyboom-Jahrgänge" zuzuschreiben. Ab 2020 hat sich die Alterspyramide der Erwerbspersonen auf den Kopf gestellt: "Jede dritte Erwerbsperson gehört dann zu den über 50-jährigen, nur noch jede fünfte zu den unter 30-jährigen."¹¹

¹¹ Klauder, Wolfgang: Geburtenrückgang und Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst (HWWA) Hamburg, Nr. 9, 2000, S. 536.

▪ *Frauenerwerbstätigkeit:*

Im Bestreben, das Erwerbspotential auszuschöpfen, wird auch an die Erhöhung der weiblichen Arbeitstätigkeit gedacht. Sie wäre in Deutschland niedriger als im übrigen Westen, in Westdeutschland niedriger als in den Neuen Ländern. Tatsächlich könnte eine verstärkte weibliche Erwerbsbeteiligung das Sinken des Potentials insgesamt abschwächen, jedoch unter der Annahme, dass die Erwerbsquote der 25- bis 54-jährigen westdeutschen Frauen bis 2030 auf männliches Erwerbsniveau steigt, was für die ostdeutschen Frauen schon der Fall ist. Die zwischen 2000 und 2001 abgehenden zwei Millionen könnten bis zu 500.000 aufgefangen werden; die im nächsten Jahrzehnt bis zu sechs Millionen Erwerbspersonen schwinden, würden dann nur um vier Millionen zurückgehen.

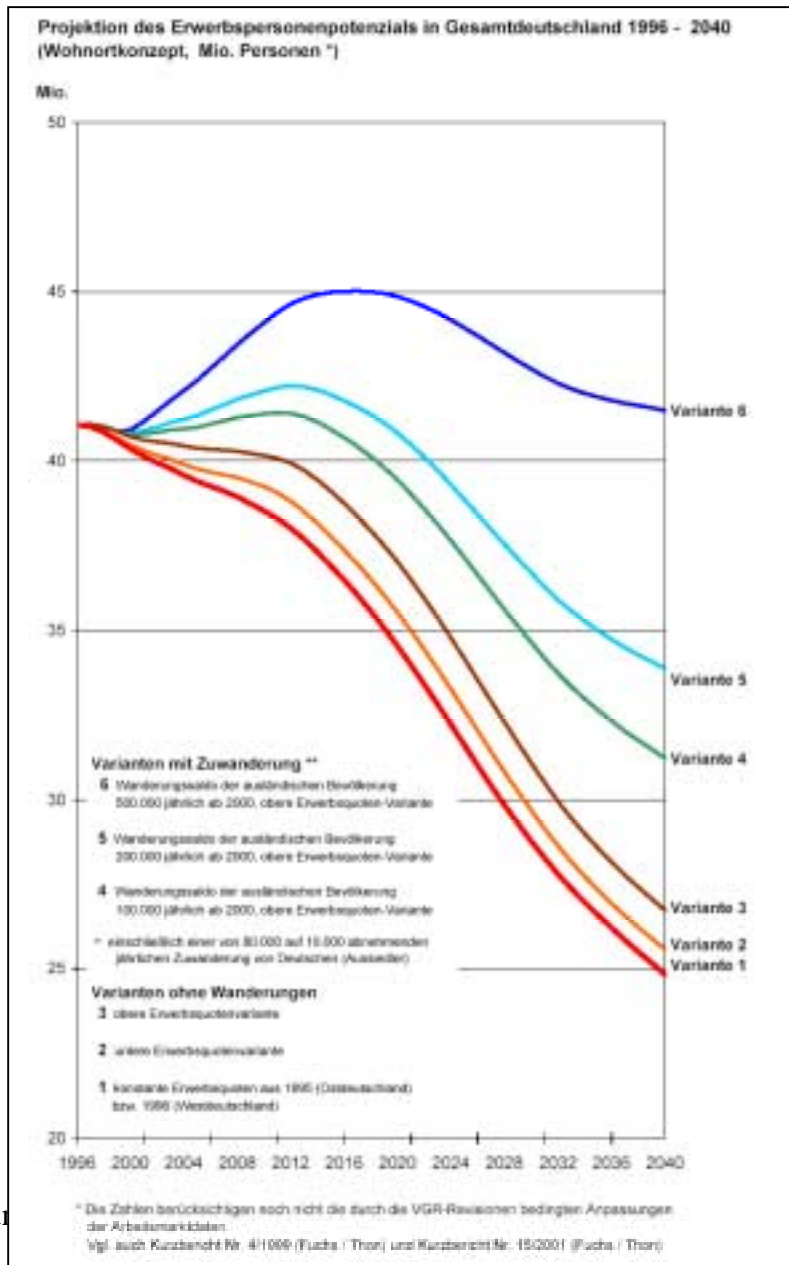
Nach dem Ausschöpfen der "Frauenreserve" würde sich jedoch der degressive Trend in der Erwerbsbevölkerung wieder fortsetzen. Er würde es um so schneller tun, wenn die weibliche Erwerbsbeteiligung mit weiteren Geburtenrückgängen erkaufte würde. In diesem Jahrzehnt wird sich noch erweisen, ob der Anteil kinderloser Frauen bald ein Drittel aller Frauen ausmachen wird. Ohne gleichzeitige Politik der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Arbeitstätigkeit ist diese Maßnahme unter dem angesteuerten Ziel sinnlos.

▪ *Zuwanderung:*

Zum Zwecke der Stabilisierung des Erwerbspersonenpotentials wird immer Zuwanderung ins Spiel gebracht. Mit der Wiedervereinigung verspürten namhafte Institute die Dringlichkeit, angesichts der allgemeinen Schrumpfungstendenz, die Rolle der Zuwanderung im Hinblick auf die Arbeitsmarktentwicklung zu untersuchen: IFO-Institut (München), Institut der deutschen Wirtschaft (Köln), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) und IAB der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg) konnten und können nur bestätigen, was die Demographie hier vorgegeben hat.¹²

Was in allen offiziellen Bevölkerungsvorausschätzungen als Zuwanderung angenommen wird, reicht selbst in den jeweils höchsten Zuwanderungsannahmen nicht aus, das Erwerbspersonenpotential stabil zu halten. Nach 2010 tritt ein sich verstärkender Abschwung ein.

¹² Hof, Bernd: Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln 1993.
Koll, R./ Ochel, W./ Vogler-Ludwig, K.: Auswirkungen der Internationalen Wanderungen auf Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Infrastruktur. In: ifo-Schnelldienst, Nr. 6/1993, 7-17.
Klauder, Wolfgang: Zu den demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung in die Bundesrepublik in Vergangenheit und Zukunft. In: Mitteilungen der IAB, Nr. 4/1993, 477-494.
Schulz, Erika: Alternde Gesellschaft - Zur Bedeutung von Zuwanderungen für die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33, 1995, 579-589.



Nach den jü-

Zuwanderungen

er bis 2010 auf ca. 25 Millionen zurückgehen. Zuwanderungen, wie sie die jüngste Vorausberechnung des Bundes ("9. Koordinierte", s.o.) veranschlagt, würden es trotzdem noch um 10 Millionen sinken lassen: im Falle einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 auf 31,5 Millionen, bei jährlichen 200.000 auf 34 Millionen. Der Abfall findet auch dann keinen Halt, hier endet lediglich der Projektionszeitraum.¹³

41 Millionen ohne

Wanderungen,

Ein Quantum an Zuwanderung, das imstande wäre, die Erwerbspersonenzahl bis 2040 auf 41 Millionen zu halten, liegt ab dem Jahr 2000 bei 500.000 jährlich. Um den Preis eines demographischen Gipfels, wo das Potential dann auf 45 Millionen geklettert wäre, würde die daraufhin folgende Abflachung bis 2040 im Bereich des Ausgangsquantums von 41 Millionen

¹³ Klauder, Wolfgang: Geburtenrückgang und Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Nr. 9, Sept. 2000, HWWA, Hamburg, S. 533 ff.

liegen. Diese hohe Annahme hat den Charakter einer Demonstration von Wanderungswirkungen, wenn sich mit ihnen der Gedanke an "Ersatz", des durch Geburtendefizite sich verringenden Aktivbestandes verbindet.

Die Erwerbstätigen - die politisch relevante Richtgröße

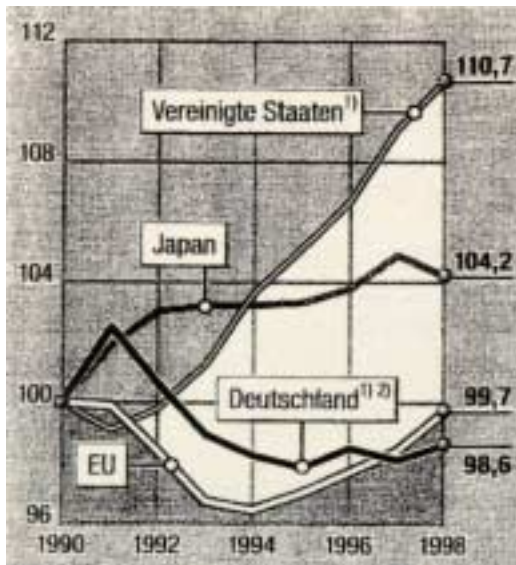
Den Erwerbstätigen obliegen alle gesellschaftlichen Leistungen. Sie umfasst diejenigen, die sich in offiziellen, beitragspflichtigen Arbeitsverhältnissen befinden. Sie bilden das Humankapital und bleiben nur leistungsfähig, wenn sich Quantität und Qualität wechselseitig fortbilden und zu kompensieren trachten. Ein durch nichts angehaltenes, bzw. verringertes Geburtendefizit macht das allerdings zu einem schwierigen Unterfangen: die Instrumente der Kompensation büßen einmal ihre Wirksamkeit ein, weil sie ihrerseits von der Bevölkerung abhängen.¹⁴

Die *Erwerbstätigen* in Deutschland liegen mit ca. 38 Millionen deutlich unterhalb der *Erwerbspersonen*. Doch selbst diese Zahl ist mit Vorsicht zu betrachten, weil laut Arbeitsmarktstatistik auch nicht Vollzeit-Erwerbstätige enthalten sind.

Ihre Abnahmetendenz während der 90er Jahre zeigt die Abbildung (*Erwerbstätige - Entwicklung im Vergleich, siehe S. 52*). Auffällig ist die steile Aufwärtsentwicklung der Erwerbstätigen der USA, die sie offenbar durch Einwanderung besorgt. Stagnationstendenzen in Japan, welches ebenfalls stark altert, und in der EU insgesamt liegen auf der Hand. Deutschland ist als erstes Land vom Absinken der Erwerbstätigen erfasst.

¹⁴ Blum, Ulrich / Schmid, Josef (Hg.): Demographic Processes, Occupation and Technological Change. Heidelberg/New York (Physica-/Springer-Verlag) 1991.
Schmid, Josef: European Population Trends - A Challenge for Societies under Constant Innovation Pressures. In: Engelhard, Johann (Hrsg.): Ungarn im neuen Europa: Integration, Transformation, Markteintrittsstrategien. Wiesbaden (Gabler), 1993, S. 35-45.

Erwerbstätige (Entwicklung im Vergleich (1990 = Index 100))



1) Ohne Soldaten, 2) Nach revidierten Zahlen des statistischen Bundesamtes ergibt sich für 1998 ein Indexwert von 97,4

Quellen: OECD, Main Economic Outlook (Dezember 1998), Main, Exonomic Indicators (Mai 1999); eigene Berechnungen (F.A. Z. Grafik Brocker)

Das in den USA gebräuchliche Scherzwort von der "Sandwich-Generation", die zwischen Jung und Alt eingeklemt, für beide die Leistungen zu erarbeiten habe, macht es verständlich, warum man sie nicht tatenlos den demographischen Trends überlassen darf.

Die Tatsache, dass Arbeitslose und offene Stellen nicht zueinander passen, findet sich nicht nur im Bereich der Hochqualifizierten, sondern schon im Bereich einfacher Jobs.

Das wird zum hohen Grade auf die Großzügigkeit der deutschen Arbeitsmarktgesetze zurückzuführen sein, die die Anstrengungen der Wiedereingliederung in Arbeit eher dämpfen als fördern. Es wird nach internationalem Vergleich schon angemahnt.¹⁵

Wenn nun eine absolute Abnahme der Erwerbstätigen, ob konjunkturell oder demographisch bedingt, hinzukommt und sich arbeitsmarktpolitisch nichts ändert, verschärfen sich die Probleme in einem "Arbeitsmarkt-Mismatch", die Staat und Gesellschaft teuer zu stehen kommen. Wer meint, Arbeitsplätze und Menschen seien am besten mit Hilfe der Bevölkerungsabnahme zueinander zu bringen, hält den dahinter liegenden Prozess der demographischen Implosion für ein Anpassungsmanöver von Mensch und Maschine, das an einem günstigen Punkt zum Stehen gebracht werden könne - eine völlige Verkennung dessen, was tatsächlich vor sich geht! Die Gruppe der Erwerbstätigen ist als die reale Leistungsgröße anzusehen und der geeignetere Ausgangspunkt für Vorausberechnungen als Gesamtbevölkerung oder Erwerbspotential (siehe Kap. IV).

¹⁵ Arbeitslosenunterstützung - Zeit für Reformen. In: iwd-Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft (26), 5.10.2000.

c) auf Bildungsbereich

Die Erwerbsbevölkerung hat eine ökonomische Basis zu schaffen, um die abhängigen Jahrgänge zu alimentieren. Sowie die "Fälle" und die Ansprüche steigen, muss auch die Wirtschaftsleistung wachsen. Unter den gegebenen Umständen, bei sinkender Inlandsproduktion, sinkenden Staatseinnahmen und stagnierender Arbeitslosigkeit ist die gegenwärtige Erwerbsbevölkerung nicht zu beneiden. Eine neue Unwägbarkeit kommt in Form der globalen Märkte auf die Nationalstaaten zu: Die Informationsmedien und Kommunikationsmittel rücken Räume mit enormen Lohn- und Preisdifferenzen so nah aneinander, dass man als Unternehmer von ihnen einen komparativen Vorteil ziehen muss. Dies trifft ein lohnbezogenes Beitragssystem im Kern, wenn die Unternehmer auf "günstigeres Personal" zurückgreifen können. Es verträgt keine Ausfälle, weil die Versorgungslasten steigen. Die Mobilisierung produktiver Kräfte und neuer Technologien wäre der herkömmliche Weg, um Verluste zu decken und eine lahrende Wirtschaftskonjunktur anzukurbeln. Doch Konjunkturschwankungen sind kurzfristig und wir haben es hier mit einem Langfristphänomen zu tun. Die steigenden demographischen Lasten für Renten, Gesundheitsausgaben und Pflege machen eine Dauermobilisierung nötig.

Tatsache bleibt, dass auf weniger aktive Menschen wachsende Aufgaben und Lasten zukommen, und das wirft folgende Fragen auf:

- Schaffen die neuen Formen des Produzierens und Steuerns, der Informations- und Kommunikationstechnik, welche die "Neue Ökonomie" bilden, genügend abgabewirksame Arbeitsplätze und besteuernsfähige Unternehmergewinne, um ein steigendes Aufgabenvolumen zu bewältigen?
- Wie lange kann von einem schrumpfenden Erwerbspotential ausreichende Produktivität erwartet werden und wie kann diese gegebenenfalls gesteigert werden?

Die Raschheit und allgemeine Verfügbarkeit von Kommunikationswegen, auf denen jeder nur erdenklichen Art von Nachfragen sofort die Angebote folgen, der Markt mit elektronischer Schnelligkeit und Präzision sich verwirklicht, bringt die bisherige formelle Wirtschaft in Bedrängnis: die Welt der Belege, Rechnungen, nachprüfaren Abgabepflichten, lückenlosen Bilanzen, aus denen die Besteuerung abzulesen ist, – die Welt des Stammpersonals in beitragspflichtiger Dauerstellung. Sie weicht immer mehr zurück vor "electronic commerce" und "Neuer Ökonomie". Mit ihr taucht wieder jenes Glücksrittertum auf, wie es im Frühkapitalismus gang und gäbe war. Aus dem Spieler ist allmählich der geschickte Investor geworden,

der dann charakteristisch wurde für eine "Gründerzeit". Wir befinden uns wieder in einer solchen Phase, nur dass die Anforderungen an Schnelligkeit, mit der zu entscheiden und zu handeln ist, um ein Vielfaches gestiegen und das Absturzrisiko dennoch ein ständiger Begleiter geblieben ist. Das Wort Globalisierung fordert schon unverhohlen zu Kapitalflucht und transnationaler Gewinnverschleierung auf. Der Fiskus hält sich an die Daheimgebliebenen. Es ist noch nicht genau errechnet worden, inwieweit die elektronische Welle des Postindustrialismus den Sozialstaat aus seinen finanziellen Engpässen befreit: am besten dadurch, dass sie Arbeitsplätze schafft, d. h. die Arbeitslosigkeit senkt.

Die Skepsis ließe sich wie folgt zusammenfassen: Die elektronische Industrialisierungsphase, in der wir uns befinden, enthält die führenden Produktionsfaktoren der Weltwirtschaft und ist – wie jeder Fortschritt bisher – weder zu umgehen, noch zu bremsen. Ihr flüchtiges, immaterielles Wesen rückt gerade jenen Arbeitsformen zu Leibe, von denen eine verlässliche und ausreichende Finanzierung des Sozialsystems zu erwarten war. Der globale Innovationswettbewerb bleibt vorerst innerhalb der "Tirade", nämlich der USA, der Europäischen Union und Japan (*siehe Abbildung "Erwerbstätige", S. 52*).

Die unumgängliche Frage nach der Produktivität eines schrumpfenden und alternden Erwerbspotentials führt wieder zurück zur Demographie, zur Verschränkung von Quantität und Qualität, die eine Bevölkerung erst leistungsfähig macht. Diese Frage ist kompliziert, weil das richtige Mischungsverhältnis zwischen demographischer Basis und ihrer intellektuellen und professionellen Qualifizierung, welches dann Produktivität steigert, kaum zu errechnen ist. Die Wissensvermittlung muss das Gleichgewicht zwischen Reflexion und anwendbaren Techniken finden. Die demographische Entwicklung hat man dafür weniger in der Hand: Der Anteil der deutschen Jugendlichen unter 20 wird von 17,7 Mio. im Jahre 2000 auf 11,6 Mio. im Jahre 2040 zurückgehen. Die Aktiven zwischen 20 und 60, Ausländer eingeschlossen, werden von 46,6 Mio. im Jahr 2000 auf 36,2 Mio. bis 2040 zurückfallen.

Dieser zahlenmäßige Rückgang der Menschen im aktiven Alter und besonders der Jugend bis 20, deren Zahl sich in der Vorausschau geradezu halbieren wird, wirft die Frage nach Leistungsfähigkeit und Produktivität auf. Gewiss ist mit Jugendförderung viel auszurichten, doch irgendwann wird eine Grenze erreicht sein, ab welcher dann aus verbliebenen kleinen Klassen alle zu Genies werden müssten, um weiterhin fehlende Quantität durch Qualität zu ersetzen. Stattdessen ist im Lande der Gedanke populär, dass der Rückgang der Erwerbspersonen allein schon für den Abbau der Arbeitslosigkeit sorgen würde. Man beglückwünscht sich inmitten

einer demographischen Implosion, zur Zahl der Nichtgeborenen, weil sie nicht arbeitslos werden können und die Politik von einem Handlungsdruck befreien.

Wollte man die Frage richtig stellen, würde sie wie folgt lauten: Werden Jugend und Erwerbsfähige alles daransetzen, eine Wissensgesellschaft auf dem neuesten Stand zu halten, um den globalen Innovationswettbewerb zu bestehen? Können sie dabei erfolgreich sein, wenn ihr Durchschnittsalter von 40 Jahren das doppelte ihrer Konkurrenten in Asien beträgt?

Wenn die gesellschaftstragenden Gruppen altern und kleiner werden, während ihre Aufgaben und Kosten steigen, muss es zu schwerwiegenden Veränderungen in den gewohnten Standards einer Bevölkerung kommen, es sei denn, sie kann mit Qualitätssteigerungen ihrem bio-sozialen Abstieg wirkungsvoll begegnen. Hierzu zählen zweifellos lebenslanges Lernen, so dann Maßnahmen, die dem alternden Menschen weiterhin gesellschaftliche Funktionen zubilligen und die Jugend fördern und fordern, um in den Betrieben die neuesten Formen von Produktionssteigerungen zu erzielen. Die erwerbstätige Frau braucht eine größere Entlastung von ihrer Doppelrolle, wenn die Geburtenzahl nicht weiter sinken soll, um nicht den Geburtenrückgang zu verstärken.

Die Qualifizierungsoffensive muss zum Stillstand kommen, wenn sich in einigen Bereichen der schiere Menschenmangel zeigt. Dann lassen sich Gedanken an "Menschenbeschaffung" nicht mehr beiseite schieben. Als Maßnahmen verbleiben Geburtenförderung und Einwanderung. Geburtenförderung stößt sich mit Prinzipien eines liberalen politischen Systems, worin das Kind einer privaten Lebensentscheidung entspringt und aus der Diskussion, woher der Nachwuchs kommen soll, ideologisch ausgeklammert bleibt. Eine bevölkerungsrelevante Familienpolitik müsste zuerst die Kluft in den Köpfen zwischen der Rationalität privater Lebensführung und der Einsicht in Mindestjahrgangsstärken schließen. Als Kinder noch aus existenziellen Gründen in die Welt gesetzt wurden, für Haus und Hof und Altersversorgung, waren private und öffentliche Rationalität noch eins.

Niemand weiß, wie sie heute zur Deckung gebracht werden könnten, ganz zu schweigen davon, wie eine Geburtenzahl zu erreichen wäre, die der Stärke der Elterngeneration entspricht.

2. Wesen und Vorgang der demographischen Implosion und der demographische Ersatzbedarf ("Bestandserhaltungsmigration")

Der Bevölkerungsrückgang wird sich beschleunigen, wenn geburtenschwache Jahrgänge 25 Jahre später eine deutlich verringerte Müttergeneration hervorbringen, deren Nachwuchs wie-

derum defizitär ausfällt. Wenn sich das im zeitlichen Hintereinander wiederholt, vollzieht sich eine *Bevölkerungsimplosion* - das Gegenteil dessen, was wir heute in Entwicklungsländern feststellen. Offenbar fällt es den Völkern schwer, eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz, ohne ein wachstumsmäßiges Ausscheren nach oben oder unten, zu halten. In den Entwicklungsländern werden durchschnittlich vier Kinder pro Frau geboren. Auf dem afrikanischen Kontinent sind es sechs. Das bedeutet eine Verdoppelung, im afrikanischen Fall eine Verdreifachung der heranwachsenden Generation gegenüber der Stärke der Elterngeneration. Der Ausdruck "Bevölkerungsexplosion" ist unwissenschaftlich, weil es sich hier nur um eine starke Wachstumsphase im Verlauf eines demographischen Übergangsgeschehens handelt, dessen Intensität und Dauer jedoch das europäische bei weitem übertrifft.

Die demographische Implosion ist im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also ohne Einbeziehung von Wanderungen, leicht nachzuvollziehen: eine Elterngeneration setzt geburtenschwache Jahrgänge in die Welt, die sie - im deutschen Fall - nur zu zwei Drittel ersetzen. Die Bevölkerungsstatistik hat dafür ein Maß in der "Nettoreproduktionsrate" (NRR). Sie gibt an, ob die Zahl der geborenen Mädchen ausreicht, eine gleichstarke Müttergeneration wiederum bilden zu können. Wäre dies der Fall, dann würde diese NRR 1,0 ergeben. Die deutsche NRR beträgt nun schon ein Vierteljahrhundert 0,65: die Elternjahrgänge ersetzen sich nur zu zwei Drittel. Wenn wir die Dauer einer Generation mit 30 Jahren angeben, dann stellen wir im Rückblick den Abschluss der ersten Etappe einer demographischer Implosion fest, die als Geburtenrückgang beginnt und sich zum jährlichen Geborendefizit auswächst. Um das Jahr 2000 war der Zeitpunkt erreicht, wo die geburtenschwachen Jahrgänge ab 1973 ihrerseits zur Elterngeneration werden. Wenn sie das gleiche generative Verhalten wie ihre Eltern zeigen, dann wird sich diese zwei-Drittel-Generation abermals nur zu zwei Dritteln ergänzen. Diese Enkel-Generation wird dann auf 45% der Großelterngeneration geschrumpft sein. Sollte sie an ihren Nachwuchszahlen wiederum nichts ändern, dann erreicht eine Urenkel-Generation nur ein Drittel der Ausgangsbevölkerung. Der Vorgang und Befund sind eindeutig und ohne rechnerische Komplikation: Geburtenrückgang ist gleichzeitig Rückgang von Mädchengeburt und das bedeutet eine tendenzielle Dezimierung der jeweils folgenden Müttergeneration.

Ein baldigst eingeleitetes Programm von Kompensatoren kann die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen mildern und hinausschieben. Dem Sog einer demographischen Implosion, ausgelöst durch kumulierte Defizite zum Generationenersatz, werden sie maximal ein bis zwei Jahrzehnte standhalten. Alle verfügbaren Projektionen zur Zuwanderung weisen nach,

dass selbst hohe politisch noch vertretbare Zuwanderungsannahmen einen Abwärtssog eines lang anhaltenden defizitären Geburtenniveaus nicht stabilisieren können. Jeder Gedanke an noch mehr Zuwanderung stellt den sozialen Frieden und die Kulturnation in Frage. Beide sind Grundlagen der Demokratie.

Während der ersten Etappe der Geburtenrückgänge, also zwischen 1973 und 2000, wo Zuwanderungssalden Überhänge an Sterbefällen allfällig ausgeglichen haben, wird die Frage des sich abzeichnenden demographischen Einbruchs in den Folgegenerationen nicht ernsthaft gestellt. Zum Haupteinwand gegen eine Geburtenförderung wurden folgende Argumente vorgebracht:

- Dieser Zustand beruhe auf einem Zivilisationsgesetz, das nicht außer Kraft gesetzt werden könne. Er sei mit der Lösungsphase des demographischen Übergangs, der Modernisierung schlechthin, verbunden und daher unumkehrbar.
- Dieser Zustand wäre eine List der geschichtlichen Vernunft, ganz im Sinne des Philosophen Hegel: die Deutschen bekämen in dem Zeitpunkt weniger Kinder, als ohnehin nur noch wenige nötig wären. Mit Hilfe des technischen Fortschritts könne von weniger Menschen in einem noch nie dagewesenen Umfang produziert werden. Der Geburtenrückgang widerspiegeln nur die gesellschaftlichen Leistungen, die von immer weniger Menschen erbracht werden können.
- Geburtenrückgang sei ein sehr langsamer Vorgang, der seine Auswirkungen auch verhältnismäßig spät zeige. Eine dynamische Marktwirtschaft mit ihrem Preismechanismus als eingebautem Frühwarnsystem könne rasch reagieren.
- Soziale Lage und Wachstum der Weltbevölkerung garantieren ein unerschöpfliches Zuwanderungspotential, das die Sorgen um zu wenig Nachwuchs im eigenen Lande überflüssig und überholt macht. Ein geburtenarmes Aufnahmeland müsse mit Erziehungsmaßnahmen die Einsicht in die neue Weltlage, die Migration auslöst, und größere Toleranz gegenüber neuen Gesellschaftsformen ("Multikultur"), stärken.

Diese Argumente, die sämtlich den Geburtenrückgang in seiner Bedeutung relativieren oder als unabänderlich bezeichnen, verlieren an Gewicht, wenn die nächste Etappe der Implosion, an der Deutschland im Jahre 2000 steht, ins Haus steht. Mit dem Jahr 2000 rückt eine geburtenschwache Generation in die Elternschaft ein. Sie wird - wenn sie zu keiner Änderung ihres generativen Verhaltens geleitet wird - nun eine zweite Phase des demographischen Einbruchs

herbeiführen, ohne dass sich ihre Belastungen und gesellschaftlichen Pflichten verringern würden.

Wenn sich die Leistungsbilanz der Erwerbstätigen günstig darstellt, und auch die Systeme sozialer Sicherung davon profitieren, hat es den Anschein, als ob demographische Lücken mit konjunkturellen und technischen Mitteln immer zu überbrücken wären. In gesteigerter Frauenbeschäftigung und Manipulation der Lebensarbeitszeit würden noch zusätzliche Sozialbeitragsreserven stecken. Doch die Folgen der demographischen Implosion werden sich früher oder später zeigen. Irgendwann wird das Menetekel des Jugendschwundes an der Wand erscheinen. Es gibt zwar keine wissenschaftlichen Instrumente, um jene kritische Schwelle ausfindig zu machen, unterhalb derer schrumpfende Jugendjahrgänge nicht mehr die erwarteten Innovationen liefern. Sie wird sich erst im Ernstfall zeigen. Doch der globale Wettbewerb drängt auf rasche Erneuerung des Humankapitals und er wird einen Hunger nach Qualifikationen auslösen, den schwindende Jugendjahrgänge auf Dauer nicht befriedigen werden.

"Bestandserhaltungsmigration" - eine Studie der Vereinten Nationen

Anlässlich der Frage nach Erhaltung des Erwerbspotential ist im Szenario des IAB von 1999 (*siehe im Anhang Abbildung "Projektion des Erwerbspotentials"*), eine Variante 6 erstellt worden, die mit einem positiven Wanderungssaldo von 500.000 jährlich ab 2000 das Potential stabilisieren könnte - bei entsprechenden Gipfelschwüngen, die jede massive Zuwanderung in einer Abbildung zeigen würde. Diese Variante erfüllt bereits den Tatbestand, einer "Bestandserhaltungsmigration". Sie hängt ab von den Zielen, die ihr vorgegeben werden: Welcher demographische Bestand soll zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln in seinem quantitativen Umfang erhalten werden?! Bestandserhaltungsszenarien sind Zielprojektionen, welche die Konsequenzen der Zielerreichung - hier mit den Mitteln der Zuwanderung - darstellen. Eine größere Untersuchung zum Ausmaß von Zuwanderung, die nötig wäre, um das Erwerbspotential in der Europäischen Union und seiner Mitgliedsstaaten zu stabilisieren, hat der Autor schon 1994 vorgelegt.¹⁶ Er ist darin zu Ergebnissen gekommen, die die jüngsten Projektionen des Jahres 2000 im großen und ganzen bestätigen, vor allem den darin herausgehobenen Fall Deutschlands.

¹⁶ Schmid, Josef / Chruscz, Detlef: Einwanderungsbedarf in der Europäischen Union. In: Hans-Ulrich Klose (Hg.), Zuwanderung - Möglichkeiten und Grenzen. Forum Demographie und Politik, Heft 5/Februar 1994. S. 18-45.

Schmid, Josef: Zuwanderung aus Eigennutz? - Der demographische Aspekt des Einwanderungsbedarfs in den EU-Mitgliedsstaaten. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Das europäische Einwanderungskonzept. Strategien und Optionen für Europa. Gütersloh (Bertelsmann), 1994, S. 89-124.

Im März 2000 hat die "Demographische Abteilung" der Vereinten Nationen (New York) eine weltweit aufsehenerregende Schätzung über die rechnerisch-demographische Zukunft, d. h. einem Projektionszeitraum bis 2050, bedeutender Staaten vorgelegt.¹⁷ Es handelt sich um Modellrechnungen, welche als Basis die mittlere Variante der "1998er Revision" der Bevölkerungsvorausschätzungen der UN benutzt. Die Basisvorausberechnung weicht von Ergebnissen, die in Deutschland selbst errechnet werden, wie von den Modellrechnungen des BMI, des Statistischen Bundesamtes und von Forschern und Instituten, kaum ab. Die UN-Abteilung nimmt sich einige Zielvarianten vor und entwirft entsprechende Szenarien dazu, was ihre Verwirklichung bedeuten würde. Es geht also hier nicht um Voraussagen oder konkrete politische Maßnahmen, nicht um eine wahrscheinliche, zu erwartende Entwicklung, sondern um den Zuwanderungsbedarf, der nötig wäre, wenn man eine bestimmte Altersstruktur oder Größe der Bevölkerung erhalten bzw. erreichen wollte. Die UN-Abteilung weist mehrfach darauf hin, dass es sich bei diesen Modellrechnungen um "wenn ... dann"-Zielrechnungen handelt, die für die untersuchten Länder und Regionen keinerlei Politikempfehlungen beinhalten können, weil das Modell die spezifischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der betrachteten Länder völlig unberücksichtigt lässt.

Im Einzelnen seien drei Szenarien mit unterschiedlichen Zielen der Bestandserhaltung genannt:¹⁸

- Variante mit Zuwanderung in einer Höhe, die die Bevölkerungszahl des Jahres 1995 konstant hält (Szenario III).
- Variante mit Zuwanderung in einer Höhe, die die Zahl der 15- bis 64-jährigen des Jahres 1995 konstant hält (Szenario IV)
- Variante mit Zuwanderungen in einer Höhe, die bis zum Jahr 2050 den potentiellen Unterstützungskoeffizienten (Verhältnis der 15- bis 64-jährigen je einem über 64-jährigen) konstant hält. (Szenario V)

In den drei Szenarien wird eine Struktur der Zuwandernden nach Alter und Geschlecht angenommen, wie sie die klassischen Einwandererländer USA, Kanada und Australien in den 90er Jahren verzeichnen. Wichtig ist zu erwähnen, dass es in keinem Modell Einbürgerungen gibt, also alle Einwandernden und deren Kinder für den Projektionszeitraum als Ausländer sichtbar

¹⁷ Vereinte Nationen, New Report on Replacement Migration - Is it a solution to declining and ageing Population? UN-Population Division, New York, 17 March 2000.

¹⁸ Die Szenarien I und II dienen einem Vergleich, der für die laufende Zuwanderungsdebatte belanglos ist, wie "ohne/minimale Wanderungen", und Fortschreibung des Zustands Ende der 90er Jahre.

bleiben. Andererseits werden die bereits im Lande lebenden Ausländer nicht berücksichtigt. Der errechnete Ausländeranteil ist also systematisch niedriger als in Wirklichkeit. Unter diesen Annahmen führen die drei Szenarien zu folgenden Ergebnissen in Deutschland:

	Jährliche Zuwanderung in Tsd.	Zuwanderung von 1995-2050 in Mio.	Potentieller Unterstüt- zungskoeffi- zient 2050 15-65-jährige zu über 65-jährigen (1995: 4,41)	Bevölkerung 2050 in Mio. (1995: 81,661)	Zuwanderer- anteil 2050 in % (ohne bereits 1995 in Deutschland lebende Ausländer)
Szenario III	324	17,838	2,26	81,661	28
Szenario IV	458	25,209	2,44	92,022	36
Szenario V	3 427	188,497	4,41	299,272	80

Szenario III beinhaltet ein demographisches Einwanderungsziel, nämlich die Bestandserhaltung der derzeitigen deutschen Wohnbevölkerung von 82 Millionen. Es bedeutet einen de-facto-Menschenimport, der die defizitären jüngeren Jahrgänge in den unteren Querbalken der Alterspyramide auffüllt, - mit durchwegs jungen Menschen mit mindestens drei, am besten mit vier Kindern. Diese theoretische Elfenbeinturm-Sicht auf ein Zuwanderungsziel ist verwaltungstechnisch nicht zu exekutieren. Alle ausländischen Vertretungen würden damit befasst werden müssen und in einem gigantisch vernetzten Verfahren die Geeigneten nach Alter und Geschlecht auszuwählen und dann hierher zu schicken. Insgesamt 17,2 Millionen Menschen passenden Alters und Anhangs müssten bis 2050 beschafft werden, um die 82 Millionen bis dahin zu halten. Ein Drittel der Bevölkerung, von Einbürgerungen abgesehen, wären Ausländer oder Kinder ausländischer Eltern.

Szenario IV zielt darauf, die Erwerbsbevölkerung der 15- bis 65-jährigen konstant zu halten. Es wäre ein realistisches Ziel, denn gerade sie wird für die steigenden Sozialkosten der Alterung und intensiver Ausbildung der Jugend aufkommen müssen. Um dies zu erreichen, ist ein jährliches Zuwanderungsquantum von 458.00 jüngeren erwerbsfähigen, arbeitswilligen Menschen mit ebenfalls ausgeglichener Geschlechterproportion vonnöten. Sie erbringt eine Gesamtzuwanderung von 25 Millionen bis 2050 und eine um 10 Millionen erhöhte Wohnbevölkerung, also 92 Millionen. Es bedarf aber zu seiner Verwirklichung einer Art Kulturrevolution. Denn damit würde der Gedanke des nachhaltigen Wirtschaftens vom Ökologischen auf alle Bereiche der Reproduktion bezogen: nicht nur der materiell-ökonomischen, auch der bio-sozialen Reproduktion. Sie bedarf eines starken Willens und Einstellungswandels. Denn nun müssten nicht nur die Rohstoffe und Ressourcen für die kommende Generation erhalten werden, sondern die gerade tragende Generation selbst im Dienste der kommenden - und zwar in

ihrem quantitativen Bestand und ihrer qualitativen Kapazität, ihrer Eigenschaft als Humankapital.

Ein *Szenario V* schließlich setzt sich ein sozialpolitisches Ziel, und zwar die Stabilisierung des Altenquotienten: das Verhältnis der über 65-jährigen zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64, hier "Unterstützungskoeffizient" genannt, der 1995 4,41 beträgt. Dieses Ziel läuft praktisch darauf hinaus, die Alterung aufzuhalten, sie zur Gänze mit Einwanderung zu kompensieren, und - hier würde sie völlig aus dem Ruder laufen: 3,6 Millionen junger Menschen müssten jährlich beschafft werden, über 180 Millionen bis 2050 bei einer Aufblähung der Wohnbevölkerung auf exakt 300 Millionen. Sie würde in diesen rein hypothetischen Fall aus 80% Ausländern bzw. deren Kindern bestehen.

Diese Rechnung ist deshalb lehrreich, weil sie den Gedanken, mit Masseneinwanderung Altersstrukturprobleme vom deutschen Ausmaß zu lösen, endgültig ad absurdum führt.

Wollte man anstelle des Szenario V den potentiellen Unterstützungskoeffizienten in Deutschland ohne Zuwanderung auf dem derzeitigen Niveau halten, dann müsste man nach Darstellung der UN das Rentenzugangsalter auf etwa 77Jahre erhöhen. Auch dies ist keine realistische politische Option, aber es wird deutlich, dass man auf die Bevölkerungsalterung mit verschiedenen Maßnahmen politisch reagieren kann, nicht nur durch erhöhte Zuwanderungen.

Doch auch die anderen Szenarien, vor allem das noch am ehesten zu verfolgende Szenario IV, stellt vor unüberwindliche Schwierigkeiten der verwaltungsrechtlichen, technischen und politischen Ausführung. Die Frage der Existenzgrundlage und der Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung ist damit noch gar nicht angesprochen.

Einige Bemerkungen zu den Annahmen, die Deutschland betreffen, scheinen noch angebracht.

3. Das "deutsche demographische Dilemma"

Ein Dilemma liegt vor, wenn die Wirksamkeit der einzelnen Lösungswege nachlässt, weil die Problemursachen nur zeitweilig gemildert, aber nicht beseitigt werden können. Sowie man verstärkt auf einen Lösungsweg setzt, fehlen entweder die Mittel für andere, nicht weniger wichtige Lösungen, oder es wird damit ein neues Problem aufgerissen.

Man kann für Deutschland deshalb ein Bevölkerungsdilemma konstatieren, weil der Geburtenrückgang und seine Folgen bis jetzt nicht beherrscht sind. Ein Heilmittel, wie klug auch

immer ausgedacht, versagt ab einem Punkt oder bringt neue Probleme mit sich, sowie man es linear oder gedankenlos weiter verwendet. Das deutsche Bevölkerungsdilemma ist wie folgt beschrieben:

- Das Geborenendefizit, ausgedrückt in einer Nettoerproduktion von einem Drittel unter Generationenersatz, dauert seit 1973 an. Die geburtenschwachen Jahrgänge rücken ins durchschnittliche Heiratsalter ein und werden einen Implosionsschub verursachen: sie werden dann schon eine zweite Generation sein, in der 100 Mütter ihre Sprache und Kultur nur noch an 65 Töchter weitergeben. Die Bevölkerungsbilanz wird mühsam von einem positiven Wanderungssaldo ausgeglichen; der Status der Zuwanderer ist hinsichtlich einer nationalen Integration nicht eindeutig genug, ihr Integrationswille selbst ist oft unbekannt.
- In Europa altert die deutsche neben der italienischen Bevölkerung am raschesten. Das liegt zum einen am frühen Geburtenrückgang, der nun schon ein Vierteljahrhundert wirkt, zum anderen an der steigenden Lebenserwartung in den höchsten Altersklassen.
- Ab 2010 schrumpft unweigerlich das Erwerbspotential. Um dieses zu verhindern, müsste man zu einer *ausgeglichenen Alterspyramide* zurückkehren. Würde man dafür nur Einwanderung in Betracht ziehen, dann würde jährlich ein Quantum benötigt, welches das Fassungsvermögen unserer Köpfe und auch unseres Landes übersteigt: 250.000 als Jugendimport; oder 400.000 bis 600.000 an Familieneinwanderung. Legt man strenge Maßstäbe an die Einwanderung und prüft sie auf Integrationsfähigkeit und demographische Kompensation, dann wären Menschen aus Nachbarvölkern, jung, gebildet, mit mehr als zwei Kindern ideal. Sie müssten jährlich beschafft werden. Da dies nicht denkbar und möglich ist, könnte man noch an Einwanderer aus Entwicklungsländern denken. Zum einen ist ein Abziehen von Menschen mit Bildung ebenso wenig möglich, zum anderen würde bei dem erforderlichen Ausmaß an Zuwanderung aus Entwicklungskontinenten deren kulturelle Integration unmöglich und die Lebensform des Ziellandes unweigerlich verändert.

Das Bevölkerungsdilemma moderner Staaten gleicht einer Verwirrung im finsternen Wald. Nur das Beibehalten einer kombinierten Lösung, das strenge Einhalten einer Richtung, die Beharrlichkeit in der festgesetzten Zeitspanne führen aus dem Dickicht.

Aus dieser Vorausberechnung sind weitergehende Feststellungen zu treffen:

1. Die Bevölkerungsabnahme zeigt eine Beschleunigung im Verlauf des Prognosezeitraums und damit den untrüglichen Hinweis auf eine *demographische Implosion*: Geburtenrückgang ist zugleich Rückgang der Mütterbasis der kommenden Generation. Folgt diese nun

dem gleichen "generativen Verhalten" mit 1,3 oder 1,4 Kindern pro Frau, die eine weitere Elterngeneration nur noch zu zwei Dritteln ersetzen, dann ist das Schwinden des angestammten Staatsvolks zwar für den Einzelnen nicht zu erleben, aber berechenbare Tatsache.

2. Die fortgesetzte Bevölkerungsabnahme aufgrund fehlenden Nachwuchses von einem Drittel unter Ersatzniveau entwickelt eine Sogwirkung abwärts, die auch mit einem noch höheren Zuwanderungssaldo von etwa 300.000 nicht aufzuhalten wäre. Sodann bleibt festzuhalten:
 - a) Zuwanderer können nur integrierbare und mindestqualifizierte jüngere Menschen sein und das würde aber bedeuten, dass sie sich auch hinsichtlich der Kinderzahlen dem Aufnahmeland anpassen werden und als erwachsene "Quereinsteiger" nach gut 30 Jahren schon ins Rentenalter eintreten. Man muss davon ausgehen, dass in den kommenden Jahrzehnten der Menschengewinn Deutschlands als wiedervereintes Land durch eine defizitäre Demographie verloren geht.
 - b) Eine Zuwanderung, welche die demographische Implosion und zusätzlich den Alterungsprozess auszugleichen imstande wäre, würde ein Ausmaß erreichen, das jenseits aller Vorstellungskraft liegt (vgl. die Zielprojektion der Vereinten Nationen). Nachdem solche Menschenmassen kaum auf den Weg nach Mitteleuropa gebracht und auch nur aus kulturfernen Räumen Zentralasiens und Afrikas abgezogen werden könnten, ist diese Projektion eher ein Anschauungsunterricht darüber, dass Einwanderung ein begrenztes Mittel darstellt und mit ihm demographische Implosion nicht geheilt werden kann. Neben Deutschland steuern auch Österreich, die Schweiz, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland auf eine ähnliche Situation zu. Die unterschiedliche Wirtschaftslage rechtfertigt eine Skepsis gegenüber einer europaweit einheitlich gestalteten Zuwanderungspolitik.

Deutschland befindet sich also in einem demographischen Dilemma, wofür es bis heute keine Steuerungsziele, geschweige denn Steuerungsinstrumente besitzt. Das Geburtenniveau wird mit Zeitgeist, modernem Lebenszuschnitt und Platzierungszwängen in neuen Ökonomien und Arbeitsmärkten begründet, die eine stabile Zweierbeziehung mit zwei Kindern im Durchschnitt der Bevölkerung erschweren.

Einwanderung ist nur sozial- und kulturverträglich denkbar, - und wird unter der Vorgabe einer Einwanderungsgesetzgebung nur Arbeitsmarktlücken schließen können. Sie wäre als

quantitative Füllmenge für die Einbuchtungen der Alterspyramide politisch nicht durchzusetzen, wirtschaftspolitisch fragwürdig und integrationspolitisch sogar gefährlich.

Das Dilemma dient der Vergewisserung einer Situation, die in dieser Form unhaltbar ist, aber auch keine einfachen Lösungen zu erkennen gibt. Wenn Geborenendefizite und Arbeitskräftemangel zusammentreffen, stellt sich der Gedanke ein, mit Geburtenförderung die Arbeitskraft zu vermehren, nachdem massive Einwanderung als alleiniges Heilmittel verworfen werden muss. Zwischen beiden "Lösungen" liegt ein stark unterschiedlicher Zeithorizont. Geburtenförderung, sollte sie erfolgreich sein, zeigt erst nach 15 bis 20 Jahren ihre Wirkung. Sie ist eine großangelegte Maßnahme, die ohne Seitenblick auf einen Arbeitsmarkt und allein zur Minderung der demographischen Implosion eingeleitet werden müsste. Einwanderung, sozial- und kulturverträglich, würde schneller Arbeitsmarktlücken füllen, stellt aber in immer größeren Quanten die nationale Integration in Frage. Das Dilemma erzwingt geradezu einen "Politik-Mix" aus Geburtenförderung, arbeitsmarktorientierter Zuwanderung und Maßnahmen, die das Humankapital erneuern. Letztere müssten sich auf den Nachwuchs, aber auch jenen Zuwanderungsteil erstrecken, der schon aufgrund der Gesetzeslage jährlich ankommt.

III. Bewegungen des ausländischen Bevölkerungsteils und die Frage der Integration

1. Entstehung des ausländischen Bevölkerungsanteils und seiner demographischen Struktur

a) Wanderungsüberschüsse und Bevölkerungsbilanz seit 1989

Wir können für das Jahr 2000 eine Ausländerzahl von acht Millionen unterstellen, von denen 7,4 Millionen offiziell gemeldet sind. Wenn wir die aufenthaltsberechtigten EU-Bürger (1,9 Millionen) subtrahieren, dann bleiben mindestens sechs Millionen Menschen aus "Drittstaaten" übrig, von denen sich nur 2 Millionen in offiziellen Arbeitsverhältnissen befinden. Die Ausländer verteilen sich nicht gleichmäßig übers Land. Zuwanderung war immer schon ein Konzentrationsphänomen in den größten Städten, das sich inzwischen in die Mittel- und Kleinstädte ausdehnt. Anziehungspunkte sind (-) die großen Dienstleistungszentren, (-) die örtliche Bautätigkeit und (-) die Anzahl der schon am Ort befindlichen Landleute, mit ihren Informations-Netzwerken. Sie erfüllen eine Brückenkopffunktion, die weitere Landsleute anzieht und gegebenenfalls die Endstation einer Wanderungsdrift bildet. Die USA kennen solche Driften aus der Karibik nach New York, aus Cuba nach Florida und von Mexiko in den Westen des Landes. Hat der Brückenkopf eine bestimmte Größe erreicht, verspricht er Schutz und Untertauchmöglichkeit, dann löst er eine Dauereinwanderung aus, die kaum zu kontrollieren ist. In den USA spricht man dann von einer "*self-perpetuation of migratory movements*".¹⁹

Ein Blick auf die Entstehung des Ausländeranteils zeigt eine kontinuierliche Entwicklung, was den prozentualen Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung betrifft.

¹⁹ Davis, Kingsley: Social Science Approaches to International Migration. In: Michael S. Teitelbaum/Jay Winter (Eds.), Population and Resources in Western Intellectual Traditions. New York (The Population Council) 1989, S. 245-261.

Tabelle 4: Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung (1951-1999)

Jahr	Wohnbevölkerung			Anteil der ausländ. Wohnbevölkerung
	Insgesamt	davon Deutsche	davon Ausländer	
1951 ^{a)}	50 808 900	50 302 900	506 000	1,0
1961 ^{a)}	56 147 800	55 488 600	686 200	1,2
1971 ^{a)}	61 502 500	58 063 789	3 438 711	5,6
1972	61 776 700	58 250 132	3 526 568	5,7
1973	62 090 100	58 123 900	3 966 200	6,4
1974	62 048 100	57 920 734	4 127 366	6,7
1975	61 746 000	57 656 406	4 089 594	6,6
1976	61 489 600	57 541 263	3 948 337	6,4
1977	61 389 000	57 440 722	3 948 278	6,4
1978	61 331 900	57 350 839	3 981 061	6,5
1979	61 402 200	57 258 364	4 143 836	6,8
1980	61 653 100	57 199 792	4 453 308	7,2
1981	61 719 200	57 089 471	4 629 729	7,5
1982	61 604 100	56 937 183	4 666 917	7,6
1983	61 370 800	56 835 937	4 534 863	7,4
1984	61 089 100	56 725 452	4 363 648	7,1
1985	61 020 500	56 641 558	4 378 942	7,2
1986	61 140 500	56 627 821	4 512 679	7,4
1987 ^{b)}	61 238 100	56 997 568	4 240 532	6,9
1988	61 715 100	57 225 995	4 489 105	7,3
1989	62 679 000	57 833 118	4 845 882	7,7
1990	63 725 700	58 383 168	5 342 532	8,4
1991 ^{c)}	80 274 600	74 392 033	5 882 567	7,3
1992	80 974 600	74 478 808	6 495 792	8,0
1993	81 338 100	74 459 983	6 878 117	8,5
1994	81 409 500	74 418 990	6 990 510	8,6
1995	81 817 500	74 643 600	7 173 900	8,8
1996	82 012 162	74 698 116	7 314 046	8,9
1997	82 057 400	74 691 600	7 365 800	9,0
1998	82 037 000	74 728 534	7 308 477	8,9
1999 ^{d)}	82 142 900	74 773.800	7 369 100	9,0

a) Zahlen zum 1. Oktober 1951, 6. Juni 1961 (Volkszählungsergebnisse) und zum 31. Dezember 1971; b) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst; c) Zahlen ab dem 31. Dezember 1991 für den Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990; d) Vorläufige Zahlen für 1999

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistische Jahrbücher, lfd.; Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 2, Ausländer, 1996 und 1998/99, Wiesbaden August 2000; Bundesverwaltungsamt - Ausländerzentralregister AZR (III 5-20.473.4/97-341)

Obwohl die Zeitspanne von 1961 bis 1999 von ökonomischen und technischen Umbrüchen charakterisiert war, hatte dies auf das Zuwanderungsgeschehen kaum Einfluss. Die soziale Abfederung wirtschaftlicher Unsicherheiten und Krisen, wie sie ein mitteleuropäischer Wohlfahrtsstaat verspricht, wurde vielfach zum Anlass für Familienzusammenführung genommen. Damit bekam Zuwanderung eine Verstetigung, die in der Industrie immer mehr Befürworter fand als in den Ländern und Gemeinden.

Die Zuwanderungen über die Grenzen Deutschlands zeigten um die Zeit des Falles des Eisernen Vorhangs eine Dramatik, die sie in der Zwischenzeit verloren haben. (*siehe Anhang, Tabelle 5: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands*) Die Zuzüge von Deutschen betreffen weitgehend Aussiedler. Die Fortzüge Deutscher halten sich konstant um die 100.000. Auch unter ihnen dürften Aussiedler sein, die in ihr Herkunftsland zurückgehen, nachdem sie sich die deutsche Staatsbürgerschaft besorgt hatten. Die Erwartung einer baldigen Eingliederung Osteuropas in die EU führt vielfach zu diesem Schritt.

Die Wanderungsbewegung der Ausländer weist in den Jahren 1996 bis 1999 keine bedeutenden Salden mehr auf. 1996 war noch ein *Zuzugsüberhang* von 149.000 (auf der Grundlage von 708 Zuzügen und 559 Fortzügen zu verzeichnen. Er ist 1997 und 1998 erstmals ins Minus geraten: ein *Fortzugsüberhang* gegen 30.000 (aus ca. 610.000 Zuzügen und ca. 640.000 Fortzügen). Es ist nicht ratsam, daraus auf ein endgültiges Nachlassen des Zuwanderungsdrucks zu schließen, weil das *Zuwanderungspotential* selbst, das um Europa herum vorhanden ist, sich unvorhergesehen aktivieren kann. Schon 1999 zeigte sich wieder ein Zuzugsüberhang von 118.000 Ausländern. Lässt man die Überhänge der Deutschenzuwanderung einmal außer acht, dann ergibt sich seit 1994 ein positiver Wanderungssaldo der realen ausländischen Zuwanderung von durchschnittlich 100.000.

Wenn wir nun das Wanderungsgeschehen mit der Geburtenbilanz Deutschlands in Beziehung setzen, und die anhaltenden *Sterbefallüberschüsse* mit den üblichen *Zuwanderungsüberschüssen* abgleichen, dann wird nur noch mühsam ein langsames Bevölkerungswachstum erreicht. Das gilt nur solange als das Zuwanderungspotential vor der Haustür Europas nicht aktiviert wird.

Tabelle 6: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1989 bis 1999

Jahr	Geborenendefizit (Sterbefallüberschuss)	Zuwanderungs- überschuss	Bevölkerungs- bilanz
1989	- 22.982	+ 593.962	+ 570.980
1990	- 15.770	+ 681.872	+ 666.102
1991	- 81.226	+ 602.523	+ 521.300
1992	- 76.329	+ 782.071	+ 700.100
1993	- 98.823	+ 462.096	+ 363.500
1994	- 115.058	+ 314.998	+ 200.500
1995	- 119.367	+ 397.935	+ 278.900
1996	- 86.830	+ 282.197	+ 194.700
1997	- 48.216	+ 93.664	+ 45.200
1998	- 67.348	+ 47.098	- 20.368
1999	- 75.586	+ 201.975	+126.464

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wollte Deutschland seine negative Geburtenbilanz beheben, dann bräuchte es sofort 100.000 Geburten mehr und dann eine allmähliche Steigerung, weil eine alternde Gesellschaft immer mehr Sterbefälle auszugleichen haben wird. Eine Rückkehr zum Generationenersatz würde langfristig eine jährliche Geborenenzahl von 1,2 Millionen erfordern - eine Rückkehr zum Spitzenwert des Babybooms. Da dies nicht vorstellbar ist, ist *Zuwanderung eine notwendige Kompensation*.

Ein Vergleich der ausländischen Wohnbevölkerung in den westeuropäischen Ländern (*siehe Tab. 3: Ausländische Wohnbevölkerung in 18 westeuropäischen Ländern 1950-1996, S. 31*) lässt nur grobe Aussagen zu: recht unterschiedlich sind die Staatsbürgerschaftsgesetze, die in einem Fall Bewohner als Ausländer ausweisen, die es nach Bestimmungen eines Nachbarlandes nicht wären. Deutschland, bislang noch mit Abstammungsprinzip und ohne Sonderrechte für Bevölkerungsteile mangels ehemaliger Kolonien, weist einen realistischen Anteil von 9%, das sind ca. 7,5 Millionen Menschen, aus.

Ausländische Bevölkerung ist auch ein Konzentrationsphänomen in Großstädten, welches aus der Statistik, die sie auf die Gesamt- also auch Landbevölkerung anrechnet, nicht hervorgeht. Jedenfalls widerspricht das Erscheinungsbild von London, Amsterdam, Paris oder Frankfurt ganz und gar den offiziellen Ausländeranteilen der einzelnen Länder. Länder die traditionell

großzügig volle Staatsbürgerrechte erteilen, etwa aufgrund eines Territorialprinzips als ehemalige Kolonialmächte, behalten den Überblick, indem sie Bürger, "deren Eltern im Ausland geboren sind", gesondert ausweisen (so die USA). Frankreich unterscheidet ebenfalls bodenständige Franzosen ("Français de souche") und von ausländischen Eltern Geborene. Die rein verwaltungsrechtliche Kategorisierung, die von Herkunftskriterien absieht, gibt es praktisch nirgendwo, auch dort nicht, wo man hierzulande den reinen Verfassungspatriotismus vermuten würde. Er ist die Staats- und Integrationsideologie der ehemaligen Kolonialherren, die Teilen ihrer Kolonialvölker einmal die Einreise in die "Metropole" haben gestatten müssen.

Die hohen Ausländeranteile in der Schweiz ergeben sich daraus, dass die Schweiz praktisch nicht einbürgert und wenn, dann nur nach strengen Ermessenskriterien. Die hohen Anteile in Luxemburg entfallen auf Portugiesen und Bankbeamte aus den umliegenden EU-Staaten, - im Fürstentum Liechtenstein entfallen sie auf "Nachbarn" der Schweiz, Österreichs und Deutschlands, die der alemannischen Ethnie angehören und nur verwaltungsrechtlich Ausländer sind. Ohne Kenntnis der staatlichen Einbürgerungsbestimmungen und Sonderzustände ist der amtlich-statistisch ausgewiesene Ausländeranteil in den jeweiligen Staaten nicht aussagekräftig.

b) Zur Demographie des ausländischen Bevölkerungsteils

Der ausländische Bevölkerungsteil weist die typischen Merkmale einer Wanderungspopulation auf: die mittleren Jahrgänge sind am stärksten besetzt und zeigen einen hohen Männerüberschuss. Altenbevölkerung ist praktisch noch keine vorhanden. Es ist auf diese Struktur zurückzuführen, dass die ausländischen Erwerbspersonen mehr Sozialbeiträge entrichten, als sie beziehen können. Dieser Zustand wäre nur bei laufender Zuwanderung jüngerer Menschen, die gleich Arbeit finden, dauerhaft zu machen.

*(Siehe Abb. "Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland am 1.1.1997"
(im Anhang) Quelle: Ausländer in Deutschland, AID - 4/99, und Isoplan, München)*

Von Interesse sind die Geburtenentwicklung bei Ausländern (*siehe Tab. 7*) und ihre Altersstruktur, aufgeschlüsselt nach dem Geburtsstatus: ob in Deutschland geboren oder nicht (*siehe Tab. 6*). Während des deutschen Geburtenrückgangs ab Ende der 60er Jahre nahm die ausländische Bevölkerung zu und deshalb die jährlich registrierte Zahl Neugeborener mit ausländischen Eltern.

Tabelle 7: Geburten in Deutschland

Jahr	Lebendgeborene			
	Insgesamt ¹⁾	Deutscher ²⁾ Staatsangehörigkeit	ausländischer	Ausländeranteil
1965	1.044.328	1.006.470	37.858	3,6 %
1970	810.808	747.801	63.007	7,8 %
1975	600.512	504.639	95.873	16,0 %
1980	620.657	539.962	80.695	13,0 %
1985	586.155	532.405	53.750	9,2 %
1990	727.199	640.879	86.320	11,9 %
1995	765.221	665.507	99.714	13,0 %
1996	769.013	689.784	106.229	13,3 %
1997	812.173	704.991	107.182	13,2 %
1998	782.251	3)	3)	3)

1) bis 1985 altes Bundesgebiet, ab 1990 vereintes Deutschland

2) seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

3) Ergebnis liegt noch nicht vor

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Anzahl Neugeborener steht nun bei gut 100.000 jährlich und macht ca. 13% aller in Deutschland Geborenen aus. Die Zahl ist relativ konstant, weil die "höhere Fertilität" der neu Ankommenden den Geburtenrückgang in Familien der zweiten Generation nach oben korrigiert. Die Alterspyramide der Ausländer zeigt, wie die in Deutschland Geborenen, die zweite Generation also, in das Alter der Familiengründung eintritt.

(Vgl. Tabelle 10: Ausländische Bevölkerung am 31.12.98 und 31.12.99 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten).

Der Anteil der in Deutschland geborenen Ausländer zeigt ein weithin unbekanntes Bild.

Tabelle 8: Die ausländische Bevölkerung in Deutschland am 1.1.1998 nach Geschlecht, Altersgruppen und in Deutschland Geborenen

Altersgruppen	insgesamt			davon in Deutschland geboren			
	Summe	männlich	weiblich	Summe	%	männlich	weiblich
bis unter 6 Jahre	582.005	300.745	281.260	509.461	87,5	263.163	246.298
6 bis unter 18 Jahre	1.118.773	590.056	528.717	602.739	53,9	315.978	286.761
18 bis unter 61 Jahre	5.216.677	2.927.985	2.288.692	459.339	8,8	263.396	205.943
61 bis unter 66 Jahre	199.271	126.391	72.880	2.719	1,4	1.826	893
66 Jahre und älter	234.790	123.033	111.757	16.978	7,2	5.256	11.722
insgesamt	7.351.516	4.068.210	3.283.306	1.591.236	21,7	839.619	751.617

Quelle: Statistisches Bundesamt; Ausländer in Deutschland (AID), 4/99, S. 8.

Danach sind 90% aller im Lande befindlichen Kinder bis 6 Jahren und 50% aller zwischen 6 und 18 Jahren schon in Deutschland geboren. Die 18- bis 66-jährigen sind die echten Zuwanderer, die erste Generation also, mit kaum 10% im Lande Geborener. Insgesamt sind von allen Ausländern 22% in Deutschland geboren.

Die Altersgruppen nach dem Geburtsland zu betrachten, sagt nichts über ihren Integrationsgrad aus, aber sehr viel über die Integrationsaufgabe. Denn wer in Deutschland als Ausländer bzw. als Kind ausländischer Eltern geboren wird, muss auf seinen alltäglichen Lebenshintergrund, z.B. ob er mit oder ohne deutsche Sprache heranwächst, befragt werden. Das alte Abstammungsrecht (*ius sanguinis*), das diese Unterscheidung voraussetzt und daher zurecht nach Ermessen einbürgert, hätte dafür die Handhabe gegeben und auch klare Integrationsleistungen vorschreiben können. Doch die Abschaffung bzw. Ergänzung des Abstammungsrechts durch das Territorial- oder "Bodenrecht" (*ius soli*) ab 1. Januar 2000, wonach Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit mit Optionspflicht erhalten, hat einen klaren Zustand verschleiert. Es fällt schwer sich vorzustellen, dass Tabellen, wie die obige Tabelle 6, ab 2000 nicht mehr erstellt werden, weil keine Kinder mehr mit ausländischer Nationalität geboren werden. Man wird dahin kommen, nach Differenzkriterien, ähnlich denen der Amerikaner, Briten und Franzosen, Ausschau zu halten. Denn das Problem bleibt bestehen, besonders wenn vom Familiennachzug aus dem Herkunftsland aus-

giebig Gebrauch gemacht wird und nachgeholte Ehepartner ohne Deutschkenntnisse den anstehenden Integrationsprozess in der zweiten oder dritten Generation wieder auf den Ausgangspunkt zurückdrehen.

Es werden ab jetzt 100.000 Deutsche "mehr" geboren, ohne dass sich an der Gesamtzahl der Geburten etwas ändert und die Frage nach dem Integrationsgrad von jährlich 100.000 Kindern mit deutschem Pass beantwortet wäre. Der Integrationsprozess ist substantielle Kulturanpassung und Aneignung einer Lebensform durch den einzelnen und lässt sich nicht durch Gesetz bestimmen.

c) Administrativ gebilligte Zuwanderungsmöglichkeiten und ihre reale Nutzung

Wir unterscheiden zwischen zeitweisem Aufenthalt (Saisonarbeit, Vertragsarbeit) und dauerhafter Niederlassung auf folgenden Wegen:

1. Legale Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ("Gastarbeit" alten Stils), d.h. mit Genehmigung der Arbeitsverwaltung. Diese Gruppe speist sich aus Arbeitsgenehmigungen für Ausländer, die sich schon unter verschiedenen Verwaltungs- und Zuwanderungstiteln im Lande befinden.
2. die Freizügigkeit für Bürger anderer Mitgliedsstaaten der EU; die 1,9 Millionen im Lande weisen geringe Fluktuation auf.
3. das Recht auf Familiennachzug für ausländische Ehepartner und minderjährige Kinder (bis 16 Jahre) von in Deutschland lebenden Ausländern; zwischen 50-100.000 Nachzüge.
4. die Aufnahme von Spätaussiedlern aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion: inzwischen noch 100.000, sie sollen in den kommenden Jahrzehnten auf 10.000 jährlich sinken. Sie sind eine begrenzte Population;
5. das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte und ihre Familienangehörigen sowie bestehende Regelungen der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen und der vorübergehenden Duldung von Opfern aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten und sonstigen Vertriebenen und Flüchtlingen; mit 150.000 Fällen jährlich ist hier zu rechnen;

6. legale Arbeitsmöglichkeiten für Bürger von ostmittel- und osteuropäischen Staaten: Kontraktarbeiter, Saisonarbeiter, "neue Gastarbeiter". Sie sind vorübergehende Grenzüberschreiter, befristet Aufenthaltsberechtigte und nicht Zuwanderer.

Aussiedler und Asylbewerber stellen seit der Wiedervereinigung die politisch bedeutendsten und international beachtetsten Zuwanderergruppen dar (*siehe Tab. 5 "Wanderungen über die Grenzen Deutschlands"*). Ihre Aufschlüsselung und ihr Vergleich zeigt einen Rückgang aufgrund erschwerter Zuwanderungsbestimmungen in beiden Fällen. Arbeitsmarktpolitisch ist die unter Punkt 6 genannte Gruppe der Vertragsarbeiter. Sie nahm in den letzten Jahren stark zu.

d) Ausländer nach Herkunft und Aufenthaltsstatus

Ein Blick auf die Anzahl der Ausländer nach den Herkunftsländern bietet keine Überraschungen. Unter den 7,3 Millionen fallen nur drei Gruppen ins Gewicht: 2,1 Millionen Türken, 1,2 Millionen aus dem ehemaligen Jugoslawien (einschließlich Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien, sowie Mazedonien) und dann 1,9 Bürger anderer EU-Staaten, soweit sie rechtlich einem einheitlichen Aufenthaltsstatut unterstehen. Von diesen 2,1 Millionen Übrigen, die sich auf die Länder der Welt verteilen, lassen sich nur die Angehörigen der USA mit 111.000 und von "außerhalb der Wertegemeinschaft" 116.000 der Islamischen Republik Iran hervorheben (*siehe Tab. 10:*).

Der Aufenthaltsstatus gibt dann Aufschluss über das Niederlassungsgeschehen, seinen Umfang und wahrscheinliche Dauerhaftigkeit. Es gibt 2 Millionen unbefristete und 1,8 Millionen befristete Aufenthaltserlaubnisse, ca. 1,2 Millionen Formen der Aufenthaltsberechtigung und 302.000 "Duldungen").²⁰

Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer und nebenbei auch noch Familienstand können zu den Anträgen auf Erwerb deutscher Staatsangehörigkeit in Beziehung gesetzt werden. Von den 7,3 Millionen Ausländern sind 4,2 Millionen schon länger als 8 Jahre im Lande, 3,5 Millionen zehn Jahre und mehr.²¹ Gemessen an dieser Aufenthaltsdauer müssten die Anträge auf Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft zahlreicher sein, als sie es tatsächlich sind. Es ist eine offensichtliche Zurückhaltung zu konstatieren und außerdem die Tatsache, dass die Aufenthaltsdauer nichts über Integrationsgrad der Ausländer aussagt. Aufenthaltsgenehmigungen richten

²⁰ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. FS1, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung 1998/99, Wiesbaden 2000

²¹ *ibidem*.

sich nach Arbeitstätigkeit und sozialrechtlichen Regelungen; sie scheinen den Ausländern in Deutschland angenehm und ausreichend. Der Schritt vom "Bürger" zum nationalstaatlichen "Mitbürger" muss nicht unbedingt vollzogen werden.

2. Die internationale politisch-demographische Lage und das Erfordernis kontrollierter Einwanderung

a) Weltbevölkerungswachstum und Machtverschiebungen

Was in der Integrationsdiskussion allgemein vernachlässigt wird, ist der zu erwartende Einstellungswandel der Zugewanderten, der mit der steigenden Bedeutung ihres Herkunftslandes im kommenden Jahrhundert zusammenhängt. Bis Mitte des kommenden Jahrhunderts wird die Weltbevölkerung auf nahezu 10 Milliarden Menschen anwachsen, während die Bevölkerung der derzeitigen Europäischen Union, die jetzt schon stagniert, dann weniger als fünf Prozent dieser Weltbevölkerung ausmachen wird. Dass dies einen Zuwanderungsdruck auf Westeuropa bedeutet, zumal rasch wachsende Populationen sich schon im Mittelmeerraum befinden, bedarf keiner weiteren Erklärung. Fast alle Bevölkerungen außerhalb Europas zeigen - mit Ausnahme Chinas und Indiens, die schon je eine Milliarde umfassen - eine Tendenz zur Verdoppelung in den kommenden Jahrzehnten. Unabhängig von einem Verelendungsgrad in diesen Ländern wird ihr politisches Gewicht steigen und ihnen eine Rolle auf der Bühne der Weltpolitik sichern, von der sie zuerst als Kolonialvölker, dann als »Arme des Südens« ferngehalten waren. Sie dürften, ähnlich wie die Europäer in der Zeit ihres demographischen und industriellen Wachstumsschubes um 1900, eine nationalistische Phase durchleben, allein schon zur seelischen Kompensation der materiellen Entwicklungsprobleme, die nicht ausbleiben werden. Was Europa in so einer Weltlage an Austausch und Wirtschaftsbeziehungen gewinnen kann, läuft es Gefahr, an ethnischen Spaltungen und Zerfall seiner Gesellschaften zu verlieren.

b) Nachlassender Integrationswille der Ausländer

Man muss sich vor Augen halten, dass von den 7,3 Millionen Ausländern im Lande mindestens die Hälfte die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nach dem alten Gesetz erfüllt. Doch sie können sich zu dem Schritt nicht recht entschließen, wie die vergleichsweise wenigen Anträge zeigen.

Die erste Vermutung geht dahin, dass die ausländischen "Mitbürger" mit dem bloßen Bürgersein, d. h. der wirtschaftlichen und sozialen Partizipation, vollauf zufrieden sind und sich der völligen staatsrechtlichen Eingemeindung gegenüber reserviert verhalten. Aktives und passives Wahlrecht zählt nicht zu den Wanderungsmotiven in ein Hochlohn- und Hochleistungsland. Zum anderen lässt sich vermuten, dass Wanderungspopulationen ein sehr starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und nationales Identitätsbewusstsein entwickeln. Wenn noch dazu ein Pass des Herkunftslandes Religion, Großfamilie, nationale Identität und nationale Ansprüche symbolisiert, wird er nicht abgegeben wegen Dingen, die man in Deutschland auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft bekommt. Das Ausmaß des Ehegatten- und Familienanzuges aus dem Herkunftsland wäre Hinweis genug, dass sich Zuwanderergruppen aus außereuropäischen Kulturen vorerst nicht auf den Weg der europäischen Moderne, d.h. der Religionsablegung, Entfamiliarisierung und der europäischen Scheidungsziffern begeben. Das westliche Lebensmodell wird bewundert und erstrebt. Der Weg dorthin wird jedoch nicht gefunden aufgrund eigenkultureller Ausgangslagen oder er wird ablehnt aus Angst vor Verlust kultureller Identität. Je geringer die Identifikation mit dem Aufnahmeland, desto eher wird seine Staatsbürgerschaft zur Absicherung der materiellen Existenz und zum Aufbau eines Infrastrukturnetzes ihrer Ethnie benutzt. Auf dieser Grundlage wird dann den immateriellen Interessen, die mit denen des Aufnahmelandes offen kollidieren, wie Nationalismus, Religion und Großfamiliensinn zum Durchbruch verholfen. Die Hoffnung, dass sich alle nach Einbürgerung der deutschen Sachdemokratie, d.h. dem existierenden Parteienspektrum, einfügen werden, kann trügen und würde einmal mehr die Unfähigkeit des modernen Europäers zeigen, in Kategorien von Menschen aus „Schwellenländern“ bzw. Entwicklungskontinenten zu denken.

Wenn Bürger aus außereuropäischen Drittstaaten trotz deutscher Staatsbürgerschaft ihre Fremdorientierung nicht ablegen, so ist das dann nicht verwunderlich, wenn Einbürgerungskriterien sich auf geistige Haltungen gar nicht erstrecken, sondern nur auf die Respektierung der Rechtsordnung. In den USA verbindet sich die Einbürgerung mit dem Versprechen, keiner fremden Macht zu dienen. Mit der Zulassung von doppelten Staatsbürgerschaften entstehen unter solchen Bedingungen nicht sofort loyale Staatsbürger, sondern eher eine Sonderpezies zwischen Einheimischen und Ausländern, die im Verdacht stehen wird, die Rechte und Möglichkeiten beider Staatsbürgerschaften zu nutzen, und Pflichten und Solidarleistungen zu umgehen. Die "Mehrfach-Staatler" werden zum Vorurteilsobjekt für beide Gruppen.

"Nicht-Integration"

Das Problem Deutschlands ist nicht nur der in seiner Intensität schwankende Zuwanderungsdruck, sondern das Fehlen eines klaren Integrationskonzepts, das sowohl einheimische Behörden und Dienste als auch die Zuwanderer bindet. Weitere Ursache sind

- das lange Tabuisieren der Ausländerfrage;
- das Abstammungsrecht und seine Toleranz gegenüber denjenigen, die an keine Einbürgerung denken;
- der Menschenzufluss, in unterschiedlich starken Schüben, der 7,3 Millionen ausländische Bevölkerung erbracht hat, wobei der Integrationsgrad von Angehörigen von Drittstaaten aber weitgehend unbekannt ist;
- das Fehlen eines Integrationskonzepts, das den ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen Deutschlands entsprechen würde. Mit Ausnahme der ökonomischen Integration (über Erwerbstätigkeit im beitragspflichtigen Arbeitsverhältnis) wird die politische (Übergabe "politischer Rechte" ohne Überprüfung des Zugehörigkeitsgrades) und die kulturelle (unklare Sprachkenntnisse, unklarer Identifikationsgrad mit dem Aufnahmeland) nicht erfragt;
- nicht zuletzt der hohe Anteil humanitärer Menschenaufnahme (Asyl, Flucht), die nicht direkt auf Arbeitsaufnahme, bzw. Disziplinierung in einem Arbeitsverhältnis zielt.

Dies hat einen Zustand herbeigeführt, den man problemgerecht als Nicht-Integration bezeichnen könnte.

Keine Integrationsprobleme mit Zuwanderung bis in die siebziger Jahre

Im alten Westdeutschland waren die Bedingungen für Zuwandererintegration günstig. Denn zunächst kamen ja nur deutsche Flüchtlinge - 13 Millionen zwar, die um das Ende des Zweiten Weltkriegs aufgenommen wurden; danach die Flüchtlinge aus SBZ bzw. DDR. Das nationale Integrationsproblem stellte sich hier nicht, die soziale und wirtschaftliche Integration ging automatisch vor sich und fügte sich in die Ludwig Erhard'sche Politik eines „Wohlstands für alle“.

Selbst die meisten Zuwanderer der großen »Gastarbeiterwelle« stammten aus kulturnahen, europäischen Regionen. Sie gingen in feste Arbeitsverhältnisse und gaben sich in zweiter und dritter Generation nach deutscher Schulbildung integriert. Als Menschen aus dem Mittelmeer-

raum sind sie entweder längst »EU-Bürger« oder Bürger aus dem damaligen Jugoslawien und anderer Balkanländer, mit Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis aus der Zeit vor 1989.

Probleme einer "Sozialpartizipatorischen Zuwanderung"

Der Bruch des Eisernen Vorhangs 1989 und die Jahre danach veränderten die Situation und erbrachten einen Zuwanderungsdruck, der nicht primär das offizielle Arbeitsverhältnis in Deutschland zum Ziel hatte, sondern die sozialpolitischen Großzügigkeiten für Grenzüberschreiter, sowie eine Verwaltungskategorie für sie zutrifft. Bis dahin waren die bestimmenden Zuwanderungsmotive Arbeitsaufnahme und die (mit dem novellierten Ausländergesetz 1990 ausgestaltete) Familienzusammenführung gewesen. Sie waren im Ansturm nach der Wende bald zweitrangig. Die deutsche Asylgesetzgebung fungierte als Eingangstor.

In allen westlichen Ländern wird eine Zuwanderung aus Drittstaaten registriert, die auf soziale Zuwendungen und Lebenshilfen zielt. Sie rückt in ihrer Bedeutung zeitweise bis zur reinen Arbeitsmigration auf. Schon nach der kleinen Wirtschaftskrise von 1966 wurde folgender Trend festgestellt: Jungesellen gehen und Familien kommen. Familienzusammenführung ist somit eine Zuwanderungsform von beträchtlichem Ausmaß geworden. Familienzulagen, Kindergeld sind Dinge, die in südlichen Drittländern ebenso unbekannt sind wie stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Heute nimmt der türkische Bevölkerungsanteil allein über Familienzusammenführung jährlich um über 50.000 zu, und noch einmal soviel über in Deutschland geborene Kinder türkischer Eltern.

Illegalität

Als die Asylverfahren noch so lange dauerten, dass meistens ein Bleiberecht in Reichweite stand, schien es Grenzüberschreitern ratsam, nach erfolgtem illegalen Grenzübertritt um Asyl zu bitten. Nachdem die Effizienz bei Bearbeitung der Fälle in der Bundesanstalt (BAFl) sehr zugenommen hat und in wenigen Monaten der günstige oder ablehnende Asylbescheid ausgesprochen wird, wird ein Teil das erhöhte Ausweisungsrisiko damit umgehen wollen, dass sie in die Illegalität gehen.

3. Aussichten auf Integration über den Arbeitsmarkt

Eine wichtige Frage ist, ob unsere wirtschaftliche Lage die Integration der Zuwanderer über ausreichende Arbeitsplätze noch garantieren kann: die Arbeitslosigkeit der Ausländer liegt bei

über 20 Prozent und sie stellen 23 Prozent der Empfänger von Sozialhilfe. Diese machte 1995 über fünf Milliarden Mark aus. Der Probleberg baut sich weiter auf durch Migration von Arbeitskräften aus Niedriglohn-Regionen, Familienzusammenführung, Asylwerbung, Flucht, Aufnahme von Kontingenten und - nicht zu vergessen - durch Nachwuchs. Die Ausländer stellen über 13 Prozent aller Geburten in Deutschland. Hier wird immer auf das deutsche Geborenendefizit und die Alterung verwiesen. Die über 100.000 Geburten wären also grundsätzlich vorteilhaft. Völker überleben aber nur in eigenen Kindern, nicht in Kindern anderer, noch dazu, wenn es für sie keine klaren Integrationsvorgaben gibt.

Eines ist allgemein erkannt worden: die Zuwanderer in größerer Zahl kämen aus Entwicklungsregionen in eine Hochtechnologiegesellschaft mit dichtem Sozialnetz und struktureller Arbeitslosigkeit. Sie beginnen oft als Hilfeempfänger und haben kaum eine Chance, einen qualifizierten deutschen Arbeitsplatz zu bekommen.

Der Paradigmenwechsel in der Arbeitsmigration wird nötig, wenn man sie nach dem gewinnbringenden Branchen und Produkten ausrichtet, die in einem globalisierten Innovationswettbewerb bestehen können. Die Ausländerbeschäftigung in Deutschland konzentriert sich immer noch auf Branchen, die nicht exportorientiert und nicht forschungsintensiv sind. Branchen, die der Wissens- und Informationsgesellschaft noch fern stehen (Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Bau).

Eine heutige Einwanderungspolitik darf sich nicht kurzfristig an Arbeitsmarktlücken orientieren, sondern an den Arbeitskräftebedürfnissen exportorientierter und innovativer Unternehmen.

Die Auswahlkriterien Australiens für Einwanderer - ein Beispiel

In den 70er Jahren hat Australien einen Kriterienkatalog für geeignete Einwanderer entwickelt (NUMAS: *Numerical Migrant Assessment System*), nach dem alle Bewerber - mit Ausnahme von Flüchtlingen - geprüft werden.

Im Allgemeinen muss jeder Bewerber bzw. jedes Familienmitglied über 16 Jahren eine Mindestanzahl der zu vergebenden Punkte erreichen, um einwandern zu dürfen. Von dieser Prüfung ausgenommen sind Ehefrauen, Kleinkinder und alte Eltern. Wer über Familienzusammenführung ins Land kommen, braucht sich der wirtschaftlichen Punkteprüfung nicht zu unterziehen. Auf jeden Fall müssen sie aber beweisen, dass sie dem Staat nie zur Last fallen werden. Der Teil A enthält die Kriterien, die unmittelbar für die Einnahme einer Arbeitsstelle

bzw. Berufsposition ausreichen, Teil B die gewünschten Kriterien zur Einpassung in eine Zivilgesellschaft (siehe S. 85).

Es sei bemerkt, dass Einwanderer immer detaillierte Fragen zu ihrem Gesundheitszustand und Krankheiten in der Familie zu beantworten haben. Bis vor Jahren enthielt sogar der Visums-Antrag in die USA noch Fragen zur Zugehörigkeit zu politischen Parteien, auch solchen aus der Vergangenheit.

Ist ein solcher Katalog von Auswahlkriterien landesweit bekannt, dämpft er die Ablehnung gegen Zuwanderer. In der angelsächsischen Welt gilt jeder Bewohner als "auf Herz und Nieren" geprüft. Die Feindseligkeit ist dort groß, wo die Einwanderung ungesteuert verläuft, wie in nordeuropäischen Ländern, den Niederlanden und Deutschland. Hier würden streng nach wirtschaftlichen Kriterien ausgewählte Zuwanderer für Ruhe sorgen.

Teil A	Wirtschaftliche Faktoren	Mindestanzahl von Punkten
A1	Qualifikationen - in Australien anerkannt	6
A2	Nachfrage nach solcher Arbeitskraft bzw. Berufskategorie	14
A3	Vorhergehender Arbeitsvertrag	5
A4	Alter	4
A5	Beherrschung der englischen Sprache	3
A6	Fähigkeit, mit Arbeitskollegen zu kommunizieren	2
A7	Andere berufliche Fähigkeiten	5
A8	Transferierbare Mittel zur Erleichterung der Niederlassung im Lande	6
A9	Fähigkeit, sich im Wirtschaftsleben zu behaupten	$\frac{5}{50}$
Teil B	Persönliche Faktoren und solche, die bei Niederlassung und Eingliederung des Immigranten eine Rolle spielen	Mindestanzahl von Punkten
B1	Bildungsgrad	4
B2	Grad der Alphabetisierung (lesen und schreiben)	4
B3	Kenntnis der englischen Sprache	5
B4	Fähigkeit, mit den Problemen der Einwanderung fertig zu werden	6
B5	Dynamische Persönlichkeit	5
B6	Initiative, Selbstvertrauen, Selbständigkeit	6
B7	Äußere Erscheinung	5
B7	Anpassungsfähigkeit	6
B9	Familienzugehörigkeit	3
B10	Bürge oder im Ausland angeworben	$\frac{6}{50}$

Quelle: Australian Department of Immigration; zit. In: Gérard-François Dumont, Les Migrations Internationales. Paris 1995; (aus dem Französischen von Josef Schmid)

4. Konzepte für Integration

Integration heißt, dass sich die Kultur des Aufnahmelandes, repräsentiert durch Einstellungen, Verhaltens- und Umgangsformen, den Geist der Sprache und Weltanschauung, im Alltag und Seelenleben der Migranten durchsetzt: Sie ist ein Vorgang, der mehrere Stufen und Begriffe kennt. Soziale und ökonomische Integration ins Staatsvolk heißt, sich sichtbar mit Leistungen im Staatswesen behaupten und daraus Anerkennung beziehen, indem man Arbeits- und Lebensführungsnormen übernimmt.

Kulturelle Integration (Akkulturation) schließlich bedeutet den vollendeten Identitätswandel des Einzelnen, die Übernahme der geistigen Kultur, eines Geschichtsbewusstseins, eines Wir-Gefühls innerhalb der Aufnahmenation, einer Schicksalsgemeinschaft. Sie ist die Fügung in das Nichtinterfragte, Selbstverständliche, das die Nation ausmacht. Man könnte diese drei Stufen der Integration in die Generationenfolge übertragen. Die dritte Generation würde dann endgültig in der Aufnahmenation zu Hause sein. - Dieser Idealfall von Zuwanderung und Integration muss mit den oben genannten Weltrealitäten konfrontiert werden und ergibt dann ein differenziertes Bild. Jedes Einwanderungsland hat mit Formen von Nichtintegration zu kämpfen und ist innen- und außenpolitisch damit belastet.

Die Einbürgerung muss unbedingt an kulturelle Integration gebunden, und die Kriterien dafür müssen klar ausgewiesen sein.

IV. Politische Zielsetzungen und Optionen

1. Kombinierte Politik demographischer Krisenbewältigung

In den bisherigen analytischen Teilen tauchen schon Hinweise auf,

- a) mit welchem *Zahlenwerk* man an die Verhinderung von Entwicklungen herangehen könne, die als schädlich oder zukunftsbedrohend erkannt sind,
- b) welche *Maßnahmen* und Optionen aus demographischer Implosion, demographischem Dilemma und maßlosen Einwanderungsszenarios herausführen und
- c) auf eine *kombinierte Politik der demographischen Krisenbewältigung* ("Politik-Mix"). Sie rekuriert
 - auf Geburtenförderung und Familienpolitik als endogene Milderung weiterer demographischer Einbrüche ("*Migrationsersatz*"),
 - auf Einwanderung, die nach Arbeitsmarktgesichtspunkten ausgewählt und frühzeitiger, als dies mit Geburtenförderung gelänge, a) Arbeitsmarktlücken schließt und b) das innovativ-kreative Potential von Zukunftsbranchen stärkt ("*Ersatzmigration*");
 - auf eine Qualifizierungsoffensive, die alle Heranwachsenden (Jugendliche), Ankommenden (Zuwanderer per Gesetzeslage) und ausgewählte Zuwanderer erfasst. Die Sicherung des Humankapitals ist gleichbedeutend mit Sicherung der Energie und erneuerbaren Ressourcen (Boden, Wasser, Luft). So wie Globalisierung ihr Gegenteil anregt: Dezentralisierung und Lokalkultur, so schafft sie über die notwendige Bündelung lokaler Kompetenz, ohne welche internationalisierte und globalisierte Vorgänge nicht beherrscht werden können, wieder eine Art "Nationalökonomie". Qualifizierung ist in der vorherrschenden Wirtschaftsstruktur der Schlüssel zur Problembewältigung.

Geburtenförderung - Familienpolitik

Geburtenförderung muss enttabuiert werden. Sie bedeutet keinerlei Zwang, sondern den Übergang der Familienpolitik, die auf dem Lastenausgleichsgedanken ruht, zur Nachwuchsför-

derung. Sie ist zweifellos ein komplizierter Politikbereich, der in unserem westlich-demokratischen Kulturkreis vier Voraussetzungen hat:

1. sie muss von der Bevölkerung, besonders den jungen Paaren, auf die sie zielt, akzeptiert sein;
2. sie muss bei den Bedürfnissen und Problemen ansetzen, die junge Paare und Eltern heute haben,
3. sie darf weder Persönlichkeit noch Freiheit beeinträchtigen, - sie muss demokratisch auf Angebote und Anreize setzen.
4. Sie erfordert Entschlusskraft, laufend finanzielle Mittel und einen langen Atem: geburtenfördernde *Familienpolitik* braucht einen Vorlauf von mindestens 20 Jahren, bis sie Wirkungen am heimischen Arbeitsmarkt zeigt.

Das *Zahlenwerk*, die Geburten betreffend, entstammt der Bevölkerungsbilanz, die einen Sterbeüberschuss von um die 100.000 Fälle zeigt. Er ist zugleich ein Geburtendefizit, das - vergleicht man es mit nord- und westeuropäischen Bevölkerungen - behoben werden könnte. Zu den Maßnahmen zählt nicht mehr das Kindergeld, sondern Politik der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit und ganztägige Kinderbetreuung.²² Konkret bedeutet das, einen Rückgang freiwilliger Kinderlosigkeit und von Ein-Kind-Familien, dafür mehr Zwei- und Drei-Kinder-Familien. Ein Wertewandel muss Familienarbeit und Erwerbstätigkeit gleichstellen. Das ist schwer in einer Welt durchzusetzen, die bislang nur individuelle Karriere und Wirtschaftserfolge, fernab der Welt der Familie, bewundert und belohnt.

Alle Zuwanderungsformen binden Mittel und verursachen der Gesellschaft anfänglich Kosten, die verglichen werden mit der Familienförderung und mit ihr bald rivalisieren. Einwanderungskosten müssen in einem vertretbaren Verhältnis zur familialen Nachwuchsförderung stehen. Die negative Geburtenbilanz, die zur Zeit Teil eines Spielraums für Einwanderung darstellt, könnte diesen füllen und würde in jedem Fall Integrierte erbringen, die in die Leistungsanforderungen der deutschen Gesellschaft hineinwachsen. Die dafür aufgewendeten Mittel wären gut angelegt. Jugend, zumal schwindende, bleibt für die Gesellschaft ein teures, aber auch wertvolles Investitionsgut, das nirgendwo Abstriche verträgt, auf gar keinen Fall zugunsten von Einwanderungskosten.

²² Deutscher Bundestag, Demographischer Wandel "Enquête-Kommission", a. a. O., S. 543.

Einwanderungsziele und Handlungsphasen

Bevor vom Zahlenwerk um Einwanderung die Rede ist, sollen in erster Linie Ziele klargestellt werden. Die Schwierigkeit dabei ist, dass die gesellschaftlichen Institutionen jeweils eigene Interessen an Einwanderung vorbringen.

Die Industrie wünscht sich handsame, bezahlbare Arbeitskräfte. Es ist zu fürchten, dass der bedürfnislose Zuwanderer aus einer ärmeren Welt, der mit den Aufwandsnormen westlicher Staaten noch nicht vertraut ist, zur Droge westlicher Personalwirtschaft wird. Der Handel verspricht sich vermehrte Kaufkraft. Problembewusstsein findet sich dafür in Kommunal- und Wohnungspolitik und Schulbehörden. Einwanderungsdruck und Einwanderungspolitik werden das neue Jahrhundert charakterisieren. Ziele müssen formuliert, beizeiten überdacht und Weichen neu gestellt werden.

Das Blendwerk der großen Zahlen

Das weltweit vorgestellte Material zur "Bestandserhaltungsmigration" hatte nicht den Zweck, darauf eine Einwanderungspolitik zu gründen. Seine wahre Funktion bestand eher darin, die Absurdität, demographische Kraterlöcher füllen zu wollen, aufzuzeigen und die ernsthafte Diskussion um politikfähige Konzepte einzuleiten.

Wollte man mit Einwanderung den Alterungsprozess der Gesamtbevölkerung aufhalten, Jugend importieren, die Alterspyramide mit Jugendimport standfester machen, dann erfordert dies eine jährliche Zuwanderung von mindestens einer Million junger Menschen. Masseneinwanderung könnte nur mehr aus Entwicklungsländern kommen, wo die in der in Deutschland benötigten Verwendungsformen nicht vorhanden sind. Selbst der Versuch, die deutscher Vertretungen global zum Einwanderungsbüro zu machen, wäre ein unvorstellbarer Aufwand und würde in geglückten Fällen den Vorwurf der "neuen Ausplünderung der Dritten Welt", sie als industrielle Reservearmee für das alternde Europa zu benutzen, eintragen. Einwanderung in den projektierten Größen führt direkt in die Volksgruppen- und Parallelgesellschaften und macht jeden Gedanken an kulturelle Integration obsolet.

Wollte man das Erwerbspotentials der 20- bis 60-jährigen stabilisieren, dann bräuchte es eine halbe Million jüngerer, ausgebildeter Einwanderer jährlich. Selbst bei diesem Einwanderungsziel ist die Akzeptanz der breiten Öffentlichkeit nicht gewährleistet, zumal in Zeiten sozialer Polarisierung. Die Kosten auch dieser Einwanderung werden unweigerlich mit den Kosten anderer Staatsziele in Konkurrenz treten, wie Familienförderung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen:

Die in demographischen Projektionen errechneten Zuwanderungsvolumina zum Zwecke der Ergänzung bzw. Auffüllung

- von Lücken in der Altersstruktur ("Jugendimport")
- der Menschenabnahme durch Bevölkerungsschrumpfung
- der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65

können weder in Form politisch kontrollierter Einwanderung durchgesetzt noch als verwaltungstechnische Aufgabe ausgeführt werden.

Demographische Projektionen der Bestandserhaltung sind Anschauungsmaterial und kein politisch realisierbarer Bedarf.

Ersatzmigration für die Gruppe der Erwerbstätigen

Auf der Suche nach einem Bevölkerungssegment, das der politischen Beachtung und damit auch einer Ergänzung bedarf, ist die Gruppe der real Erwerbstätigen von 38 Millionen. Laut einer Projektion des IAB und eigener Abschätzung würde bei einem jährlich integrierbaren Zuwanderungsvolumen von 200.000 jährlich der Erwerbstätigenbestand bis 2040 auf nur knapp 35 Millionen zurückgehen (vgl. S. 50). Eine rein quantitative Stabilisierung scheint noch nicht notwendig, weil Zuwanderungspolitik - anders als bisher - qualitative Arbeitsmarktzuwanderung sein muss, die Quantitätsverluste in Ansehung technologischen Fortschritts bis zu einer gewissen Grenze ausgleichen wird können.

Mit der zahlenmäßigen Absenkung der Ziel- und Bestandsgröße auf ein Niveau, auf dem Ersatzmigration nicht mehr ausuffert und kaum Konflikte und Akzeptanzprobleme hervorrufen dürfte, ist ein erster Schritt getan. Es gibt jedoch Maßnahmen, die als Migrationsersatz zeitweise fungieren können, d.h. den Zeitpunkt notwendiger Zuwanderung hinausschieben und schon deshalb nicht vernachlässigt werden dürfen. Es sind dies *Kompensationen* von Bevölkerungsabnahme, die im Bereich der Erwerbstätigkeit und Arbeitsorganisation möglich sind; unter ihnen: (a) Produktivitätssteigerung der Wirtschaft durch Technologie, Organisation und Flexibilität, (b) lebenslanges Lernen und Verlängerung der Lebensarbeitszeit, (c) Rückgriff auf die "Frauenreserve" für den Arbeitsmarkt und - erst als letztes - (d) Zuwanderung.

Die Einbettung dieses Programms einer ökonomisch-technisch-organisatorischen Mobilisierung in einen Zusammenhang mit Familienpolitik und arbeitsmarktgerechter Zuwanderung

erbringt jenen "Politik-Mix", eine kombinierte Politik der Bewältigung demographisch verursachter Krisen.

Handlungsphasen in zeitlicher Abfolge

Die in der "kombinierten Politik" zusammengefassten Maßnahmen haben nicht den gleichen Wirkungszeitraum. Den längsten hat zweifellos *Geburtenförderung*, hier ist - einschließlich einer Findungsphase für Mittel und Inhalte - ein Zeitraum von 20 Jahren zu veranschlagen. Ein Mehr von 100.000 Geburten würde aus eigenem die Bevölkerungsbilanz ausgleichen, den Zuwanderungsbedarf senken und Zuwanderungsprobleme ersparen. Damit müsste zuerst begonnen werden.

Unmittelbar darauf wäre es an der Zeit für die genannten *Kompensationen*, die zum Teil verstärkt werden müssen, weil schon im Gange, zum Teil mit Geburtenförderung verknüpft werden müssen, wie Frauenerwerbstätigkeit mit flexiblen Arbeitszeiten und ausreichender Kinderbetreuung.

Zuwanderung solle in zwei Etappen eingeleitet werden: in einer ersten Etappe des "Füllens von Arbeitsmarktlücken" sollen Erfahrungen gesammelt werden. Sie ist eher als Vorstufe zu Zuwanderung zu begreifen, denn sie fügt sich noch in das Bild von Gastarbeit - inzwischen auch mit der höchsten Qualifikationsstufe der Green-Card-Offerte.²³

Erst in einer zweiten Etappe solle man daran gehen, Zuwanderung zielgerecht und in Abstimmung mit der gesamten Bevölkerungsbilanz und den ökonomischen und kulturellen Integrationschancen einzuleiten.

2. Der Spielraum für Zuwanderung in der Bevölkerungsbilanz

Der Zustand der Welt seit 1990, vor allem an den Grenzen der Staaten, Staatenbünde und zwischen der nördlichen und südlichen Hemisphäre, dem sozialen Graben, der die Welt durchzieht, wird der Hauptauslöser für das internationale Wanderungsgeschehen bleiben. Für Deutschland sollte der Zustand nach Ergänzung des Asylrechts 1993 bestimmend sein, vorbehaltlich von EU-Richtlinien und der EU-Osterweiterung, welche die Zahl der *Zuzugsberechtigten* verändern könnten.

²³ Bis Ende Oktober 2000 sind im Freistaat Bayern nur 485 Green-Card-Anträge eingegangen.

Die Frage, ob Deutschland "Einwanderungsland" ist, ist zugunsten der Frage, ob Deutschland Einwanderer braucht, zurückgetreten. Sie kann bejaht werden bei gleichzeitiger Vorsicht vor einer Idee, durch Geborenendefizite hervorgerufene demographische Lücken zu füllen. Vielmehr sind es das Tempo der Schrumpfung und Alterung und der sich auftuende Arbeitskräftemangel, der branchenspezifisch sich ab 2010/2015 bis 2030/2035 auf tun und verstärken dürfte und ein Handeln erfordert. Letztlich geht es darum, der demographischen Implosion nicht länger fatalistisch gegenüberzustehen, sondern sie in einen beherrschbaren Zustand zu überführen, bis ihn - weil eine generationsübergreifende Angelegenheit - die nächste Generation nach ähnlichen Prinzipien kontrollieren wird.

Eine Einwanderungspolitik hat zu klären, wer von wo in welcher Zeit zu welchem Zweck kommen kann, was man von Einwanderern erwartet (Merkmale der Person) und was sie erwarten können. Von großer Wichtigkeit ist die öffentliche Meinung und das Einverständnis des "souveränen" Volkes, welches den Grad der Veränderung seiner Lebenswelt bestimmen will und muss. Es muss sich auch an der Einwanderungsfrage zeigen, dass das Jahrhundert philosophisch begründeter "Zwangsbeglückung" mit dem Jahre 1990 zu Ende ging. Je nüchterner die Zielvorgaben abgefasst sind, umso verständlicher und konsensfähiger werden sie sein.

Die Bevölkerungsbilanz gibt den quantitativen Rahmen ab, indem mögliche Zuwanderung festgelegt wird. Abgangssalden der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Sterbefallüberschuss), und das Wanderungsgeschehen, d.h. der Saldo von Zuzügen und Fortzügen, sind die Eckwerte. Die *Salden* sind der unverrückbare Tatbestand des letztlich im Berechnungszeitraum anfallenden Mehr oder Weniger; und die ebenso wichtigen, dahinter stehenden *Bewegungen in absoluten Zahlen* sind die Grundlage aller politischen zielgerichteten Überlegungen.

Plafondierung

Nach nüchterner Einschätzung des Zuwanderungsgeschehens der letzten zehn Jahre ist die ***Plafondierung eines Zuwanderungsgewinns von 200.000 jährlich*** ratsam. Das Problem der allgemeinen Akzeptanz, der Aufrechterhaltung der staatlichen, demokratischen Ordnung und der kulturellen Identität ist in diesem Rahmen noch zu lösen. Der Ernst der Lage könnte dahingehend charakterisiert werden, dass eine Richtgröße gefunden und festgehalten werden muss, die dem demographischen Absturz und dem nationalen kulturellen Identitätsverfall ent-

gegenwirkt. Es ist gefährlich, diese Gratwanderung zu verkennen und von ihr mittels progressiver Philosopheme oder Eliteprojekte ("Multikultur", "postnationale Identität") abzulenken.

Gesetzlich begründete Zuwanderung

Zuwanderung aufgrund einer Gesetzeslage, mit welcher jährlich zu rechnen ist, ist als erste einzugrenzen. Sie besteht aus den Zuzügen deutschstämmiger Aussiedler, Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge (jüdische Emigranten) und dem Familiennachzug. *Aussiedler* haben sich als fluktuierende Gruppe erwiesen. Sie wandern in der Größenordnung bis zu 250.000 ein, während 75.000 jährlich wieder fortziehen - offenbar ausgestattet mit deutschen Staatsangehörigkeitspapieren. Ihr saldierter Zuwanderungsgewinn liegt in den Jahre 1997 bis 1999 wenig über 100.000. Da die Aussiedler, die ost- und südosteuropäischen und zentralasiatischen Deutschen eine begrenzte Gruppe sind und nicht weiterhin in diesem Quantum zuwandern können, wird der Zuwanderungsgewinn als deutlich sinkend angenommen, so dass sich aus ihrer Gruppe ein Spielraum für anderweitige Zuwanderung auftun wird.

Asyl ist die umstrittenste Zuwanderungsform in Deutschland, weil - weltweit einmalig - als einklagbares Individualrecht abgefasst und von Einflussgruppen als humanitärer deutscher Sonderweg verteidigt wird. Die Zugänge aus dem ergänzten Artikel 16 GG halten sich in den letzten Jahren um die 100.000. Es ist schwierig abzuschätzen, was davon in Zuwanderung übergeht, denn sie hat sich über die häufig ausgesprochene *Aufenthaltsduldung* nach abgelehntem Asylantrag vom Verfahren selbst abgekoppelt. Freiwillige Rückkehr und Repatriierung könnten die Zuwanderung über Asylantrag auf ca. 30% der ursprünglichen Antragstellerzahl reduzieren. Das Plädoyer der Wirtschaft, ihnen rascher den Arbeitsmarkt zu öffnen, könnten das Zuwanderungsquantum aus diesem Titel erhöhen, ebenso noch zurückgehaltene EU-Richtlinien, welche die Asylzugänge nach Deutschland, die höchsten der Welt, kaum verringern.

Ein Spielraum für Zuwanderung anderer Art wird sich hieraus nicht ergeben, eher die Möglichkeit, einen Großteil von ihnen in arbeitsmarktorientierte Zuwanderung umzuwidmen. Damit stellt sich aber die Frage staatlicher Ordnung und die Problematik des deutschen Asylrechts von neuem.

Tabelle 9: Familienzuzug nach Deutschland im Jahresvergleich

	1997	1998	1999
Asylbewerber	104.353	98.644	95.113
Familiennachzug (Ausländer)	100.000*)	100.000	100.000
Aussiedler (davon Familiennachzug)	134.419 (62.000)	103.080	104.916
Kontingentflucht	19.437	17.788	18.205
Gesamt:	358.209	319.512	318.234

*) 70.000 Einreisende Familienangehörige
30.000 Familienzusammenführung vom Inland, etwa auf der Grundlage eines Touristenvisums

Quelle: BAFI, BVA, AA

Familiennachzug hat als gesetzliche Zuwanderungsform nie jene Aufmerksamkeit erregt wie Asyl, doch ist sie nicht weniger problematisch. Sie wurde lange unterschätzt, weil nur die offiziellen Anträge, die in den Auslandsvertretungen eingingen, gezählt wurden. Die Hälfte davon wird aber noch einmal von Deutschland aus, etwa auf der Grundlage eines Touristenvisums gestellt. Man kann 100.000 Fälle unterstellen. Die Problematik des Familiennachzugs ist eine doppelte: einmal wird damit eine regelrechte *Zuwanderungsdrift* gelegt, wie sie z.B. die USA im Falle der mexikanischen Zuwanderung befürchten; zum anderen wirft der Nachzug von bis zu 18-jährigen und von Ehepartnern aus dem Herkunftsland familiäre Integrationsbemühungen in Deutschland zurück.

Unruhe schafft eine geplante Richtlinie der EU zur erleichterten Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen. Das könnte die deutschen Fälle von derzeit 100.000 auf 500.000 erhöhen und damit jenen Steuerungsspielraum beseitigen, der bei anderen Zuwanderungsformen gewonnen werden könnte. Hier liegt die Gefahr, dass Zuwanderung unter dem Deckmantel einer "EU-weiten einheitlichen Regelung" fremdbestimmt werde. Deutschland hat einen Anteil von 5,8% Drittstaatenangehörigen an seiner Wohnbevölkerung, Portugal dagegen von nur 0,1%.

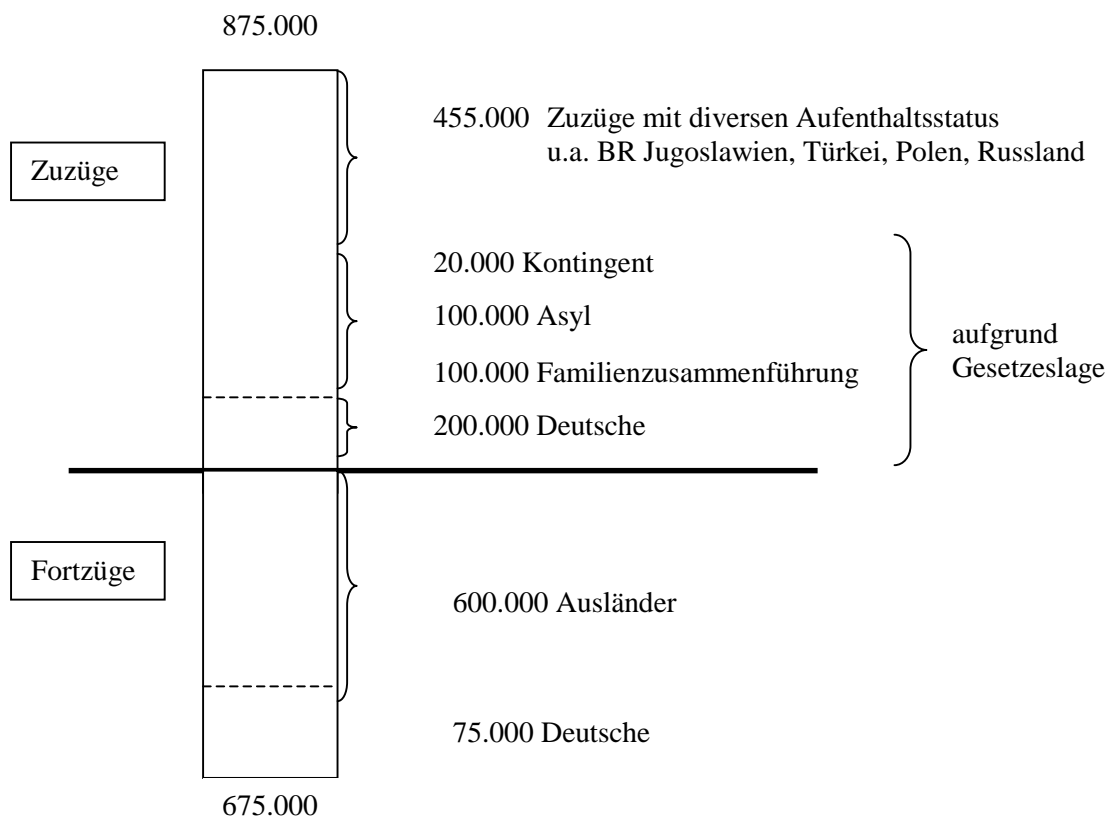
Kontingentflucht betrifft lediglich um die 18.000-20.000 russisch-jüdische Emigranten.

Die gesetzlich geregelte und somit gestattete Zuwanderung macht um die 320.000 Fälle aus und okkupiert damit ein gutes Drittel der gesamten absoluten Zuwanderung, welche nach jüngster Zählung 874.000 Zuzüge umfasst.

Wanderungsbilanz

Auf der Grundlage der Entwicklung in den letzten Jahren lässt sich ein vorläufig geltendes jährliches Zuwanderungsszenario erstellen. Dabei teilt sich ein Gesamtvolumen von 1.550.000 Wanderungsfällen in 875.000 Zuzüge (1999: 874.023) und 675.000 Fortzüge (1999: 672.048). Die gesetzliche Zuwanderung umfasst also 320.000 Zuwanderungen, wovon der Zugewinn von 100.000 Aussiedlern ein angenommener Saldo aus 200.000 Zuzügen (1999: 200.150) und 75.000 Fortzügen (1999: 116.210) ist. Die Fortzüge der Aussiedler sind hier übersichtshalber nach dem Jahr 1997 eingesetzt worden. Die Salden schwanken hier in dieser Bandbreite jährlich.

Auf Seiten der allgemeinen Zuzüge ist mit ca. 455.000 Fällen zu rechnen, wovon in den letzten Jahren die Bundesrepublik Jugoslawien, Türkei, Polen, Russland und Irak die größten Gruppen stellen.



Quelle: BAFI, BMI, AA, eigene Berechnung

Zuwanderungskategorien, die eine "Flexibilität nach unten" zeigen und Spielraum eröffnen, sind

▪ repatriierte, abgelehnte Asylbewerber, welche den Gesamtzuzug halbieren.	50.000
▪ strengere Kriterien für Visa und Zuzugsgenehmigungen, etwa für das demokratisch werdende Jugoslawien; Senkung der Ausländerzuzüge von einer halben Million um	50.000
▪ stärkere Ab- und Rückwanderungen, wie im Durchschnitt der Jahre 1997 und 1998.....	30.000
▪ der in der Bilanz der Geburten und Sterbefälle vorhandene Sterbeüberhang wäre auszugleichen mit.	70.000
	200.000

Auf diese Weise könne die sozial, ökonomisch und kulturell verkräftbare de-facto-Zuwanderung von 200.000 entstehen.

Weil Zuwanderungspolitik ihre Ziele nicht mit einer einmaligen Entscheidung verwirklichen kann, sondern in Intervallen überprüfen und anpassen muss, sollte man *kurz- und mittelfristige Ziele* von *längerfristigen Zielen* unterscheiden. Langfristiges Ziel wäre der allmähliche Übergang von der "Ersatzmigration" zum "Migrationsersatz" der Geburtenförderung auf der einen Seite, und eine arbeitsmarkt- und humankapitalorientierte Politik, die - soweit als möglich - auch gesetzliche Einwanderung von ökonomisch-sinnvoller Tätigkeit nicht fernhält: nachgezogene Kinder hätten sich danach in das "Dualsystem" zu begeben und Erwachsene in beitragspflichtige Arbeitsverhältnisse. Deutschland wird von seiner aufgeblähten Füllhorn-Politik Abstand nehmen müssen.

Geringer Gestaltungsspielraum

Eine Zuwanderungspolitik, die darauf abzielt, den Industrie- und Technologiestandort Deutschland zu stärken und zu diesem Ziel mit einer arbeitsmarktorientierten, nach geeigneten Merkmalen der Migranten auswählenden Vorgehensweise gelangen will, steht vor folgenden Schwierigkeiten:

- das realistische, sozial- und kulturverträgliche Zuwanderungskontingent von 200.000 ist durch gesetzlich erlaubte Migration erschöpft.
- Spielräume für ökonomisch notwendige Zuwanderung tun sich nur noch auf (-) über den Negativ-Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung, obwohl er von Ar-

beitsmarktstrategien als Abbaumoment für übergroße Nachfrage nach Arbeit begrüßt wird, (-) über einen Wanderungssaldo, der steigende Fortzüge erkennen lässt und (-) über "nach unten flexible" Zuzugsgrößen, von denen Aussiedler, repatriierbare Asylbewerber hervorzuheben sind;

- die aktuelle Debatte um die "Säulen" einer Zuwanderungspolitik zeigt, dass die strikte Trennung von ökonomischer Zuwanderung, "Anspruchseinwanderung" per Gesetz und humanitäre Menschaufnahme den bisherigen Zustand einer schwach kontrollierten Zuwanderung nur festschreibt. Nachdem sich ein Zurückschrauben der beiden letztgenannten Wege verbietet, wird Zuwanderung wieder nach oben offen und der Teil ökonomischer Zuwanderung, der darin nicht mehr Platz findet, auf gut Glück von der "humanitären Schiene" abgezweigt. Derartige Vorschläge zeigen einen parteipolitischen Klientelismus, der das Ganze des Geschehens, seine Notwendigkeiten und Wirkungen aus dem Auge verloren hat.

3. Schluss

Ein realisierbarer Handlungspfad kontrollierter Einwanderung muss bestrebt sein, unkontrollierbare humanitäre Menschaufnahme nicht im nationalen Alleingang, sondern international zu lösen und dabei lastenverteilende zwischenstaatliche Regelungen zu treffen.

Es geht nicht um die *drei Säulen* von Zuwanderungsarten, vielmehr um solche, die aus der demographischen Krise herausführen. Sie heißen (1) Geburtenförderung, (2) wohldosierte, selektive Zuwanderung und (3) Qualifizierungsoffensive für den deutschen Nachwuchs ebenso, wie für den Nachwuchs ausländischer Eltern. Alle drei Säulen werden durch eine Zuwanderungspolitik begünstigt, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt und die gewachsenen Lebensformen Mitteleuropas für die kommende Generation erhält.

Literatur:

- Blum, Ulrich / Schmid, Josef (Hg.):* Demographic Processes, Occupation and Technological Change. Heidelberg/New York (Physica-/Springer-Verlag) 1991.
- Davis, Kingsley:* Social Science Approaches to International Migration. In: Teitelbaum, Michael S. / Winter, Jay (Eds.): Population and Resources in Western Intellectual Traditions. New York (The Population Council) 1989, S. 245-261.
- Deutscher Bundestag:* Referat Öffentlichkeitsarbeit, Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel. Kap. VII: Migration und Integration. Bonn 1998, S.773
- Dorbritz, Jürgen / Gärtner, Klara:* Bericht 1995 über die demographische Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 4/1995, S. 339-448.
- Grünheid, Evelyn/Schulz, Rainer:* Bericht 1996 über die demographische Lage in Deutschland; in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1996, Jg. 21, Heft 4, S. 345-439.
- Heigl, Andreas / Schmid, Josef:* Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: Jenkins, H.W. (Hg.): Raumordnung und Raumordnungspolitik. München/Wien (R. Oldenburg Verlag), 1996, S. 425-449.
- Hof, Bernd:* Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln 1993.
- Kiefl, Walter / Schmid, Josef:* Empirische Studien zum generativen Verhalten, Erklärungsbe-funde und theoretische Relevanz. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 15. Boppard/Rhein 1985; Lesthaeghe, Ron: Demographic Renewal and Problems of Social Organization. In: Feld, Serge/ Lesthaeghe, Ron (eds.): Population and Societal Outlook. Brüssel (Baudouin Stiftung) 1984, S. 281-291.
- Klauder, Wolfgang:* Zu den demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung in die Bundesrepublik in Vergangenheit und Zukunft. In: Mitteilungen der IAB, Nr. 4/1993, 477-494.
- Wolfgang Klauder,* Geburtenrückgang und Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Nr. 9, Sept. 2000, HWWA, Hamburg, S. 531-536.
- Koll, R./ Ochel, W. / Vogler-Ludwig, K.:* Auswirkungen der Internationalen Wanderungen auf Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Infrastruktur. In: ifo-Schnelldienst, Nr. 6/1993, 7-17.
- Menzel, Ulrich:* Die neuen Feindbilder - Die Renaissance von Geopolitik und Geokultur in den nationalen Beziehungen; in: UNIVERSITAS (51) 1996, Nr. 595, Nr. 1, S. 10-19.
- Mombert, Paul:* Bevölkerungslehre, Jena 1929
- Münch-Heubner, Peter L.:* Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien. Hanns Seidel Stiftung, Aktuelle Analysen 16, 1999.
- Salt, John/Schmid Susanne:* Trafficking in Migrants - A Preliminary Review, Migration Research Unit (MRU), Department of Geography, University College London - UCL, April 1998 (präsentiert am „IOM-Workshop on Trafficking“, Warschau 8.-9. Juni 1998)
- Schmid, Josef:* Einführung in die Bevölkerungssoziologie. Reinbek 1976.

- Schmid, Josef*: The Family Today: Sociological Highlights on an Embattled Institution. In: European Demographic Information Bulletin, Vol. XIII, Nr. 2, 1982, S. 49-104. (Paper originally presented at the meeting of the British Society for Population Studies, Exeter: Sept. 1981);
- Schmid, Josef*: Bevölkerungsveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Revolution auf leisen Sohlen. Stuttgart 1984.
- Schmid, Josef*: The Background of Recent Fertility Trends in the Member States of the Council of Europe. Population Studies, No. 15, Council of Europe, Strasbourg 1984.
- Schmid, Josef*: On Contemporary Demographic Structures in Europe: The explanatory power of economic and sociological frameworks. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 14, Heft 2, 1988, S. 115-132;
- Schmid, Josef*: The Background of Fertility Behaviour in Europe – New Social and Psychological Aspects. In: Robert L. Cliquet, G. Dooghe, J. de Jong-Gierveld, F. van Poppel (Eds.), Population and Family in the Low Countries VI. Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (N.I.D.I.) and The Population and Family Study Centre (C.B.G.S.), Vol. 18, The Hague/Brüssel 1989, S. 1-16.
- Schmid, Josef*: European Population Trends - A Challenge for Societies under Constant Innovation Pressures. In: Johann Engelhard (Hrsg.), Ungarn im neuen Europa: Integration, Transformation, Markteintrittsstrategien. Wiesbaden (Gabler), 1993, S. 35-45.
- Schmid, Josef / Chruszcz, Detlef*: Einwanderungsbedarf in der Europäischen Union. In: Hans-Ulrich Klose (Hg.), Zuwanderung - Möglichkeiten und Grenzen. Forum Demographie und Politik, Heft 5/Februar 1994. S. 18-45.
- Schmid, Josef*: Population Development Models as Criteria for Migration Policies?; in: Heckmann, Friedrich/Bosswick, Wolfgang (eds.): Migration Policies: A Comparative Perspective European Forum for Migration Studies (efms) Bamberg 1994, S. 201-210.
- Schmid, Josef*: Zuwanderung aus Eigennutz? - Der demographische Aspekt des Einwanderungsbedarfs in den EU-Mitgliedsstaaten. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Das europäische Einwanderungskonzept. Strategien und Optionen für Europa. Gütersloh (Bertelsmann), 1994, S. 89-124.
- Schmid, Josef*: Migration und Konflikt - Ansätze zum Paradigmenwechsel in der Wanderungsforschung; in: Münz, Rainer/Korte, Hermann/Wagner, Gert (Hrsg.): Internationale Wanderungen, 28. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft - Bochum 1994, „Demographie aktuell“, Berlin 1994, S. 131-142.
- Schmid, Josef*: Weltbevölkerungswachstum: Die Bürde des 21. Jahrhunderts; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung - Das Parlament -, Bd. 24-25/96, 12. Juni 1996, S. 14-25.
- Schmid, Josef*: Auf Sand gebaut? - Die Schicksalsgemeinschaft von Generation und Generationenvertrag, (Festschrift für Karl Schwarz) In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 22, Heft 2/3-1997, S. 217-238.
- Schmid, Josef*: Population Ageing: Dynamics, and Social and Economic Implications at Family, Community and Societal Levels. Referat auf dem Meeting der UN/ECE (Genf-CES/PAU/1998/6; GE 98-32457), Budapest, 7.-9. Dezember 1998.
- Schmid, Josef*: Sozialprognose - Die Belastungen der heranwachsenden Generation. München (Olzog) 2000.

Schulz, Erika: Alternde Gesellschaft - Zur Bedeutung von Zuwanderungen für die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33, 1995, 579-589.

Schulz, Erika: Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland - Modellrechnungen bis 2050. In: DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - Wochenbericht 42/99, Berlin, 21.10.1999.

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. FS1, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung 1998/99, Wiesbaden 2000

Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050 - Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2000.

Vereinte Nationen, New Report on Replacement Migration - Is it a solution to declining and ageing Population? UN-Population Division, New York, 17 March 2000.

Anhang

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Entwicklung der Lebenserwartung in Westdeutschland und Ostdeutschland, 1950-1994

Zeitraum	Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlecht (in Jahren)			
	Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost
1950	64,6	63,9	68,5	67,9
1960	66,9	66,5	72,4	71,4
1970	67,4	68,1	73,8	73,3
1980	70,0	68,7	76,7	74,6
1986	71,7	69,7	78,0	75,8
1991	73,1	69,9	79,5	77,2
1994	73,4	70,3	79,7	77,7
Zuwachs:				
1950-1994	+ 8,8	+ 6,4	+ 11,2	+ 9,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland; Jürgen Dorbritz/Klara Gärtner 1995.

Tabelle 2: Entwicklung der Altersstrukturen (in Prozent)

	1900	1925	1950	1970	1990	2000*)
bis unter 15/20	34,8	25,7	23,3	23,2	16,2	16,0
15 - 65 (20-60)	60,3	68,5	67,4	63,6	68,9	68,0
Über 60/65	4,9	5,8	9,3	13,2	14,9	16,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, "Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972", Statistisches Jahrbuch 1992, und *) Population Reference Bureau, Weltbevölkerung 2000 (Washington, D.C./Hannover); (geschätzt)

Tabelle 3: Ausländische Wohnbevölkerung in 18 westeuropäischen Ländern, 1950-1996 (in 1000 und als Anteil der Gesamtbevölkerung)

Land	1950 absolut	%	1970/71 absolut	%	1982 absolut	%	1990 absolut
Italien	47	0,1	122	0,2	312	0,6	469
Finnland	11	0,3	6	0,1	13	0,3	26
Spanien	93	0,3	148	0,4	183	0,5	279
Griechenland	31	0,4	15	0,2	60	0,6	173
Portugal	21	0,2	32	0,4	64	0,6	108
Irland	*	*	137	4,6	232	6,6	80
Großbritannien	*	*	2.000	3,6	2.137	3,8	1.904
Norwegen	16	0,5	76	2,0	91	2,2	143
Dänemark	*	*	*	*	102	2,0	161
Niederlande	104	1,0	255	1,9	547	3,8	692
Schweden	124	1,8	411	5,1	406	4,9	484
Frankreich	1.765	4,2	2.621	5,1	3.660	6,7	3.607
Deutschland**	568	1,1	2.976	4,9	4.667	7,6	5.338
Belgien	368	4,3	696	7,2	886	9,0	903
Österreich	323	4,7	212	2,8	303	4,0	482
Schweiz***	285	6,1	1.080	17,4	926	14,4	1.127
Luxemburg	29	9,8	63	18,5	96	26,3	109
Liechtenstein	3	21,4	7	33,3	9	34,1	11
Westeuropa							
Gesamt****	3.788	1,7	10	3,3	14.694	4,2	16.096

* keine Daten verfügbar; ** 1950-1990 nur Westdeutschland; ab 1991 Gesamtdeutschland;
 *** Ohne Saisonarbeiter und Mitarbeiter internationaler Organisationen;
 **** Summe enthält für 1950 und 1970/71 nur aufgelistete Länder mit verfügbarer Ausländerzahl

Quellen: Council of Europe, Recent Demographic Developments in Europe. Straßburg (Council of Europe) 1997; OECD/Sopemi, Trends in International Migration, Continuous reporting system on migration. Annual Report 1996, Paris: (OECD) 1997; Heinz Fassmann/Rainer Münz (Hrsg.), Migration in Europa. Frankfurt/M. New-York, 1996; aus: Rainer Münz, Migration als politische Herausforderung. In: Internationale Politik, Nr. 4/1999.

Tabelle 4: Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung (1951-1999)

Jahr	Wohnbevölkerung			Anteil der ausländ. Wohnbevölkerung
	Insgesamt	davon Deutsche	davon Ausländer	
1951 ^{a)}	50 808 900	50 302 900	506 000	1,0
1961 ^{a)}	56 147 800	55 488 600	686 200	1,2
1971 ^{a)}	61 502 500	58 063 789	3 438 711	5,6
1972	61 776 700	58 250 132	3 526 568	5,7
1973	62 090 100	58 123 900	3 966 200	6,4
1974	62 048 100	57 920 734	4 127 366	6,7
1975	61 746 000	57 656 406	4 089 594	6,6
1976	61 489 600	57 541 263	3 948 337	6,4
1977	61 389 000	57 440 722	3 948 278	6,4
1978	61 331 900	57 350 839	3 981 061	6,5
1979	61 402 200	57 258 364	4 143 836	6,8
1980	61 653 100	57 199 792	4 453 308	7,2
1981	61 719 200	57 089 471	4 629 729	7,5
1982	61 604 100	56 937 183	4 666 917	7,6
1983	61 370 800	56 835 937	4 534 863	7,4
1984	61 089 100	56 725 452	4 363 648	7,1
1985	61 020 500	56 641 558	4 378 942	7,2
1986	61 140 500	56 627 821	4 512 679	7,4
1987 ^{b)}	61 238 100	56 997 568	4 240 532	6,9
1988	61 715 100	57 225 995	4 489 105	7,3
1989	62 679 000	57 833 118	4 845 882	7,7
1990	63 725 700	58 383 168	5 342 532	8,4
1991 ^{c)}	80 274 600	74 392 033	5 882 567	7,3
1992	80 974 600	74 478 808	6 495 792	8,0
1993	81 338 100	74 459 983	6 878 117	8,5
1994	81 409 500	74 418 990	6 990 510	8,6
1995	81 817 500	74 643 600	7 173 900	8,8
1996	82 012 162	74 698 116	7 314 046	8,9
1997	82 057 400	74 691 600	7 365 800	9,0
1998	82 037 000	74 728 534	7 308 477	8,9
1999 ^{d)}	82 142 900	74 773.800	7 369 100	9,0

a) Zahlen zum 1. Oktober 1951, 6. Juni 1961 (Volkszählungsergebnisse) und zum 31. Dezember 1971

b) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst

c) Zahlen ab dem 31. Dezember 1991 für den Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990

d) Vorläufige Zahlen für 1999

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistische Jahrbücher, lfd.; Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 2, Ausländer, 1996 und 1998/99, Wiesbaden August 2000; Bundesverwaltungsamt -Ausländerzentralregister AZR (III 5-20.473.4/97-341)

Tabelle 5: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands¹⁾ (in 1000 Personen)

Jahr	Deutsche			Ausländer			Insgesamt	
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge
1989	367	102	265	767	438	329	1 134	540
1990	421	109	312	836	465	370	1 256	574
1991	274	99	175	925	498	428	1 199	596
1992	291	105	186	1 211	615	596	1 502	720
1993	288	105	183	990	711	279	1 278	815
1994	305	138	167	778	629	148	1 083	768
1995	303	131	173	793	567	225	1 096	698
1996	252	118	133	708	559	149	960	677
1997	225	110	115	615	637	-22	841	747
1998	197	116	81	606	639	-33	802	755

¹⁾ In den Grenzen vom 3.10.1990

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW in Erika Schulz, Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland - Modellrechnungen bis 2050. In: DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Tabelle 6: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1989 bis 1999

Jahr	Sterbefall überschuss	Wanderungs überschuss	Bevölkerungs bilanz
1989	22.982	593.962	+ 570.980
1990	15.770	681.872	+ 666.102
1991	81.226	602.523	+ 521.297
1992	76.329	782.071	+ 705.742
1993	98.823	462.096	+ 363.273
1994	115.058	314.998	+ 199.940
1995	119.367	397.935	+ 278.568
1996	86.830	282.197	+ 195.367
1997	48.216	93.664	+ 45.448
1998	67.348	47.098	- 20.250
1999	75.586	222.975	+147.389

Quelle: Statistisches Jahrbuch/Statistisches Bundesamt

Tabelle 7: Geburten in Deutschland

Jahr	Lebendgeborene			
	Insgesamt ¹⁾	Deutscher ²⁾	ausländischer Staatsangehörigkeit	Ausländeranteil
1965	1.044.328	1.006.470	37.858	3,6 %
1970	810.808	747.801	63.007	7,8 %
1975	600.512	504.639	95.873	16,0 %
1980	620.657	539.962	80.695	13,0 %
1985	586.155	532.405	53.750	9,2 %
1990	727.199	640.879	86.320	11,9 %
1995	765.221	665.507	99.714	13,0 %
1996	769.013	689.784	106.229	13,3 %
1997	812.173	704.991	107.182	13,2 %
1998	782.251	3)	3)	3)

1) bis 1985 altes Bundesgebiet, ab 1990 vereintes Deutschland

2) seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

3) Ergebnis liegt noch nicht vor

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 8: Die ausländische Bevölkerung in Deutschland am 1.1.1998 nach Geschlecht, Altersgruppen und in Deutschland Geborenen

Altersgruppen	insgesamt			davon in Deutschland geboren			
	Summe	männlich	weiblich	Summe	%	männlich	weiblich
bis unter 6 Jahre	582.005	300.745	281.260	509.461	87,5	263.163	246.298
6 bis unter 18 Jahre	1.118.773	590.056	528.717	602.739	53,9	315.978	286.761
18 bis unter 61 Jahre	5.216.677	2.927.985	2.288.692	459.339	8,8	263.396	205.943
61 bis unter 66 Jahre	199.271	126.391	72.880	2.719	1,4	1.826	893
66 Jahre und älter	234.790	123.033	111.757	16.978	7,2	5.256	11.722
insgesamt	7.351.516	4.068.210	3.283.306	1.591.236	21,7	839.619	751.617

Quelle: Statistisches Bundesamt; Ausländer in Deutschland (AID), 4/99, S. 8.

Tabelle 9: Gesetzlich geregelte Zuwanderung nach Deutschland 1997-1999

	1997	1998	1999
Asylbewerber	104.353	98.644	95.113
Familiennachzug (Ausländer)	100.000*)	100.000	100.000
Aussiedler (davon Familiennachzug)	134.419 (62.000)	103.080	104.916
Kontingentflucht	19.437	17.788	18.205
Gesamt:	358.209	319.512	318.234

*) 70.000 Einreisende Familienangehörige
30.000 Familienzusammenführung vom Inland, etwa auf der Grundlage eines Touristenvisums

Quelle: BAFI, BVA, AA

Tab. 10

3. Ausländische Bevölkerung am 31.12.1998 und 31.12.1999 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten *)

Staatsangehörigkeit	31.12.1998				31.12.1999			
	Insgesamt	männlich	weiblich	Frauen je 1 000 Männer	Insgesamt	männlich	weiblich	Frauen je 1 000 Männer
Europa	5 828 549	3 254 508	2 704 141	828	5 320 211	3 213 593	2 716 718	846
Belgien	22 266	11 581	11 885	1 009	23 284	11 604	11 880	1 067
Dänemark	20 383	8 883	11 500	1 296	26 329	8 901	11 519	1 309
Finnland	16 150	4 566	10 585	2 319	15 448	4 701	10 748	2 296
Frankreich	105 808	48 905	56 903	1 164	107 191	49 607	57 584	1 181
Griechenland	363 514	200 034	163 480	817	364 364	200 288	164 076	819
Großbritannien u. Nordirland	114 055	67 815	46 140	679	113 487	67 784	45 723	676
Italien	16 512	8 298	7 214	989	15 827	8 320	7 207	886
Niederlande	812 048	386 064	245 984	672	815 900	387 373	248 527	676
Österreich	5 722	2 162	2 822	949	5 857	2 177	2 880	944
Nordland	112 072	60 318	51 754	859	110 519	58 732	50 787	860
Polen	186 158	101 662	83 490	821	186 090	102 132	83 957	822
Portugal	132 578	78 628	55 950	730	132 823	78 115	56 508	742
Schweden	17 923	8 072	9 850	1 220	18 178	8 216	9 962	1 213
Spanien	121 121	68 251	61 770	891	123 853	68 219	61 574	901
EU-Staaten 1)	1 854 321	1 026 404	818 917	781	1 858 672	1 026 150	822 522	784
Skandinavien und Herzogtümer	130 118	58 573	61 546	929	167 890	60 448	61 244	940
Jugoslawien 2)	719 474	408 880	310 494	759	737 206	414 292	322 912	778
Kroatien	208 909	107 348	101 561	948	213 954	109 941	104 013	946
Mazedonien	46 167	25 887	20 500	799	48 420	27 294	22 126	811
Polen	283 604	149 326	134 268	839	291 673	151 282	140 281	837
Rumänien	83 301	41 564	38 237	742	87 504	48 900	38 704	793
Schweden	37 163	16 522	20 621	1 248	37 455	16 957	20 798	1 247
Slowakei	9 908	4 195	5 613	1 338	12 097	5 479	6 678	1 232
Slowenien	18 412	8 053	8 763	906	18 648	8 712	8 936	920
Tschechische Republik	20 782	9 415	11 367	1 207	22 038	9 303	12 735	1 369
Österr. Tschechoslowakei	24 620	13 183	11 227	860	22 850	12 182	10 668	819
Türkei	2 110 223	1 144 628	965 595	844	2 053 604	1 113 629	939 975	844
Übrige europ. Staaten 3)	325 366	180 034	166 322	1 033	357 542	172 288	185 176	1 074
Afrika	303 289	161 187	102 082	507	300 611	158 999	103 612	528
Ägypten	13 976	10 705	3 271	306	13 811	10 497	3 214	316
Algerien	17 541	14 488	3 295	225	17 186	13 982	3 284	236
Ghana	22 447	13 082	9 385	718	22 902	12 889	9 713	754
Marokko	82 748	50 249	32 489	847	81 450	49 291	32 059	648
Nigeria	15 983	12 597	2 166	243	15 351	12 165	2 186	282
Südafrika	4 752	2 219	2 733	1 354	4 936	2 284	2 852	1 368
Tunesien	24 548	15 871	8 578	537	24 260	15 819	8 342	524
Übrige afrikanische Staaten	121 293	63 078	39 215	478	121 015	60 153	40 882	510
Amerika	198 211	97 443	101 888	1 046	208 373	99 485	108 888	1 064
Argentinien	4 780	2 044	2 716	1 329	4 766	2 029	2 727	1 348
Brasilien	20 952	9 717	15 235	2 685	22 280	9 050	16 340	2 701
Chile	6 323	2 860	3 383	1 136	6 408	2 964	3 444	1 182
Kanada	11 403	5 857	5 746	1 016	11 594	5 791	5 803	1 002
Vereinigte Staaten	110 680	53 409	47 271	745	111 982	54 219	47 763	744
Übrige amerikanische Staaten	46 183	17 656	27 527	1 540	48 233	18 432	29 801	1 617
Asien	798 254	444 250	381 904	792	823 092	452 444	370 648	819
Indien	34 780	24 753	10 001	404	34 328	24 079	10 252	424
Indonesien	10 120	5 442	4 877	858	10 756	5 058	5 088	898
Iran, Islamische Republik	115 084	68 728	46 368	675	116 448	69 190	47 280	684
Israel	9 206	5 503	2 708	674	9 208	5 458	3 742	685
Japan	29 297	13 748	15 544	1 131	29 990	13 958	16 021	1 148
Jordanien	11 548	8 064	3 481	432	11 190	7 815	3 374	432
Korea, Republik	21 454	9 693	11 761	1 213	21 522	9 844	11 678	1 233
Libanon	55 074	32 519	22 595	694	54 083	31 787	22 278	701
Pakistan	38 095	26 310	11 785	448	38 257	25 905	12 352	477
Syrien, Arabische Republik	22 657	13 834	9 033	603	24 421	14 578	9 845	626
Übrige asiatische Staaten 4)	448 945	235 950	212 995	903	472 921	244 387	228 534	929
Australien und Ozeanien	8 929	5 276	4 693	882	10 023	5 310	4 723	889
Australien	7 384	3 983	3 901	1 061	7 481	3 820	3 661	1 067
Übrige Australien und Ozeanien	2 546	1 693	862	502	2 552	1 690	862	510
Staatenlos	18 080	10 856	7 424	697	18 032	10 812	7 426	699
Ungeklärt und ohne Angabe	54 101	32 452	21 948	667	58 139	33 447	22 892	678
Insgesamt	7 319 583	4 025 672	3 293 721	818	7 343 591	4 011 890	3 321 701	830

*) Deutschland.

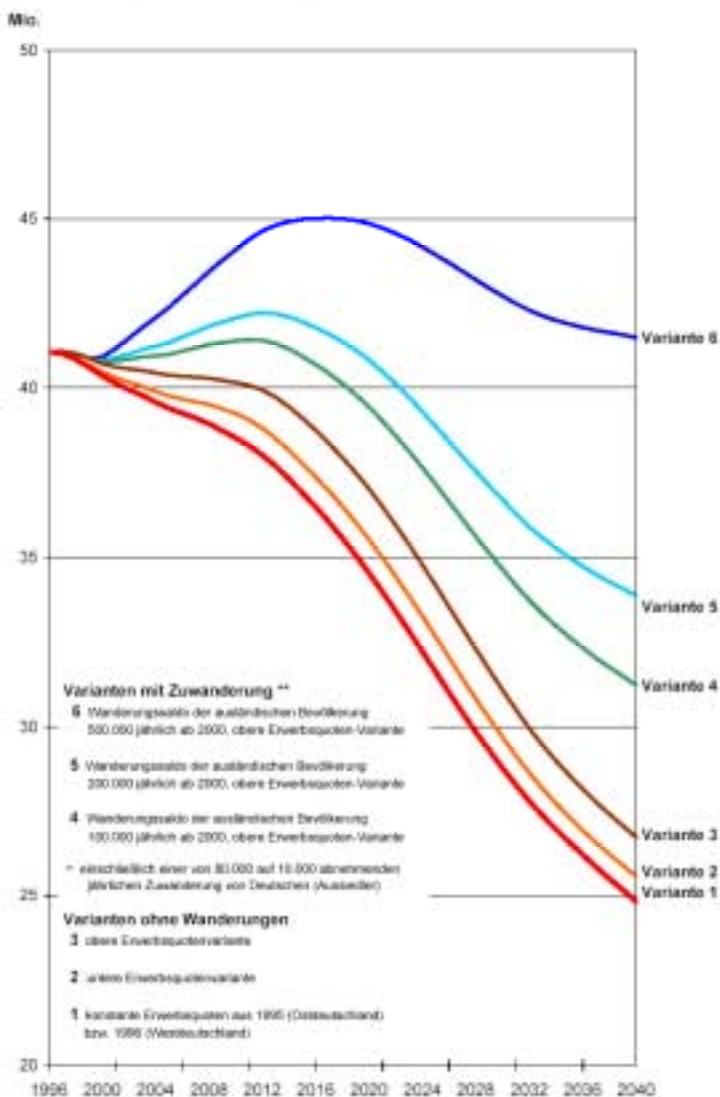
1) Stand 1.01.1995.

2) Selbstmehrzweige.

3) Brasilien, Zypern.

4) Brasilien, der in Asien eingetragenen Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion.

Projektion des Erwerbspersonenpotenzials in Gesamtdeutschland 1995 - 2040
(Wohnortkonzept, Mio. Personen *)



* Die Zahlen berücksichtigen noch nicht die durch die VGR-Revisionen bedingten Anpassungen der Arbeitsmarktdaten
Vgl. auch Kurzbericht Nr. 4/1009 (Fuchs / Thor) und Kurzbericht Nr. 15/2001 (Fuchs / Thor)

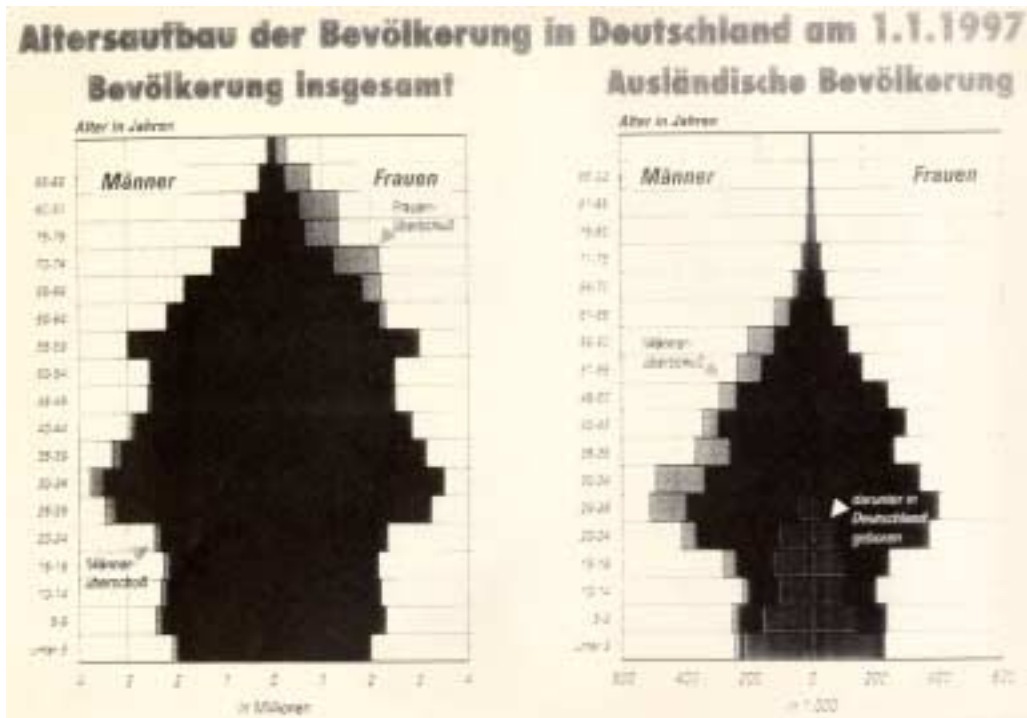
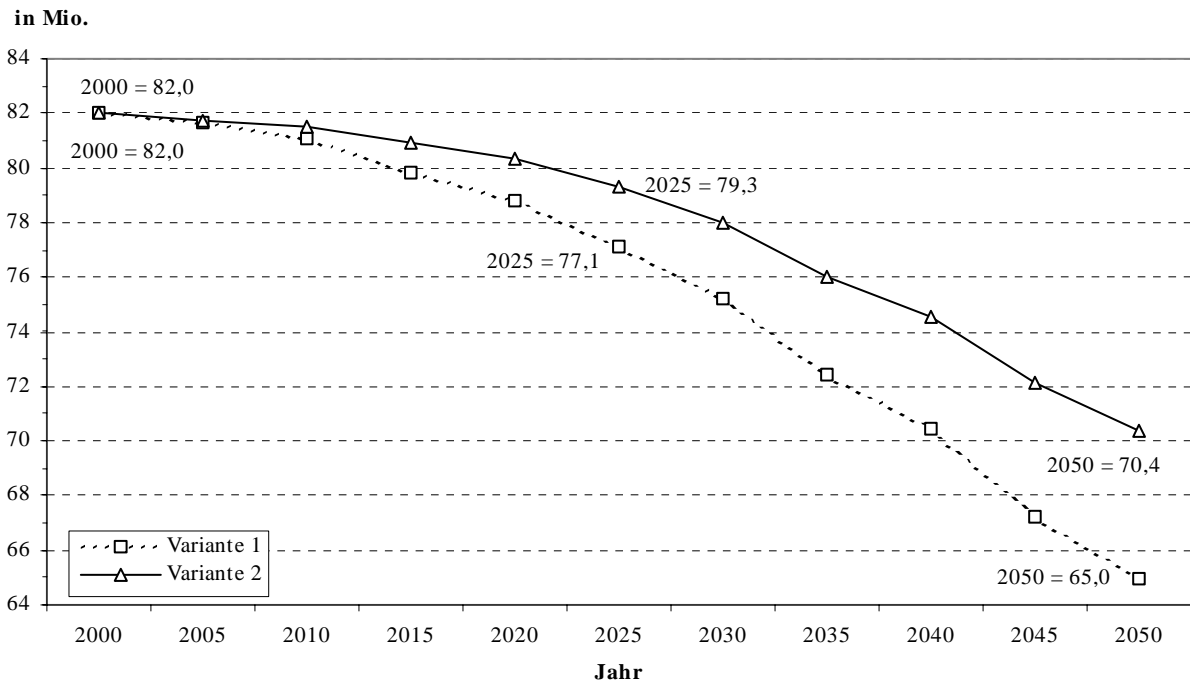


Schaubild 9:

**Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2050
(9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)**



Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050

Schaubild 4

